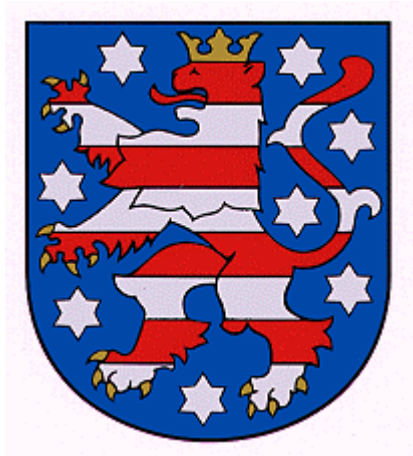


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft

Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2007

Michael Edinger • Andreas Hallermann • Karl Schmitt

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort	6
I. Einleitung	7
II. Thüringen aus der Sicht seiner Bürger: Eine Bestandsaufnahme	11
III. Bildung und Bildungspolitik im Urteil der Thüringer	20
1. Bildung in der Kontroverse	20
2. Generelle Erwartungen an Bildung	24
3. Kindertageseinrichtungen	29
4. Schule	33
5. Universität und berufliche Weiterbildung	42
6. Zwischenfazit	46
IV. Demokratieunterstützung und Demokratiekritik	48
1. Grundorientierungen und Haltung zur Politik	48
2. Demokratiebewertung und Institutionenvertrauen: Zufriedene Demokraten auf dem Vormarsch	55
3. Zwei Seiten der Systemkritik: DDR-Nostalgie und Rechtsextremismus	66
3.1. DDR-Nostalgie: Wirkmächtige Vergangenheit?	66
3.2. Rechtsextremismus	72
V. Fazit	78
Literatur	82
Anhang: Tabellarische Übersichten	87

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Zugehörigkeitsgefühl im Zeitverlauf	11
Abb. 2:	Bewertung einer etwaigen Fusion der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt 2007: Thüringer und Sachsen-Anhalter im Vergleich	12
Abb. 3:	Positionen zu einer Länderfusion nach Zugehörigkeitsgefühl: 2006 und 2007 im Vergleich	13
Abb. 4:	Positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und der eigenen finanziellen Situation 2000-2007	15
Abb. 5:	Bewertung der wirtschaftlichen Lage Thüringens im Vergleich zu der in den anderen ostdeutschen Ländern 2000, 2003-2007	16
Abb. 6:	Gerechter Anteil und Angst vor sozialem Abstieg nach eigener finanzieller Lage und allgemeiner wirtschaftlicher Lage	18
Abb. 7:	Rangfolge der Bildungsziele: Typenbildung	25
Abb. 8:	Bildungsziele nach allgemeinen Wertorientierungen	26
Abb. 9:	Zuständigkeit für Wertevermittlung nach Bildungszielen	27
Abb. 10:	Präferenz für Erziehung zuhause oder in einer Kindertageseinrichtung – nach Priorität der Bildungsziele	30
Abb. 11:	Einstellungen zur frühkindlichen Erziehung – Zustimmung nach eigener Betroffenheit	31
Abb. 12:	Auswahl einer Kindertageseinrichtung – (sehr) starke Bedeutung verschiedener Kriterien	32
Abb. 13:	Aufgabenverteilung zwischen Schule und Eltern	34
Abb. 14:	Beurteilungen der Schule des eigenen Kindes	35
Abb. 15:	Bewertung des Schulsystems nach Parteineigung	36
Abb. 16:	Besuch einer Schule in freier Trägerschaft nach Bildungszielen	37
Abb. 17:	Schülern wird in der Schule das Wissen vermittelt, das sie für ihre Zukunft brauchen	38
Abb. 18:	Bewertung der Inhalte von schulischer Bildung – nach Bildungszielen	39
Abb. 19:	Für Abschaffung des Sitzenbleibens nach Bildung und Anforderungen in der Schule	40
Abb. 20:	Beschäftigung mit der DDR in der Schule – Umfang und vermitteltes Bild	41
Abb. 21:	Föderalismus oder Zentralisierung in der Schul- und Bildungspolitik	42
Abb. 22:	Befürwortung von Eliteuniversitäten – nach Bildung, Alter und Position zur Elitenförderung	44

Abb. 23:	Einstellungen zu Studiengebühren – nach Bildung und Alter	45
Abb. 24:	Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen – nach Bildung, Alter und Bildungszielen	46
Abb. 25:	Freiheit wichtiger als Gleichheit – nach Parteineigung und im Vergleich Bevölkerung-Landtagsabgeordnete (2004 und 2007)	49
Abb. 26:	Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala 2000-2007	50
Abb. 27:	Politische Partizipation	53
Abb. 28:	Legale politische Partizipation nach politischem Interesse und vermuteter Responsivität der Politik	54
Abb. 29:	Typen der Demokratiebewertung nach eigener finanzieller Lage, gerechtem Anteil und Bewertung der Gesellschaft	59
Abb. 30:	Vertrauen in ausgewählte Institutionen: 2003, 2006 und 2007	62
Abb. 31:	DDR-Nostalgie und Forderung nach Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen nach Bildung, Erwerbsstatus und regionaler Identität	68
Abb. 32:	DDR-Nostalgie und Forderung nach gerechtem Anteil, Wahrnehmung der Gesellschaft und empfundener Diskriminierung durch Westdeutsche	69
Abb. 33:	Demokratieunterstützung nach DDR-Nostalgie	70
Abb. 34:	Anteil Rechtsextremer und überzeugter Rechtsextremer 2001-2007	72
Abb. 35:	Verteilung der Rechtsextremismus-Skala 2007 im Vergleich zum Durchschnitt 2001-2006	73
Abb. 36:	Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung im Zeitverlauf	75
Abb. 37:	Rechtsextremismus nach Autoritarismus und Einstellung zur Demokratie	76

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Demokratieunterstützung in Thüringen und Sachsen-Anhalt nach Ebenen	57
Tab. 2:	Determinanten des Vertrauens in politiknahe, politikferne und Bildungsinstitutionen	65
Tab. 3:	Rechtsextremismus – Bewertung der einzelnen Statements 2007 im Vergleich zum Durchschnitt 2001-2006	74
Tab. 4:	Erklärungsmodell für Rechtsextremismus	77

Vorwort

Im Einklang mit der bisherigen Praxis verfolgt auch der achte THÜRINGEN-MONITOR ein doppeltes Anliegen: Er dokumentiert und analysiert einerseits die Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat hinsichtlich eines ausgewählten Schwerpunktthemas, andererseits ihre politischen, insbesondere demokratiebezogenen Einstellungen und zeichnet damit ein differenziertes Bild der regionalen politischen Kultur. Nachdem der THÜRINGEN-MONITOR seit dem Jahr 2000 das mutmaßlich einzige Instrument zur Dauerbeobachtung der politischen Kultur in einem der 16 Bundesländer gewesen ist, hat im Frühherbst 2007 für das Nachbarland Sachsen-Anhalt eine vergleichbare Untersuchung ihren Anfang genommen. Teils von den Thüringer Studien inspiriert, bietet sie erstmals die Möglichkeit, die Befunde des THÜRINGEN-MONITORS systematisch mit denen eines anderen Landes zu vergleichen. Die Autoren verbinden damit zugleich die Hoffnung, dass – jenseits der allgegenwärtigen Fokussierung auf die Bundesebene – der THÜRINGEN-MONITOR zum Ausgangspunkt einer vergleichenden Erforschung der politischen Kulturen auf Landesebene zu werden vermag.

Mit der „Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft“ hat der THÜRINGEN-MONITOR 2007 ein ebenso aktuelles wie brisantes Themenfeld zum Schwerpunkt. Er knüpft damit an Schwerpunktthemen früherer Jahre an, darunter der Rechtsextremismus (2000), die Familie (2002), die Reform des Sozialstaats (2004) und die mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen (2006); im Zentrum der übrigen Studien standen Jugend und Politik (2001), die Einstellungen zur Demokratie (2003) und die deutsche Einheit (2005). Die Bildungspolitik zählt in einer modernen Wissensgesellschaft zu den ganz zentralen Politikfeldern. Gerade angesichts der Tatsache, dass die Gestaltung der Bildungspolitik in Deutschland im Wesentlichen den Ländern obliegt, erscheint eine vertiefte Untersuchung der bildungspolitischen Einstellungen in Thüringen gleichermaßen lohnenswert wie einschlägig.

Wie in den vergangenen Jahren liegt der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung eine repräsentative Telefonbefragung zugrunde; sie wurde von „Infratest dimap“ zwischen dem 11. und dem 24. Oktober 2007 unter 1.000 wahlberechtigten Thüringer Bürgern durchgeführt. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten nach Geschlecht, Bildung, Alters- und Erwerbsgruppen sowie Konfession sind in dem der Studie angehängten Tabellenteil dokumentiert. Dieser Anhang ermöglicht es, viele der im Text gemachten Aussagen im Detail nachzuvollziehen. Für Prozentangaben im Text selbst gilt, dass es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente handelt.

Die Autoren danken „Infratest dimap“ und namentlich den Herren Reinhard Schlinkert und Dr. Klaus Gotto für die wie immer freundliche und konstruktive Zusammenarbeit. Ihr Dank richtet sich auch an die Herren Professor Dr. Wilfried Bos und Dr. Michael Kandera, Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund, für wertvolle Auskünfte und Hinweise. Der Dank geht ferner an Herrn Thomas Bauer, M.A. für die Erstellung des Tabellenanhangs und für die Datenaufbereitung sowie an Frau Katja Salomo für die Kontrolle der Auswertungen.

Jena, im Dezember 2007

Michael Edinger

Andreas Hallermann

Karl Schmitt

I. Einleitung

Dass der Name einer toskanischen Stadt einmal die deutsche Bildungspolitik in Bewegung bringen und einen ungeahnten Reformeifer im Bildungswesen auslösen würde, dürfte vor dem Jahr 2000 niemand vorausgesehen haben. Doch seit der Veröffentlichung von Ergebnissen der ersten PISA-Studie 2001 ist Bildungspolitik in Deutschland auch jenseits der Fachbürokratien und Experten wieder zu einem politisch umstrittenen und in der Öffentlichkeit intensiv diskutierten Thema geworden (zu den Etappen der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland überblicksartig Massing 2002b). Nicht nur, dass heutzutage im öffentlichen Diskurs kaum noch jemand PISA zuerst mit dem Schiefen Turm in Verbindung bringt – der „Pisa-Schock“ hat zu teils massiver Kritik am Schulwesen geführt, die wiederum in eine stattliche Zahl von Lösungsvorschlägen zur Behebung der verschiedentlich konstatierten „Bildungsmisere“ (Adam 2004) mündete. In diesem Zuge hat das Politikfeld Bildungspolitik schlagartig eine Aufwertung und letztlich einen Bedeutungsgewinn erfahren, wie er in den vergangenen Jahren ansonsten wohl nur noch von der Familienpolitik erreicht worden ist.

Die Wirkung der PISA-Studien¹ und in geringerem Umfang die weiterer internationaler Schülervergleichsstudien² hat einesteils das im OECD-Vergleich vor allem anno 2000 eher schlechte Abschneiden deutscher Schüler ausgelöst, andernteils die starke Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen Herkunft. Dabei haben zumindest die sozialen Ungleichheiten im deutschen Bildungswesen keinen Neuigkeitwert, sondern sie sind seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten bekannt (vgl. Becker/Lauterbach 2007). Allerdings werden sie in der aktuellen Debatte etwa unter dem Stichwort der Bildungsarmut neu thematisiert und vor einem – nicht zuletzt durch die Akzentuierung des „Humankapitals“ im europäischen Wettbewerb – veränderten Problemhorizont interpretiert (vgl. pars pro toto Allmendinger/Leibfried 2005).

Wie immer die Vergleichsstudien und ihre Ergebnisse inhaltlich und methodisch zu bewerten sind (zur Kritik vgl. Jahnke/Meyerhöfer 2006; Karg 2005; Kraus 2005), ihre Wirkungen auf die politische Debatte wie die Fachdiskurse sind unverkennbar. Diese Neubelebung des bildungspolitischen Diskurses und die gelegentlich inflationär anmutende Ventilation von Reformvorschlägen sind freilich nur vor dem Hintergrund einer zuvor über Jahre hinweg unterbliebenen Debatte zu verstehen (eine fehlende Bildungsdiskussion schon in der alten Bundesrepublik beklagt Ellwein 1998: 88f.). Vor allem ist sie ohne den Doppelcharakter nicht zu erklären, der der Bildungspolitik grundsätzlich innewohnt. Bildungspolitik hat bekanntlich

1 Die in einem dreijährigen Turnus durchgeführten Studien im Rahmen des *Programme for International Student Assessment* stehen unter der Ägide der OECD und testen international die Leistungen 15-jähriger Schüler in drei Bereichen: dem Leseverständnis, Mathematik und den Naturwissenschaften. Daneben sind eine Reihe von Zusatzstudien mit längsschnittlicher Anlage (PISA Plus) oder mit stärker nationalem Bezug durchgeführt worden. Für Deutschland ist besonders die Ergänzungsstudie PISA-E mit ihren sehr hohen Fallzahlen relevant, die als Grundlage für einen Vergleich der Bundesländer gedient hat. Detaillierte Informationen zu den PISA-Studien finden sich auf der Homepage der OECD (www.pisa.oecd.org); eine überblicksartige Skizze auch auf der Homepage des Thüringer Kultusministeriums (www.thueringen.de/de/tkm/schule/informationen/vergleiche/pisa/content.html). Die grundlegenden Veröffentlichungen zu den deutschen Ergebnissen im Vergleich sind Deutsches PISA-Konsortium 2001, PISA-Konsortium Deutschland 2004 und PISA-Konsortium Deutschland 2007.

2 Zu diesen gehören beispielsweise die im Grundschulbereich angesiedelte IGLU-Studie, die auf mathematische Kompetenzen abhebende TIMMS und die Fremdsprachenkompetenz von Mittelstufenschülern erfassende DESI.

zum einen die Entscheidungen über die organisatorische Struktur von Bildungsprozessen und über Bildungsinhalte zu treffen. Zum anderen werden über Bildung und in Bildungseinrichtungen Leitbilder und Werte (vor allem) an die junge Generation weitergegeben. Insofern ist Bildungspolitik zugleich immer auch Gesellschaftspolitik und bietet daher besondere Chancen, eigene Vorstellungen (indirekt, nämlich qua Vermittlung im Bildungsprozess) für die Gesellschaft insgesamt verbindlich zu machen. Insofern mögen die bildungspolitischen Debatten der letzten Jahre durch PISA und andere Studien ausgelöst worden sein; der Sache nach aber geht es um mehr, um Anderes und zweifellos um Grundsätzlicheres als lediglich um die Konsequenzen, die aus den für Deutschland und die meisten seiner Länder teils unerfreulichen Ergebnissen international vergleichender Kompetenztests zu ziehen sind.

Die durch PISA & Co angestoßene bildungspolitische Reformdiskussion der vergangenen Jahre zeichnet sich durch divergierende Problemdiagnosen aus. Für die in den Vergleichsuntersuchungen zu Tage getretenen Schwächen des bestehenden Bildungswesens sind ganz unterschiedliche Faktoren angeführt worden. Die Liste reicht von der mangelnden Verzahnung der einzelnen Teile des Bildungswesens über die Gliederung des Schulsystems und Defizite bei der Lehrerausbildung bis hin zu einer Zersplitterung der bildungspolitischen Kompetenzen im deutschen Föderalismus – und ist damit bei weitem noch nicht vollständig. Auffällig ist eine stark auf Strukturfragen konzentrierte öffentliche Diskussion (beispielhaft dafür die Forderungen nach einem verpflichtenden Kindergartenjahr, einem integrativeren Schulsystem und der Einführung eines bundesweiten Zentralabiturs), wengleich diese durchaus auch von einem Diskurs über Ziele und Inhalte von Bildung begleitet wird.

Die gestellten Diagnosen und die mit ihnen assoziierten Therapievorschläge sind nicht nur für Deutschland insgesamt relevant, sondern ebenso sehr für Thüringen und die übrigen Länder. Diese Feststellung ergibt sich schon daraus, dass Bildungspolitik zwar nicht ausschließlich, aber doch im Kern Ländersache ist, die Zuständigkeit für das Schulwesen nach höchstrichterlicher Rechtsprechung gar ein wesentliches Merkmal der Eigenständigkeit der Länder darstellt (vgl. Hepp 2006). Uneingeschränkte bildungspolitische Handlungsspielräume ergeben sich damit für die Entscheidungsträger in Thüringen zwar nicht; dies verhindern die Kompetenzen des Bundes vor allem in der Hochschulpolitik, die Abstimmung mit den anderen Ländern in der Ständigen Konferenz der Kultusminister – ein Paradebeispiel für den kooperativen (Exekutiv-)Federalismus – sowie die von Elternseite immer wieder eingeklagten Grundrechte. Gleichwohl bieten sich Parlament und Regierung in Thüringen umfassende Möglichkeiten, das Bildungswesen im Allgemeinen und das Schulwesen im Besonderen zu gestalten. Die auch im Freistaat geführte Debatte über bildungspolitische Konzepte und Reformvorstellungen hat mithin zurecht einen hohen Stellenwert in der Landespolitik.

Während an Kompetenztests, Expertengremien und Experten kein Mangel herrscht, ist über die Orientierungen der Bürger (nicht nur in Thüringen) wenig bekannt. Ihr Verständnis von Bildung, ihre generellen Erwartungen an staatliche Bildungseinrichtungen und ihre Präferenzen hinsichtlich konkreter bildungspolitischer Alternativen sind weithin *terra incognita*. Größere Reprasentativbefragungen zu diesem Politikfeld sind bislang Mangelware, sieht man von den regelmäßigen Erhebungen des Instituts für Schulentwicklungsforschung ab (Kanders 1996, Kanders 2004). Gerade vor diesem Hintergrund geht es im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2007 darum, ein möglichst präzises Bild der Positionen und Einstellungen zu zeichnen, die die Bürger zu wichtigen bildungspolitischen Fragen der Gegenwart haben. Das wesentliche Anliegen dieser Bestandsaufnahme ist deshalb nicht die Rekonstruktion bildungspolitischer Konfliktlagen und Entscheidungen, sondern die Ermittlung der subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Thüringer.

Freilich bedürfen die entsprechenden Orientierungen einer Einordnung und Systematisierung. Aus diesem Grund steht am Anfang des diesjährigen Schwerpunktteils des THÜRINGEN-MONITORS eine knappe Skizze wesentlicher Spannungslinien und Konfliktmuster in der bildungspolitischen Debatte (Kap. III.1). Diese bilden nicht nur Hintergrund und Bezugspunkt für das Frageprogramm der Untersuchung, sondern aus ihnen leiten sich auch die Schwerpunkte der empirischen Analyse ab. Letztere setzt mit einer Analyse der Grundhaltungen zu bildungsbezogenen Fragen ein (Kap. III.2). Welchen Zwecken soll Bildung aus der Sicht der Thüringer dienen? In wessen Verantwortung fallen Bildungsprozesse? Obliegt dem Staat die Pflicht, Ungleichheiten im Zugang zu Bildung auszugleichen, und wenn ja, welcher Instrumente soll er sich dabei bedienen?

In den weiteren Kapiteln werden dann die Erwartungen und Präferenzen der Thüringer hinsichtlich einzelner Bildungseinrichtungen und konkreter bildungspolitischer Maßnahmen untersucht. Dabei erfolgt regelmäßig ein Rückbezug auf die zuvor dargelegten Grundorientierungen, von denen vor allem die Unterscheidung zwischen einem nutzenorientierten und einem persönlichkeitsorientierten Bildungsverständnis leitend ist. Die Analyse folgt einer doppelten Gliederungslogik: *Formal* entspricht der Untersuchungsgang der Abfolge der Bildungsstufen und setzt dementsprechend mit der frühkindlichen Bildung ein (Kap. III.3). Daran schließt sich das schon wegen der bestehenden Schulpflicht zentrale Konfliktfeld der Bildungspolitik an: die schulische Bildung (Kap. III.4). Den Abschluss bildet eine knappe Analyse der Einstellungen der Thüringer zu ausgewählten Fragen des Hochschulwesens, vor allem zu Studiengebühren und zur Elitebildung, sowie zur Bedeutung von Weiterbildung (Kap. III.5).

Inhaltlich sind die genannten Kapitel entsprechend den Schwerpunkten bildungspolitischer Debatten aufgebaut. Unabhängig davon, ob sie auf die frühkindliche Bildung, die Schule oder die tertiäre Bildung bezogen sind, haben bildungspolitische Kontroversen durchweg drei wesentliche Gegenstände: zunächst die Ziele des Bildungsprozesses, dann die Inhalte des zu Vermittelnden (bzw. dafür geeignete Methoden) sowie schließlich die institutionellen Strukturen, in denen sich Bildung vollzieht. Der Argumentationsgang in den Kapiteln III.3 bis III.5 folgt daher jeweils der Diskussion um Ziele, Inhalte/Methoden und Strukturen von Bildung. Leitende Fragen sind dabei: Welche Kenntnisse und Fähigkeiten sollen im Verlauf des Bildungsprozesses vermittelt werden und mit welcher Perspektive? In welchen Institutionen und mit welchen Instrumenten sollen diese Bildungsprozesse initiiert und entwickelt werden? Welche Kompetenz- und Aufgabenteilung zwischen Eltern, staatlichen Bildungseinrichtungen und privaten Trägern ist wünschenswert? Der bildungspolitische Teil des THÜRINGEN-MONITORS 2007 wird durch ein Zwischenfazit abgeschlossen, das Kernbefunde der vorausgegangenen Analysen zusammenfasst (Kap. III.6).

Gemäß der Struktur der früheren Studien zur politischen Kultur in Thüringen hat der THÜRINGEN-MONITOR 2007 neben dem Schwerpunktteil einen zweiten Hauptteil, der der Analyse der politischen Einstellungen gewidmet ist, gewissermaßen sein „Standbein“. Die entsprechenden Ausführungen beziehen sich auf drei aufeinander aufbauende Untersuchungsbereiche: Zunächst wird die grundsätzliche Haltung der Thüringer zur Politik, vom Interesse über die Wahrnehmung der Responsivität des politischen Führungspersonals bis zur politischen Beteiligung, skizziert (Kap. IV.1). Diese Betrachtungen stehen nicht zufällig am Anfang des der politischen Kultur gewidmeten Teils der Studie, ist doch davon auszugehen, dass die genannten Grundorientierungen auch Wirkung auf demokratiebezogene Einstellungen entfalten.

Im Mittelpunkt der Untersuchung zur politischen Kultur steht einmal mehr die „Gretchenfrage“ nach der Demokratie (Kap. IV.2). Wie wird – anknüpfend an die drei Ebenen im

Modell der Demokratieunterstützung (Fuchs 1997, 2002) – die Idee der Demokratie, wie ihre Ausgestaltung in der Verfassung und wie ihre tagtägliche Praxis beurteilt? In welchem Ausmaß bringen die Thüringer den Institutionen des demokratischen Systems, sei es den parteienstaatlichen oder den politikfernen, Vertrauen entgegen? Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen rückt schnell auch die Unterstützung alternativer Ordnungskonzepte in das Blickfeld. Zwei dieser Alternativmodelle werden hier hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz und ihres Zusammenhangs mit den demokratiebezogenen Einstellungen diskutiert: einerseits die unter dem Etikett der DDR-Nostalgie verhandelte Wertschätzung von Ordnungsprinzipien der untergegangenen DDR (Kap. IV.3.1), andererseits – in Fortführung der bereits 2001 einsetzenden systematischen Zeitreihenanalyse – der Rechtsextremismus (Kap. IV.3.2).

Die Untersuchung all dieser Einstellungen ist als eine Dauerbeobachtung der politischen Kultur angelegt. Sie bietet über die Momentaufnahme des Jahres 2007 hinaus die Möglichkeit, die Entwicklung zentraler politischer Einstellungen über einen mittlerweile achtjährigen Zeitraum hinweg zu verfolgen – und Aussagen über Kontinuität und Wandel wichtiger Aspekte der politischen Kultur in Thüringen zu machen. Die annähernd zeitgleiche Repräsentativbefragung im nördlichen Nachbarland (Sachsen-Anhalt-Monitor), der ein dem THÜRINGEN-MONITOR ähnlicher Fragebogen zugrunde liegt, ermöglicht erstmals, über die deutschlandweite Komparatistik hinaus, die Orientierungen von Bürgern zweier ostdeutscher Länder direkt miteinander zu vergleichen.

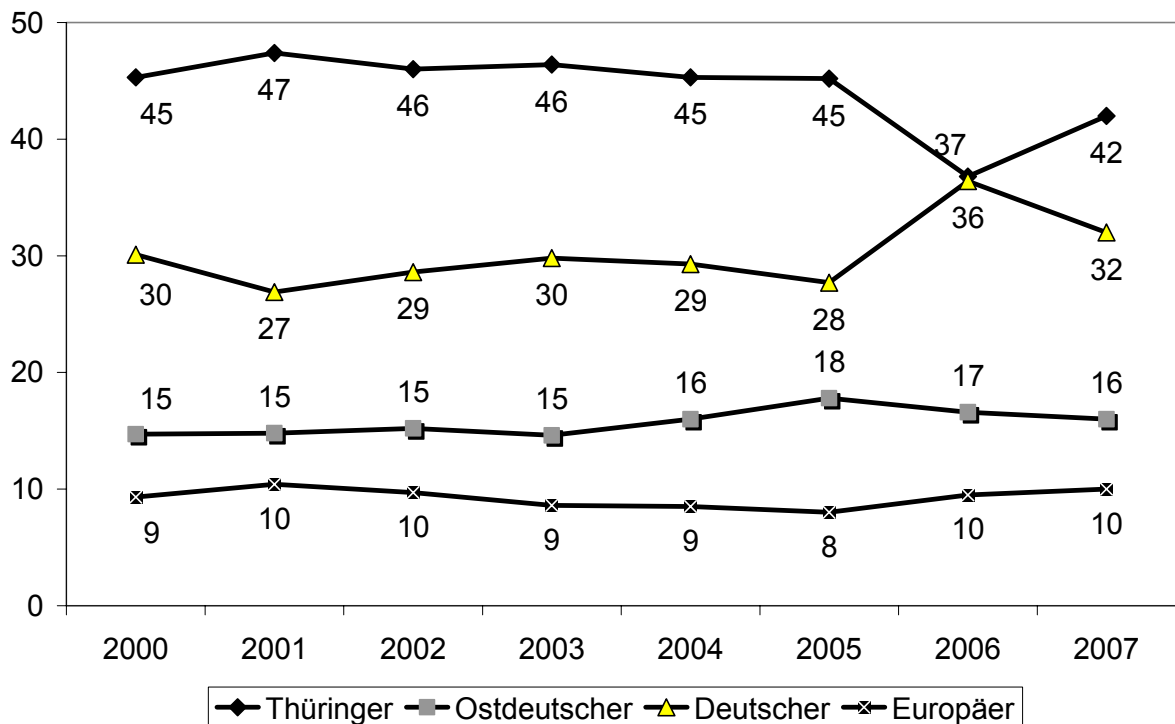
Den beiden Hauptteilen des THÜRINGEN-MONITORS ist wie im Vorjahr ein Kapitel vorangestellt, das die Orientierungen der Thüringer gegenüber dem eigenen Land zum Gegenstand hat. Dem Namen der vorliegenden Studie Rechnung tragend, versteht es sich als ein Beitrag zur Ermittlung der Spezifika regionaler Orientierungen. Erfasst werden dabei neben der Verbundenheit mit Thüringen vor allem die Einschätzung des Freistaats in vergleichender Perspektive sowie die Einstellungen zur wirtschaftlichen Lage. Im Folgenden soll daher zunächst der Frage nachgegangen werden, wie sich Thüringen im Spiegel des Urteils seiner Bürger darstellt.

II. Thüringen aus der Sicht seiner Bürger: Eine Bestandsaufnahme

Die Einstellungen der Thüringer Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Land sind seit Jahren durch eine betont positive Grundhaltung bestimmt. Thüringen wird als Heimat betrachtet und als Lebenswelt geschätzt, auf das seit der Neugründung des Landes 1990 Erreichte wird mit Stolz zurückgeblickt (vgl. überblicksartig TM 2006: 10). Diese Wertschätzung Thüringens findet sich auch in der aktuellen Befragung bestätigt. So meinen zwei von drei Befragten, dass es sich in Thüringen (sehr) gut leben lässt, während sich nur eine kleine Minderheit (6 %) negativ äußert; die Übrigen zeigen sich unentschieden. Positive Einschätzungen finden sich in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen, wobei die jüngste Alterskohorte der 18-24-Jährigen das Leben im Freistaat besonders positiv einschätzt.

Es entspricht diesem Wahrnehmungsmuster, dass sich nach einem Rückgang im vergangenen Jahr 2007 wieder eine relative Mehrheit der Befragten (42 %) vorrangig als „Thüringer“ versteht (und nicht in erster Linie als „Ostdeutscher“, „Deutscher“ oder „Europäer“), sich somit primär mit dem eigenen Land identifiziert. Wie schon im vergangenen Jahr vermutet (TM 2006: 12), ist der Anteil derjenigen, die sich in erster Linie als Deutsche fühlen, zurückgegangen. Nachdem das „Sommermärchen“ der Fußballweltmeisterschaft 2006 kurzzeitig die Identifikation mit Deutschland hat ansteigen lassen, nähert sich 2007 der Anteil (32 %) nun wieder den Werten der Jahre 2000 bis 2005 an (Abb. 1).

Abb. 1: *Zugehörigkeitsgefühl im Zeitverlauf
(in Prozent)*

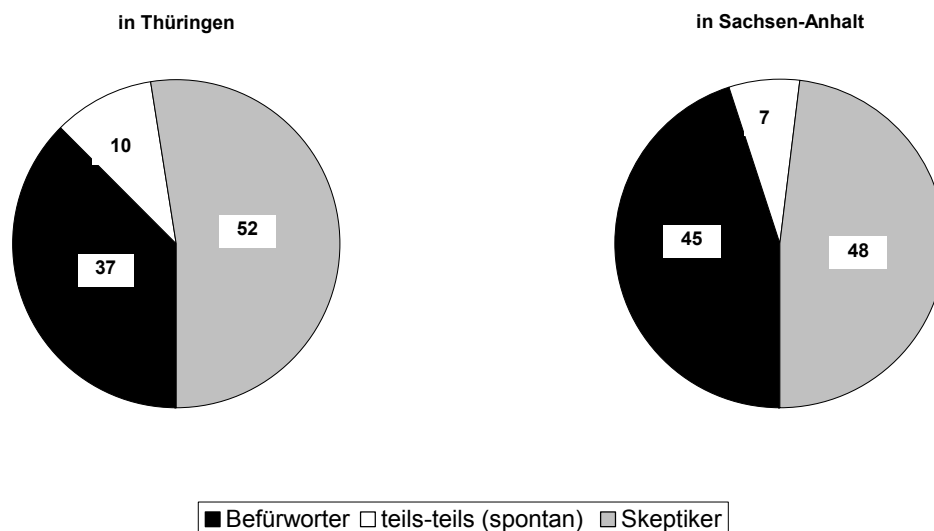


Hinweis: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Weitgehend konstant ist über die Jahre hinweg die Zahl der Befragten geblieben, die sich in erster Linie als „Ostdeutsche“ (16 %) oder als „Europäer“ (10 %) verstehen. Die Anteile der „Europäer“ und auch der „Thüringer“ sind umso höher, je positiver das Leben in Thüringen bewertet wird. Für die „Ostdeutschen“ gilt das Gegenteil: Ihr Anteil steigt, je negativer die Urteile über das Leben im Freistaat ausfallen.

Das (primäre) Zugehörigkeitsgefühl steht auch in einem Zusammenhang mit anderen im weitesten Sinne Thüringen-bezogenen Einstellungen: So stimmen im Schnitt 60 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Thüringen den Vergleich mit vielen westdeutschen Ländern nicht zu scheuen braucht, unter den „Ostdeutschen“ sind es hingegen deutlich weniger als die Hälfte. Im ostdeutschen Selbstverständnis findet sich anscheinend auch ein Unterlegenheitsgefühl gegenüber Westdeutschland angelegt, das sich ebenso in einem ostdeutschen Benachteiligungsempfinden ausdrückt (vgl. Kap. IV.3.1). Bei der Frage nach der Ausbildung Jugendlicher im Ausland wiederum unterscheiden sich die „Europäer“ deutlich von den übrigen Befragten: Sie sprechen sich mehrheitlich dafür aus, dass Jugendliche einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland verbringen. Unter den Befragten insgesamt findet diese Aussage lediglich die Zustimmung von jedem Dritten, während sich 39 Prozent dagegen aussprechen und weitere 29 Prozent eine mittlere Position einnehmen.

Abb. 2: *Bewertung einer etwaigen Fusion der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt 2007: Thüringer und Sachsen-Anhalter im Vergleich (in Prozent)*



Hinweis: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt

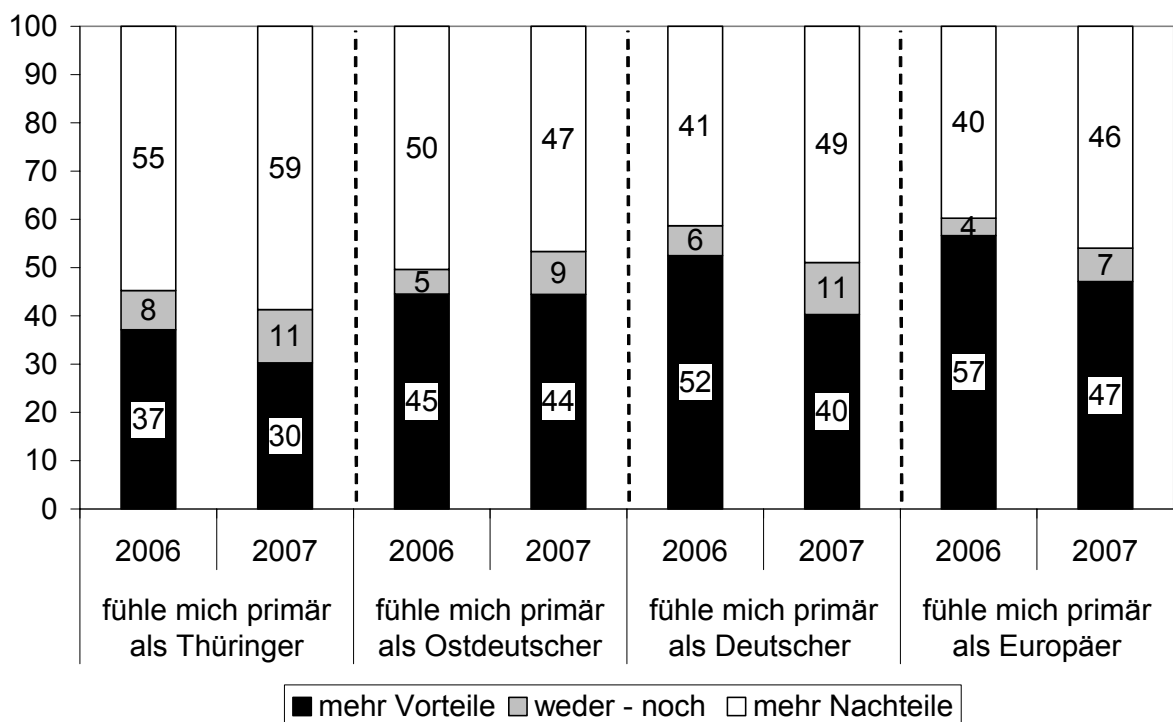
Am stärksten verknüpft ist das Zugehörigkeitsgefühl allerdings mit der Position zu einer Fusion der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Während die Länderfusion alle anderen Zugehörigkeitsgruppen in annähernd gleich große Lager spaltet, stößt sie unter den „Thüringern“ auf deutliche Ablehnung: Knapp 60 Prozent von ihnen sehen mehr Nach- als Vorteile einer solchen Neugliederung; nur halb so groß ist der Anteil derjenigen, für die die Vorteile überwiegen. Insgesamt steht zurzeit die Befragten einer Länderfusion mehrheitlich kritisch gegenüber. Lediglich 37 Prozent sehen mehr Vor- als Nachteile eines gemeinsamen Landes, jeder Zehnte zeigt sich unentschieden. Damit stößt 2007 eine Länderfusion in Thüringen 2007 auf deutlich geringere Unterstützung als in Sachsen-Anhalt, wo sich Befür-

worter und Gegner eines neuen Bundeslands etwa die Waage halten (Fürnberg/Holtmann/Jaeck 2007: 13).³ Der Anteil der Befürworter liegt dort um etwa acht Prozentpunkte höher als im Freistaat (Abb. 2).

Dieses Unterstützungsniveau entspricht in etwa der Situation in Thüringen 2006, denn im Vergleich zum Vorjahr hat sich eine deutliche Verschiebung bei den Positionen zu einem neuen, aus den bisherigen drei Ländern zu bildenden (mitteldeutschen) Land ergeben. 2006 waren im Freistaat Befürworter und Gegner einer Länderfusion in etwa gleich stark; etwa sieben Prozent konnten sich nicht entscheiden. Ein Jahr später ist die Gruppe der Skeptiker um fünf Prozentpunkte gewachsen; zugleich ist der Anteil der Befürworter um etwa neun Prozentpunkte zurückgegangen bei einer geringeren Zahl von Unentschiedenen.

Das Interesse an einer Länderfusion hat – auf der Aggregatebene – nicht allein bei den „Thüringern“ nachgelassen, sondern auch in anderen Zugehörigkeitsgruppen. Die größte Veränderung zwischen 2006 und 2007 vollzog sich bei den „Deutschen“: Sahen diese im Vorjahr noch erkennbar mehr Vor- als Nachteile einer Fusion (Prozentpunktdifferenz von +11), so ist es im Jahr 2007 (Prozentpunktdifferenz von -9) genau umgekehrt (Abb. 3).

Abb. 3: *Positionen zu einer Länderfusion nach Zugehörigkeitsgefühl: 2006 und 2007 im Vergleich (in Prozent)*



Hinweis: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt

3 Der Sachsen-Anhalt-Monitor verwendet eine geringfügig abweichende Frageformulierung. Die geringen Unterschiede bei den Zahlen für Sachsen-Anhalt vom Sachsen-Anhalt-Monitor 2007 erklären sich damit, dass hier um der Vergleichbarkeit mit Thüringen willen die gültigen Prozente angegeben sind. Für die entsprechenden Angaben danken die Verfasser Herrn Professor Dr. Everhard Holtmann.

Nach den Daten des aktuellen THÜRINGEN-MONITORS überwiegen die Befürworter nur noch in der Gruppe der „Europäer“. Die deutlichen Unterschiede zwischen den Altersgruppen, die noch 2006 zu beobachten waren, finden sich in diesem Ausmaß nicht mehr, zumal über Altersgrenzen hinweg mehr Nach- als Vorteile einer Fusion gesehen werden. Die stärkste Skepsis gegenüber einer Länderfusion bringen die 25-34-Jährigen zum Ausdruck (60 %), während in der ältesten Kohorte nur jeder Zweite mehr Nachteile sieht.

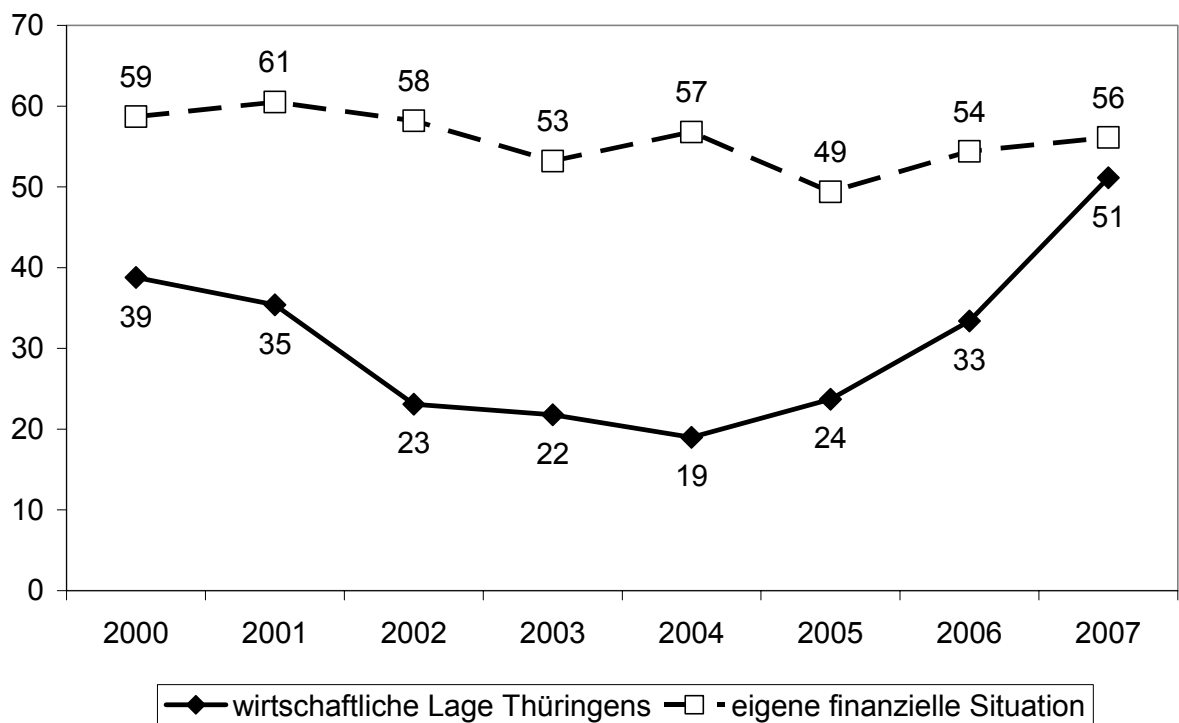
Deutliche Unterschiede ergeben sich nach dem Bildungsstand: Während unter den Befragten mit einem POS-Abschluss als höchster Bildungsqualifikation die Skepsis doppelt so stark ausfällt wie die Befürwortung, findet sich unter denjenigen mit Abitur eine knappe Mehrheit für ein gemeinsames Land aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Hinsichtlich der Parteipräferenzen haben sich deutliche Veränderungen ergeben: Anders als im vergangenen Jahr sind unter den Anhängern von CDU und SPD die Skeptiker klar in der Mehrheit; Gleiches gilt – wie schon 2006 – für die Befragten ohne Parteineigung. Unter den Anhängern der Linken ist entgegen dem generellen Trend 2007 der Anteil negativer Einschätzungen rückläufig und die Gruppe der Befürworter bleibt größer als die der Skeptiker. Schließlich sind unter denjenigen, die die Wirtschaftslage Thüringens im ostdeutschen Vergleich für besser halten, die Skeptiker doppelt so stark vertreten wie die Befürworter.

In der Gesamtschau ergeben sich deutliche Schwankungen bei der Bewertung einer Länderfusion, die vermutlich noch deutlicher ausgefallen wären, hätten die Veränderungen für die *einzelnen* Befragten erfasst werden können.⁴ Sollte im Zuge einer erweiterten Föderalismusreform mittelfristig die Diskussion über einen Zusammenschluss von Ländern intensiviert werden, dürften sich Befürworter wie Gegner einer Fusion Chancen darauf ausrechnen, das Meinungsklima im eigenen Sinne zu beeinflussen. Bei der aktuellen Befragung ist das Pendel deutlich in Richtung einer skeptischen Einschätzung ausgeschlagen bei gleichzeitiger Zunahme der Unentschiedenen. Insgesamt ähnelt die soziale Zusammensetzung von Befürwortern wie Skeptikern den auch für Sachsen-Anhalt dokumentierten Strukturmustern.

Wie schon im Vorjahr steht die Einstellung zur Länderfusion in keinem Zusammenhang mit dem Urteil der Befragten über ihre eigene oder die allgemeine wirtschaftliche Lage. Eine positive Bewertung der Wirtschaftssituation in Thüringen führt folglich zu keiner überdurchschnittlichen Sympathie für einen Fortbestand des Freistaats. Die erheblich verbesserte Einschätzung der ökonomischen Lage in Thüringen bleibt zumindest insoweit folgenlos. Gleichwohl sticht sie gerade im Zeitvergleich hervor: Noch nie seit Beginn der Erhebungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS anno 2000 hat sich ein so hoher Anteil der Thüringer (51 %) positiv über die Wirtschaftslage im Freistaat geäußert. Damit setzt sich nicht allein ein 2005 begonnener Trend fort, sondern der Anteil positiver Bewertungen hat sich in diesem Zeitraum annähernd verdreifacht (Abb. 4). Eine dezidiert negative Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nehmen lediglich noch neun Prozent der Befragten vor.

4 Beim THÜRINGEN-MONITOR handelt es sich um eine Trend-Untersuchung, nicht jedoch um eine Panelstudie. Dies bedeutet, dass in jedem Jahr (mutmaßlich) andere Personen befragt werden als in den Vorjahren. Bei einer Panelstudie werden demgegenüber immer dieselben Personen befragt. Dadurch werden auch Aussagen über *individuelle* Einstellungsänderungen möglich, die im Rahmen einer Trendstudie nicht ermittelt werden können.

Abb. 4: *Positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und der eigenen finanziellen Situation 2000-2007*
(Werte „sehr gut“ und „gut“ zusammengefasst; in Prozent)



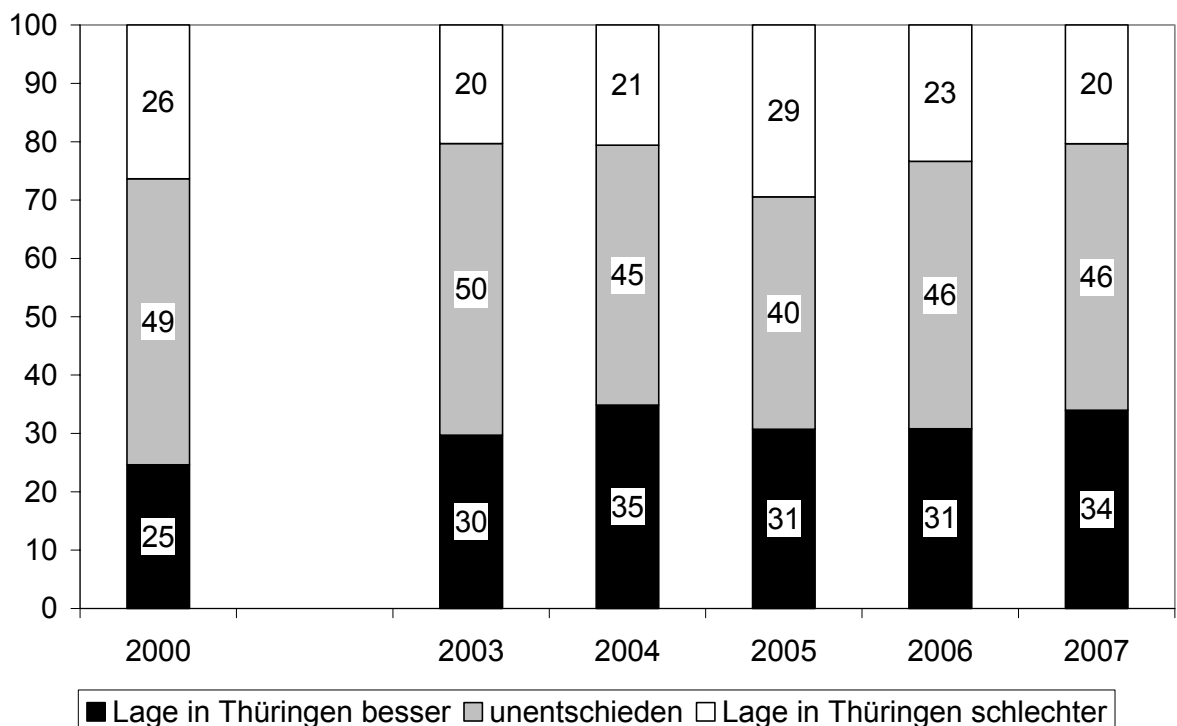
Bemerkenswerterweise geht die freundliche Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht mit einer in vergleichbarer Weise verbesserten Wahrnehmung der individuellen wirtschaftlichen Situation der Befragten einher. Diese hat sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert und liegt mit einem Anteil von 56 Prozent (sehr) positiven Einschätzungen etwa im Schnitt der Jahre 2000 bis 2007. Etwa ein Drittel der Thüringer sieht sich hingegen materiell weniger gut gestellt, elf Prozent wissen sich schlecht gestellt. Die deutlich freundlichere Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage ist einerseits eine Reaktion auf die – ausweislich etwa der Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts oder der gesunkenen Arbeitslosenquote – realiter verbesserte wirtschaftliche Situation in Thüringen wie auch in Gesamtdeutschland. Andererseits dürfte sie eine zusehends positivere Medienberichterstattung reflektieren. Der medial verkündete ökonomische Aufschwung ist anscheinend zeitlich leicht versetzt im Bewusstsein der Thüringer „angekommen“ – allerdings ohne dass diese dadurch ihre finanziellen Spielräume erweitert sähen.

Bei fast 40 Prozent der Befragten weichen denn auch die Urteile über die eigene und die allgemeine wirtschaftliche Situation deutlich voneinander ab: 22 Prozent sehen ihre eigene Lage (sehr) positiv, bewerten aber die Lage im Freistaat negativ, bei weiteren 16 Prozent ist es umgekehrt. Damit bestätigen sich die Befunde vorausgegangener Jahre, als gleichfalls nur mittelstarke Zusammenhänge zwischen den Urteilen über die eigene finanzielle Situation und denjenigen über die wirtschaftliche Lage im Land ermittelt werden konnten. Gleichwohl besteht 2007 erstmalig nicht das bislang übliche – und auch aus bundesweiten Befragungen bekannte – Gefälle zwischen der weit positiveren Bewertung der eigenen finanziellen Lage und der der allgemeinen wirtschaftlichen Situation (Abb. 4).

Dass die Gruppe der Befragten mit guter materieller Lage auch 2007 nicht identisch ist mit der Gruppe derjenigen, die die wirtschaftliche Lage Thüringens positiv einschätzen, hängt auch mit der Zusammensetzung beider Gruppen zusammen. So finden sich unter den finanziell gut Gestellten überproportional viele Befragte mit Abitur, während der Bildungsstand für die Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage kaum einen Unterschied macht. In der Gruppe der Befragten, die die wirtschaftliche Lage in Thüringen positiv beurteilen, finden sich überdurchschnittlich viele Jüngere. Das Alter aber hat nur geringen Einfluss auf die Selbsteinschätzung der eigenen finanziellen Lage durch die Befragten.

Wie die allgemeine wirtschaftliche Lage wahrgenommen wird, bestimmt auch die Bewertung der Wirtschaft Thüringens im ostdeutschen Vergleich. Dabei hat sich der schon in früheren Jahren ausgesprochen positive Zusammenhang in diesem Jahr noch verstärkt. Insgesamt beurteilt ein gutes Drittel der Befragten die ökonomische Situation im Freistaat positiver als in den übrigen ostdeutschen Ländern, nur etwa jeder Fünfte ist gegenteiliger Auffassung; eine relative Mehrheit zeigt sich unentschieden. Damit fällt die Bewertung deutlich positiver aus als zum Zeitpunkt des ersten THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2000 und auch im Vergleich zum Vorjahr hat sie sich leicht verbessert (Abb. 5). Die Veränderung seit 2006 verdankt sich zweifellos der positiveren Wahrnehmung der Wirtschaftslage im Freistaat. Diese wirkt sich darüber hinaus erwartungsgemäß sehr positiv auf die Einschätzung des Lebens in Thüringen aus. Auf die Bewertung Thüringens im Vergleich mit westdeutschen Ländern hat sie jedoch nur einen mittelstarken Effekt. Die eigene finanzielle Lage wiederum begünstigt lediglich eine positive Einschätzung des Lebens in Thüringen.

Abb. 5: *Bewertung der wirtschaftlichen Lage Thüringens im Vergleich zu der in den anderen ostdeutschen Ländern 2000, 2003-2007 (in Prozent)*



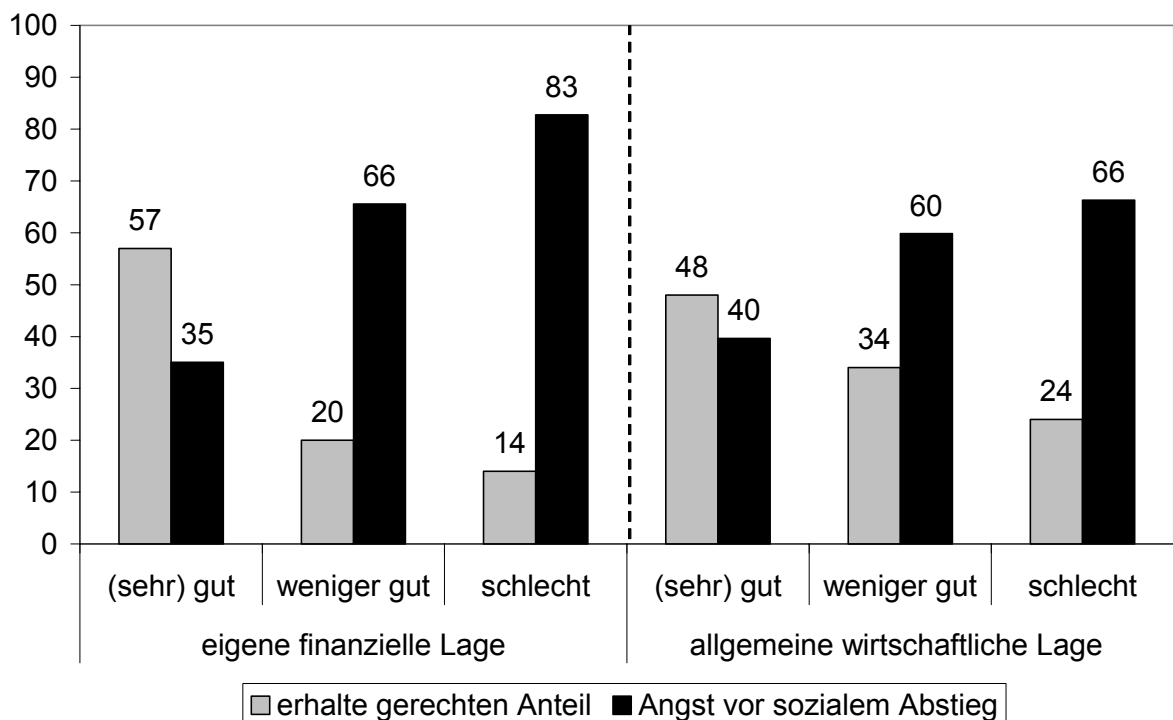
Hinweis: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt

Aussagekräftiger für die gesellschaftliche Relevanz der Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage, seien sie auf den Einzelnen oder auf Thüringen bezogen, sind ihre jeweiligen Wirkungen auf die subjektive gesellschaftliche Integration der Befragten. Abseits spezifisch ostdeutscher Aspekte der gesellschaftlichen Integration (vgl. Kap. IV.3.1) ist diese im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR vorwiegend durch zwei Fragen gemessen worden: durch die Aussage „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ sowie mittels der Frage, ob die Befragten meinen, ihren gerechten Anteil zu erhalten. Letztere ist ein klassischer Indikator der relativen Deprivation, also einer empfundenen Benachteiligung im Vergleich zu anderen. Die oben zitierte Aussage misst hingegen die Angst vor sozialem Abstieg – und gibt zugleich auch einen Hinweis auf subjektive Modernisierungsverlierer.

Etwa die Hälfte der Thüringer gibt an, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, weitere elf Prozent meinen sogar, sie erhielten *viel* weniger, als ihnen zusteht. Diese Werte haben sich seit dem Jahr 2003, als erstmals danach gefragt worden ist, kaum verändert. Es gehört offenbar zum Alltagsempfinden vieler Befragter, (in moderatem Ausmaß) benachteiligt zu sein. Ähnlich stark verbreitet ist auch die erstmals erhobene soziale Abstiegsangst: Die Hälfte der Befragten befürchtet, auf die Verliererseite des Lebens zu geraten, und bei fast jedem Zweiten in dieser Gruppe ist diese Befürchtung stark ausgeprägt. Sie nimmt mit steigendem Alter zu, während das Benachteiligungsempfinden in keinem linearen Zusammenhang mit dem Alter steht. Besonders stark werden beide Faktoren der gesellschaftlichen Integration vom formalen Bildungsniveau bestimmt. So beklagt nur eine Minderheit der Befragten mit Abitur, nicht den gerechten Anteil zu erhalten; unter denjenigen ohne Abitur sind es jedoch zwei Drittel. Noch schärfere Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen finden sich hinsichtlich der Angst vor einem sozialen Abstieg. Davon bedroht wännen sich drei von vier Befragten mit einem Schulabschluss unter dem Niveau der 10. Klasse, mehr als die Hälfte mit einem POS- oder vergleichbaren Schulabschluss als höchstem Abschluss, aber nur drei von zehn Thüringern mit Abitur.

Erwartungsgemäß erweisen sich auch die Wahrnehmungen der individuellen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage als wichtige Einflussfaktoren für die subjektive Integration in die Gesellschaft. Wie Abbildung 6 verdeutlicht, steigt die Angst vor einem sozialen Abstieg linear an, je schlechter die Befragten ihre eigene finanzielle Situation bewerten. Unter den Thüringern, die sich materiell schlecht gestellt sehen, haben 83 Prozent derartige Befürchtungen. Ein ähnlicher, wenngleich etwas schwächerer Zusammenhang ergibt sich mit der Bewertung der Wirtschaftslage im Freistaat. Gleichermaßen stark sind die Effekte der perzipierten wirtschaftlichen Lage auf das Empfinden, einen gerechten Anteil zu erhalten. Diese Wahrnehmung ist umso geringer ausgeprägt, je negativer die individuelle und die allgemeine wirtschaftliche Lage eingeschätzt werden. In der Befragtengruppe, die beide Aspekte der wirtschaftlichen Lage negativ beurteilt, sind die Anteile subjektiv Benachteiligter und sozialer Verlierer nochmals höher. Ähnlich hohe Prozentwerte sozial Desintegrierter finden sich unter den Arbeitslosen.

Abb. 6: *Gerechter Anteil und Angst vor sozialem Abstieg nach eigener finanzieller Lage und allgemeiner wirtschaftlicher Lage*
(zustimmende Aussagen zusammengefasst; in Prozent)



Da die individuelle und die allgemeine wirtschaftliche Lage, das Bildungsniveau und die Arbeitslosigkeit nicht unabhängig voneinander sind, erscheint es sinnvoll, hier abschließend die Effekte dieser Faktoren auf das Benachteiligungsempfinden und auf die Abstiegsängste im Zusammenhang zu untersuchen. Die zwischen diesen Faktoren bestehenden Wechselwirkungen sollen also (mittels des statistischen Verfahrens der linearen Regression) berücksichtigt werden. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass alle genannten Faktoren – mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit – in erheblichem Maße zur Erklärung beider Aspekte der subjektiven gesellschaftlichen Integration beitragen. Das erklärungsstärkste Bestimmungsmerkmal ist jeweils die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage, gefolgt von der Bildung und der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Allerdings ist der Effekt der eigenen finanziellen Lage unterschiedlich: Zur Erklärung des subjektiven Benachteiligungsempfindens (gerechter Anteil) leistet sie den mit Abstand größten Beitrag. Die Angst vor dem sozialen Abstieg wird hingegen in etwa gleichem Maße auch durch den formalen Bildungsstand bestimmt. Mithin geht eine (aktuell) wahrgenommene Benachteiligung vorrangig auf die materielle Lage der Befragten zurück, während die Befürchtungen eines (zukünftigen) Statusverlusts gleichermaßen vom Bildungsniveau abhängen. Mit anderen Worten: Wer über großes kulturelles Kapital verfügt (hoher Bildungsabschluss), weiß sich selbst bei aktuell unbefriedigender materieller Lage weit überdurchschnittlich gegen die Verwerfungen der Modernisierung gewappnet.

Die bisherigen Ausführungen haben ein facettenreiches Bild der auf Thüringen bezogenen Einstellungen sowie der subjektiven Lebenslagen und gesellschaftlichen Integration der Befragten gezeichnet. Sie sind darüber hinaus aber auch wichtige Hintergrundinformationen und Bezugspunkte für die Analyse sowohl der politischen Orientierungen (vgl. Kap. IV) als

auch der Positionen der Thüringerinnen und Thüringer zu Bildung und Schule, die als Schwerpunkt des THÜRINGEN-MONITORS 2007 den Gegenstand des folgenden Kapitels bilden.

III. Bildung und Bildungspolitik im Urteil der Thüringer

1. Bildung in der Kontroverse

Versteht man Bildung ganz allgemein als die Gesamtheit all jener Prozesse, die dazu beitragen, dass Menschen sich in je eigener Art und Weise die Welt aneignen und ihre Fähigkeiten und Kompetenzen erweitern – und damit in neuhumanistischem Verständnis allererst ihr volles Menschsein entwickeln –,⁵ so gehört die Vermittlung von Bildung gleichermaßen zu den zentralen wie zu den vornehmsten Aufgaben einer Gesellschaft. Gerade moderne Gesellschaften mit ihren arbeitsteiligen Strukturen sehen sich vor die Aufgabe gestellt, Bildungsprozesse zu organisieren und zu institutionalisieren, wollen sie nicht auf die Erziehungsleistungen einzelner Individuen alleine vertrauen.

Während lange Zeit Bildungsprozesse geradezu reflexartig mit der jungen Generation in Verbindung gebracht worden sind, hat sich im Zuge einer Entgrenzung von Bildung mittlerweile der Leitgedanke des lebenslangen Lernens auch im öffentlichen Bewusstsein durchgesetzt (Chisholm/Larson/Mossoux 2005). Dieser Wandel reflektiert einerseits die Erfordernisse von Wirtschaft und Arbeitsmarkt – Weiterbildung und Zusatzqualifikationen haben erheblich an Bedeutung gewonnen –, andererseits drückt er womöglich auch veränderte individuelle Präferenzen in der Wissensgesellschaft aus (Stichwort: Sprachreisen, Seniorenstudium). Mit dem Konzept des lebenslangen Lernens verbindet sich zunächst eine Erweiterung des Fokus auf die nach dem Berufseintritt andauernden oder auch neu einsetzenden Bildungsprozesse, insbesondere die innerbetriebliche Fortbildung, die berufliche Weiterbildung außerhalb des Betriebs und die Weiterbildung zu privaten Zwecken. Darüber hinaus erfreut sich aber auch die frühkindliche Bildung, die dem Schulbesuch vorausgeht, verstärkter Aufmerksamkeit. Dazu beigetragen haben neben den internationalen Studien über Schulleistungen Befunde der pädagogischen Forschung und die gesellschaftliche Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, namentlich für junge Frauen.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass in Deutschland seit den siebziger Jahren, als das Bildungswesen zu einem zentralen Gegenstand des Reformdiskurses wurde, nicht mehr auf so breiter gesellschaftlicher Basis und so intensiv über Bildung, ihre Funktionen, Formen, Strukturen und Inhalte diskutiert worden ist wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dabei zeichnet sich ein doppelter Trend ab: Einerseits werden die ideologischen Grabenkämpfe früherer Zeiten unter den veränderten Bedingungen der PISA-Ära und in vergleichsweise moderater Form fortgeführt (beispielhaft Herrlitz 2003). Andererseits bilden sich angesichts der aktuellen Herausforderungen Reformkoalitionen, die politische Lager übergreifen und in denen sich einstige Kontrahenten zusammenfinden (Massing 2002a: 5). Dazu beigetragen hat ein beschleunigter Prozess der Ökonomisierung von Bildung (Fuchs/Reuter 2000: 13-23). Damit ist mehr gemeint als nur die Entdeckung der Bildung als Wirtschaftsfaktor (expandierendes Angebot an Bildungsleistungen auf dem Markt) und als materiell bedeutsames Gut (vgl. die Debatte um die generelle Einführung von Studiengebühren). Vielmehr wird Bildung bzw.

5 Im Unterschied zur Erziehung, bei der eine andere Person oder Institution auf den zu Erziehenden einwirkt, bedarf es eines solchen Impulses von außen bei der Bildung nicht. Es sei angemerkt, dass die begriffliche Unterscheidung etwa in der englischen Sprache nicht existiert; „education“ umfasst beides.

werden Bildung und Wissen zusehends als zentrale Ressourcen moderner Dienstleistungsgesellschaften verstanden, die allererst die Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit und letztlich für einen hohen Lebensstandard schaffen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich drei generelle Gegenstände in der bildungspolitischen Debatte ausmachen, deren öffentliche Wahrnehmung von besonderem Interesse ist: die Inhalte und Ziele von Bildung, dann die Strukturen des Bildungs- und vor allem des Schulwesens mitsamt der Frage der Trägerschaft sowie schließlich die Verantwortung staatlicher Bildungseinrichtungen für den Ausgleich der vielfach dokumentierten Unterschiede zwischen Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Elternhäusern. Wie sich die Öffentlichkeit zu diesen wesentlichen Themen der bildungspolitischen Debatte positioniert, ist nicht zuletzt deswegen von Belang, weil sich gerade im Bildungswesen Reformen sehr viel leichter durchsetzen lassen, wenn sie eine breite gesellschaftliche Akzeptanz genießen. Umgekehrt gilt: Veränderungen im Bildungsbereich sind angesichts des beträchtlichen öffentlichen Interesses und der vergleichsweise großen Zahl der (zumindest indirekt) Betroffenen viel schwieriger gegen die Mehrheitsmeinung durchzusetzen als in vielen anderen Politikfeldern.

Inhalte und Ziele von Bildung: Die generellen Ziele von (insbesondere schulischer) Bildung sind unter Experten und Fachpolitikern weit weniger umstritten, als dies in der Öffentlichkeit womöglich wahrgenommen wird. Der alte Streit um Wissensvermittlung versus soziales Lernen ist faktisch längst im Sinne eines Kompromisses beigelegt: Es geht um eine Kombination von beidem. Durchaus unterschiedliche Positionen bestehen jedoch etwa in puncto Schule hinsichtlich der Bedeutung einzelner Bildungsziele fort, wie sie etwa bei der Gestaltung der Unterrichtstafel und der Gewichtung der Unterrichtsfächer auftauchen. Dahinter verbirgt sich allerdings womöglich ein grundsätzlicher Dissens darüber, was die zentralen Bildungseinrichtungen, vorrangig Schulen und Kindertageseinrichtungen, leisten sollen.

Stark vereinfacht prallen dabei das Humboldtsche Bildungsideal und die Leitvorstellung eines an den zentralen Bedürfnissen der modernen Gesellschaft und Wirtschaft ausgerichteten Bildungswesens aufeinander. Quer dazu steht die sozial-integrative Funktion, welche die Bildungseinrichtungen gleichzeitig erfüllen soll. Zwar wird kein Verfechter einer in der Tradition Humboldts stehenden Bildungskonzeption in Zweifel ziehen, dass etwa schulische Bildung auch instrumentelles Wissen für die spätere Einbindung in das Berufsleben vermitteln soll, er könnte sogar darauf verweisen, dass dies im Konzept einer breiten Allgemeinbildung gerade angelegt ist. Ebenso wenig wird ein Protagonist eines stärker instrumentellen Bildungskonzepts die Wünschbarkeit breiter Allgemeinbildung in Frage stellen, sie womöglich als Voraussetzung für die wirtschaftliche Nutzbarmachung von Bildung verstehen. Dennoch kommen in diesen Positionen unterschiedliche Vorstellungen von Sinn und Zweck der Bildung zum Ausdruck, die zumindest eine Folie für eine Reihe aktueller Kontroversen in schulpolitischen Angelegenheiten, aber auch bezüglich der Inhalte der frühkindlichen Bildung abgeben.

Strukturen des Bildungswesens: Das zentrale „Schlachtfeld“ bildungspolitischer Konflikte in der Bundesrepublik sind in der Vergangenheit die Strukturen der Bildungspolitik gewesen (Fuchs/Reuter 2000: 45f.), wenngleich es dabei durchaus Zusammenhänge mit den Konfliktlinien über Inhalte und Ziele von Bildungsprozessen gegeben hat. Mit Einschränkungen und bei bemerkenswerten Akzentverschiebungen gilt dies auch heute noch.⁶ Im Zentrum stand

6 Neben der Schulstrukturfrage hat es im Bereich des Schulwesens gerade in den vergangenen Jahren zahlreiche (durchweg strittige) Reformen zur Gestaltung der Unterrichtsorganisation und des Unterrichts selbst gegeben, so zur Altersmischung, zum fächerübergreifenden Unterricht, zum Kurs- versus Klassenverband in der gymnasialen Oberstufe oder zu verschiedenen Lernformen. Diese Fragen erscheinen

dabei lange Zeit der Dauerkonflikt um die Gliederung des Schulwesens. Das Anfang der 1950er-Jahre in ganz Westdeutschland etablierte dreigliedrige Schulwesen mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium geriet vor allem Ende der 1960er- und während der 1970er-Jahre wegen seiner sozialen Auslese in die Kritik. Die als Alternative dazu konzipierte Gesamtschule, in der alle Schüler bis zum Schulabschluss gemeinsam unterrichtet werden, wurde nur in einigen Ländern eingeführt und vermochte das gegliederte Schulwesen nicht zu ersetzen. Wohl aber besteht sie vielerorts parallel zu Gymnasium, Real- und Hauptschule fort.

In Ostdeutschland standen die neu gegründeten Länder im Gefolge der Vereinigung vor der Frage, wie mit dem Erbe des einheitlichen (und zugleich hochgradig ideologisierten) DDR-Schulsystems umzugehen war und in welchem Maße eine Orientierung an westdeutschen Mustern erfolgen sollte (für erste, frühe Zwischenbilanzen vgl. Schmitt 1996; Döbert/Führ 1998). Thüringen führte Anfang der 1990er-Jahre ein im Kern zweigliedriges Schulsystem ein, das allerdings neben Regelschule und Gymnasien weitere Schularten ermöglicht (Ströbel 2007). Während die Gliederung des Schulsystems in Thüringen wie in Deutschland insgesamt kontrovers geblieben ist, stand die Dominanz staatlicher Schulen zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage. Zwar sind private Schulen – von den Waldorfschulen über christliche Schulen bis hin zu Jenaplanschulen – aus der Schullandschaft kaum wegzudenken, doch haben sie im Osten wie im Westen Deutschlands nie die quantitative und qualitative Bedeutung erlangt, die ihnen in einigen anderen Staaten wie etwa in Großbritannien zukommt.⁷

Mit der staatlichen und privaten Trägerschaft, die prinzipiell auch für die Hochschulbildung und die berufliche wie private Weiterbildung relevant erscheint, ist die Frage nach der Zuständigkeit für die Bildung von Kindern eng verknüpft. Als strittig gilt dabei, wie die Erziehungsrechte und -pflichten der Eltern von den Aufgaben staatlicher Bildungseinrichtungen abzugrenzen sind. Unter bildungspolitischen Gesichtspunkten interessieren weniger die präzisen juristischen Regelungen als die Grundentscheidungen über die Zuständigkeit und Verantwortung für Bildungsprozesse. Diese sind beispielsweise für die Einrichtung von Ganztagschulen, die Ausrichtung der Förderungspolitik oder auch die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten von Eltern in Kindertageseinrichtungen und Schule von Belang.

Neben dem Grad der Differenzierung des Schulwesens (lange Integration versus frühe Differenzierung), der Trägerschaft (private versus staatliche Träger) und der verwandten Frage der Zuständigkeit für Bildungsprozesse (Eltern versus staatliche Bildungsträger) darf eine weitere Konfliktlinie nicht übersehen werden: die zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung. Dadurch, dass die Bildungspolitik im Wesentlichen Länderhoheit ist, weist das bundesdeutsche Bildungswesen traditionell ein hohes Maß an Regionalisierung auf und die Kompetenzen sind auf eine Vielzahl von Akteuren verteilt. Faktisch stellt sie heutzutage einen der wenigen gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Politikbereiche dar, in denen die Länder über weitreichende Gestaltungskompetenzen verfügen. Gerade im Zuge der Debatten um eine Reform der föderalen Ordnung in Deutschland wurde dieses Primat der Länder in der Bildungspolitik verschiedentlich in Frage gestellt, vor allem mit Blick auf die Hochschulbildung. Während also einerseits die Verteilung bildungspolitischer Kompetenzen zwischen

jedoch so speziell, dass sie der Thüringer Bevölkerung insgesamt kaum bekannt und für sie auch nicht von Interesse sind. Aus Gründen fehlender Relevanz sind die Einstellungen zu diesen Themen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS nicht erhoben werden – und auf sie wird daher auch in diesem Kapitel nicht weiter eingegangen.

7 Anders stellt sich die Situation für die Kindertageseinrichtungen dar, die in Westdeutschland überwiegend privat geführt sind und die auch in Ostdeutschland zusehends von der kommunalen in private Trägerschaft überführt werden.

Bund und Ländern strittig ist, gibt es andererseits eine Kontroverse um die stärkere Eigenverantwortung von Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen.

Kompensationsfunktion staatlicher Bildungseinrichtungen: Die soziale Selektivität des Bildungswesens in Deutschland ist seit Langem bekannt; auf ihre Beseitigung bzw. Milderung sind schon zahlreiche Reformmaßnahmen in den 1970er-Jahren bezogen gewesen (Einführung der Gesamtschule, Bundesausbildungsförderung usw.) – mit begrenztem Erfolg. Verschiedene Studien der vergangenen Jahre haben bestätigt, dass das deutsche Bildungssystem auch im internationalen Vergleich Schüler aus bildungsfernen Schichten in erheblichem Maße benachteiligt und insofern durch eine starke Chancenungleichheit charakterisiert ist (zum europäischen Vergleich Schümer 2005). Besonders betroffen davon sind Kinder mit Migrationshintergrund – in Thüringen angesichts des geringen Ausländeranteils kein vorrangiges Problem – und solche aus sozial schwachen Familien (Kinder Alleinerziehender usw.). Angesichts dieser neu-altens Erkenntnis hat sich neben der Fortführung der bekannten Schulstrukturdebatte im neuen Gewand eine intensive Debatte um die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des Nachteilsausgleichs entwickelt. Diese ist durch eine Reihe von Fällen drastischer Vernachlässigung bzw. Tötung von Säuglingen und Kleinkindern durch ihre Eltern noch forciert worden.

Die Diskussion geht dabei weniger darum, ob sich staatliche Bildungseinrichtungen um den Ausgleich von Nachteilen kümmern sollen, die Kindern qua sozialer Herkunft entstehen. Kontrovers ist vielmehr, welche Maßnahmen zu treffen sind und wann diese einsetzen sollten, letztlich aber auch, in welchem Verhältnis elterliche Erziehungsverantwortung und staatliche Verpflichtung zum Nachteilsausgleich stehen. Diese Debatte wird in den letzten Jahren verstärkt mit Blick auf die frühkindliche Bildung geführt. Sie trägt insofern den Befunden der empirischen Bildungsforschung Rechnung, die bereits bei der Einschulung massive, mit der sozialen Herkunft verbundene Unterschiede im Kenntnisstand ergeben. Da staatliche Ausgleichsmaßnahmen durchweg mit finanziellen Aufwendungen verbunden sind, ergibt sich hier zugleich ein Zusammenhang mit der Finanzierung von Bildung – ein weiterer höchst kontroverser Gegenstand der bildungspolitischen Debatte.

Diese Skizze bildungspolitischer Kontroversen erhebt mitnichten den Anspruch auf Vollständigkeit; viele für bestimmte Bereiche des Bildungswesens wichtige Debatten (vor allem auf den Feldern der Hochschulpolitik und der Erwachsenen- und beruflichen Bildung) sind bewusst nicht einmal angesprochen worden. Die Auswahl der hier aufgeführten zentralen Gegenstände der Kontroverse ergibt sich aus der Funktion der fokussierten Darlegung: Sie soll den Rahmen für die empirische Untersuchung aufziehen und helfen, die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2007 in den breiteren Kontext der bildungspolitischen Debatten einzuordnen. Die Untergliederung nach Inhalten und Zielen von Bildung, Strukturen und Ausgleichsmaßnahmen wird im nachfolgenden empirischen Teil insofern beibehalten, als sie die Analyse inhaltlich strukturieren. Formal erfolgt die Untersuchung jedoch getrennt für die einzelnen Bildungseinrichtungen, wobei sie analog der Altersentwicklung mit den Kindertageseinrichtungen bzw. den Einstellungen zur frühkindlichen Bildung beginnt (vgl. Kap. III.3).

Den institutionenspezifischen Kapiteln vorangestellt sind hier die Ausführungen zu den gesellschaftlichen Erwartungen an Bildung allgemein. Diese variieren oftmals nach dem Lebensalter: Mit Bildungsprozessen in Kindertageseinrichtungen soll selbstverständlich anderes erreicht werden als mit berufsbezogenen Weiterbildungsangeboten. Neben diesen Erwartungen an einzelne Bildungsabschnitte oder -institutionen bestehen jedoch auch grundsätzliche Erwartungen und Ziele, die sich durch ihre übergeordnete Natur und ihren Zusammenhang mit allgemeinen Wertorientierungen auszeichnen. Es kann davon ausgegangen werden,

dass sie bildungspolitisch von ganz zentraler Bedeutung sind und sich Kontroversen in einzelnen Bereichen des Bildungssystems auf diese Grundkonflikte zurückführen lassen.

2. Generelle Erwartungen an Bildung

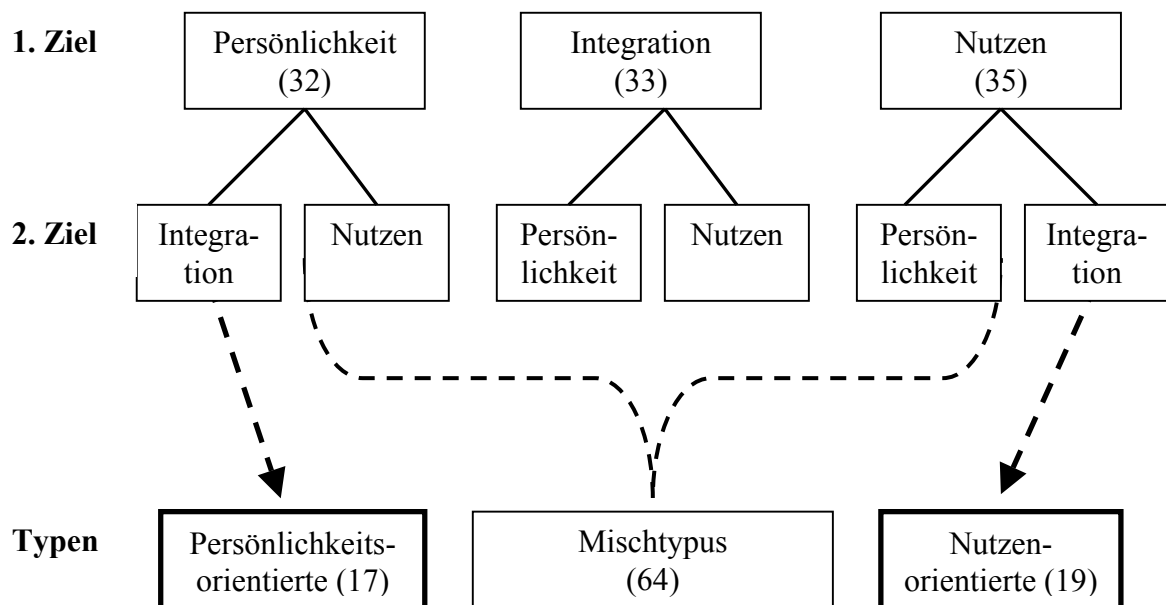
Die Zielbestimmung, also die Frage danach, wofür eigentlich (vom Staat verantwortete) Bildungsprozesse initiiert werden, gehört zu den Kernfragen, mit denen sich eine Gesellschaft im Kontext von Bildung beschäftigen muss. Ihre Beantwortung entscheidet zugleich darüber, welche Kompetenzen und Qualifikationen vermittelt werden sollen; sie ist letztlich von der Bestimmung der Bildungsinhalte gar nicht sinnvoll zu trennen.

Die große Bandbreite staatlicher Bildungsziele lässt sich auf unterschiedliche Weise systematisieren. Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS sind drei Kernfunktionen von Bildung unterschieden worden: die Vorbereitung auf eine spätere berufliche Tätigkeit, die Einbindung in die Gesellschaft und die umfassende Persönlichkeitsbildung. Diese drei Kernfunktionen schließen einander nicht wechselseitig aus; vielmehr dürften sie alle eine breite gesellschaftliche Zustimmung finden. Jedoch werden die Akzente von Bildungsprozessen jeweils unterschiedlich gesetzt: Bei der Persönlichkeitsbildung steht die Entfaltung der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten im Vordergrund, bei der Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit sind es Nützlichkeitsabwägungen, bei der Einbindung in die Gesellschaft geht es vorrangig um Sozialisation bzw. soziale Integration. Die drei Ziele lassen sich entlang einer Verwertbarkeitsskala anordnen. Dabei bilden der Nutzen (Vorbereitung auf Beruf) und die Persönlichkeit die beiden Pole, dazwischen liegt die gesellschaftliche Einbindung.

Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS sind die Befragten gebeten worden, diese drei Ziele staatlicher Bildung in eine Rangordnung zu bringen. Bei der Entscheidung über das vorrangige Ziel sind die Präferenzen der Thüringer gleich verteilt: Jeweils etwa ein Drittel gibt dem Nutzen, der gesellschaftlichen Integration bzw. der Persönlichkeit den Vorrang. Auch beim zweitwichtigsten Ziel gehen die Meinungen jeweils sehr deutlich auseinander. Die erste Wahl unter den drei Bildungszielen determiniert also nicht, welches Ziel an zweiter Stelle steht. Kombiniert man die jeweils erste und zweite Präferenz, so ergeben sich sechs insgesamt annäherungsweise gleich große Gruppen unter den Befragten (Abb. 7). Die einzelnen Gruppen umfassen zwischen einem Fünftel und einem Siebtel der Befragten.

Für die weitere Analyse interessieren nicht alle sechs Gruppen gleichermaßen. Aussagekräftig ist vielmehr, ob sich die Extremgruppen in ihren Wertorientierungen sowie in ihren bildungspolitischen Präferenzen (vgl. dazu Kap. III.3 und III.4) voneinander unterscheiden. Die Extremgruppen sind dabei anhand der Dimension der Verwertbarkeit von Bildung gebildet worden: Die *Persönlichkeitsorientierten* setzen sich aus den Befragten zusammen, die die Persönlichkeitsbildung als vorrangiges Ziel einstufen und Nützlichkeitsabwägungen hintan stellen. Den Gegenpol bildet die Gruppe der *Nutzenorientierten*; bei ihnen sieht die Rangfolge der Bildungsziele genau umgekehrt aus: An erster Stelle steht hier die Vorbereitung auf eine berufliche Stellung, gefolgt von der Einbindung in die Gesellschaft; die Persönlichkeitsbildung rangiert an letzter Stelle. Beide Extremgruppen sind mit 17 Prozent aller Befragten (Persönlichkeitsorientierte) und 19 Prozent (Nützlichkeitsorientierte) in etwa gleich groß (Abb. 7). Die verschiedenen Mischgruppen machen insgesamt knapp zwei Drittel der Befragten aus.

Abb. 7: *Rangfolge der Bildungsziele: Typenbildung*
(Angaben in Prozent aller Befragten; fett umrandet: Extremgruppen)



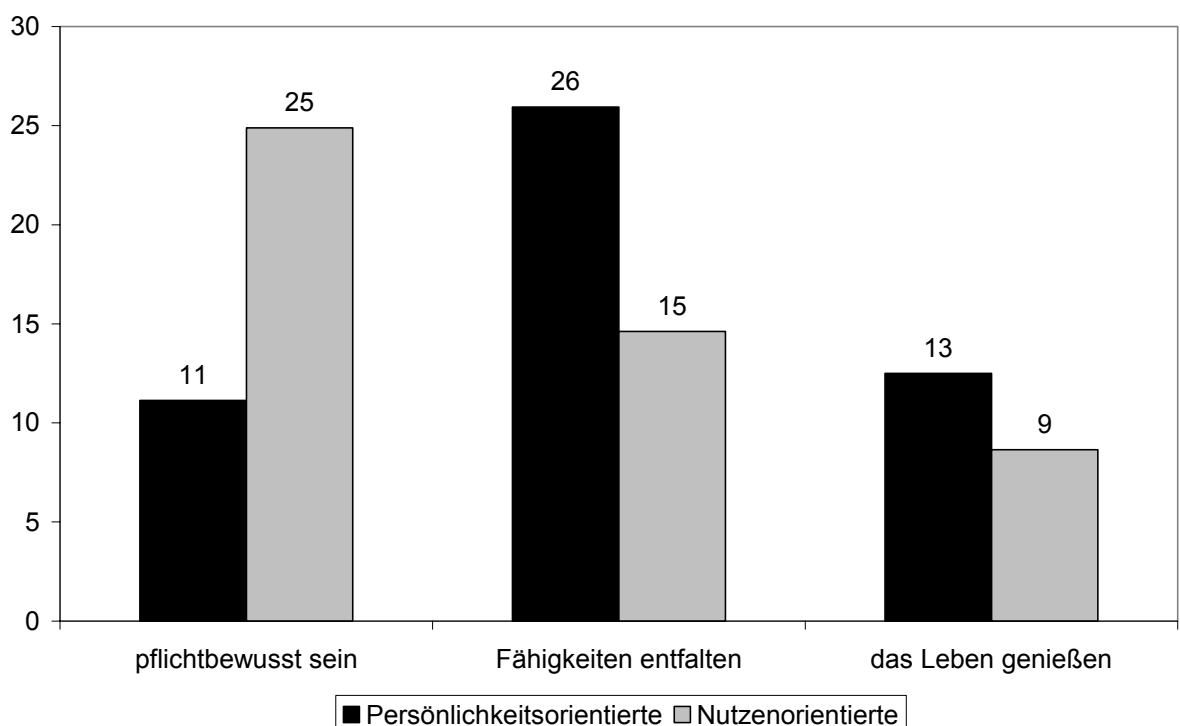
Die beiden nach der vorgenommenen Rangordnung der Bildungsziele gebildeten Extremgruppen unterscheiden sich zunächst nach sozialstrukturellen Merkmalen voneinander. Unter den Frauen etwa finden sich weit mehr Nutzenorientierte als Persönlichkeitsorientierte, bei den Männern ist es umgekehrt. Mit den Geschlechterunterschieden erklärt sich auch die Kluft zwischen Vollzeitberufstätigen (überproportional persönlichkeitsorientiert) und Teilzeitkräften (überdurchschnittlich nutzenorientiert). Deutliche Unterschiede zeigen sich auch zwischen den Altersgruppen. Die Jüngsten wie auch die Ältesten favorisieren übereinstimmend eine nutzenorientierte Bildung, während in den übrigen (mittleren) Altersgruppen die Persönlichkeit überdurchschnittlich häufig als Bildungsziel genannt wird. Unter sozialstrukturellen Aspekten hat jedoch das formale Bildungsniveau den stärksten Einfluss auf die Hierarchisierung der Bildungsziele: Bei den Befragten mit Abitur sind die Persönlichkeitsorientierten dreimal so stark vertreten wie diejenigen, für die die Nützlichkeit im Vordergrund steht (31 % im Vergleich zu 10 %), unter den Thüringern ohne Abitur ist hingegen nur jeder Zehnte persönlichkeitsorientiert – bei 24 Prozent Nützlichkeitsorientierten.

Die Bildungsziele und ihre Rangordnung können Ausdruck der Präferenzen sein, die bezüglich der Lebensgestaltung bestehen. Nach dieser Lesart wären die Bildungsziele spezifische Ausprägungen allgemeiner Wertorientierungen der Befragten. Um diesen vermuteten Zusammenhang zu überprüfen, wurden den Thüringern wie in früheren Befragungen drei Werte zur Auswahl angeboten, von denen sie den aus ihrer Sicht wichtigsten auswählen sollten: das Leben zu genießen, pflichtbewusst sein oder die eigenen Fähigkeiten entfalten. Knapp die Hälfte der Befragten nannte das Pflichtbewusstsein als wichtigsten Wert, gut 40 Prozent die Selbstentfaltung. Hingegen gab nur etwa jeder Zehnte dem Lebensgenuss den Vorrang und brachte damit eine hedonistische Grundhaltung zum Ausdruck. Im Zeitverlauf haben sich die allgemeinen Wertorientierungen in Thüringen damit nicht nennenswert gewandelt.

Der Zusammenhang dieser Wertorientierungen mit den Bildungszielen ist deutlich ausgeprägt. Unter denjenigen, die der Entfaltung eigener Fähigkeiten die höchste Priorität einräumen, genießt auch die Persönlichkeitsbildung hohe Wertschätzung. In der Gruppe finden sich ein gutes Viertel Persönlichkeitsorientierte, aber nur 15 Prozent Nutzenorientierte (Abb. 8).

Dieser positive Zusammenhang zwischen der Wertschätzung von Selbstentfaltung und dem Ziel der Persönlichkeitsbildung überrascht nicht, geht es doch jeweils um die Entwicklung der eigenen Person. Den Gegenpol zu den auf die Selbstentfaltung Bedachten bilden hinsichtlich der präferierten Bildungsziele die „Pflichtbewussten“. Unter ihnen sind die Befragten mit einer starken Nutzenorientierung mehr als doppelt so häufig (25 %) vertreten wie die Persönlichkeitsorientierten (11 %). Der deutliche Zusammenhang, der sich zwischen dem Pflichtbewusstsein und nutzenorientierten Bildungszielen ergibt, könnte darin begründet liegen, dass beide Präferenzen ein großes Maß an Anpassungsbereitschaft voraussetzen. Die Präferenz für das Bildungsziel der Berufsvorbereitung (Nutzenorientierung) bedeutet eine Anpassung an die Erfordernisse der Berufswelt. Das Pflichtbewusstsein der „Pflichtbewussten“ lässt sich ebenfalls als Anpassungsbereitschaft interpretieren, nämlich als Anpassung an gesellschaftliche Normen. In der kleinen Gruppe der Hedonisten schließlich sind beide Extremgruppen unterrepräsentiert. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Vorstellungen der Thüringer darüber, welche Ziele staatliche Bildung verfolgen soll, in erheblichem Maße von ihren allgemeinen Wertorientierungen bestimmt sind.

Abb. 8: *Bildungsziele nach allgemeinen Wertorientierungen*
(in Prozent, Rest zu 100: Mischgruppen)



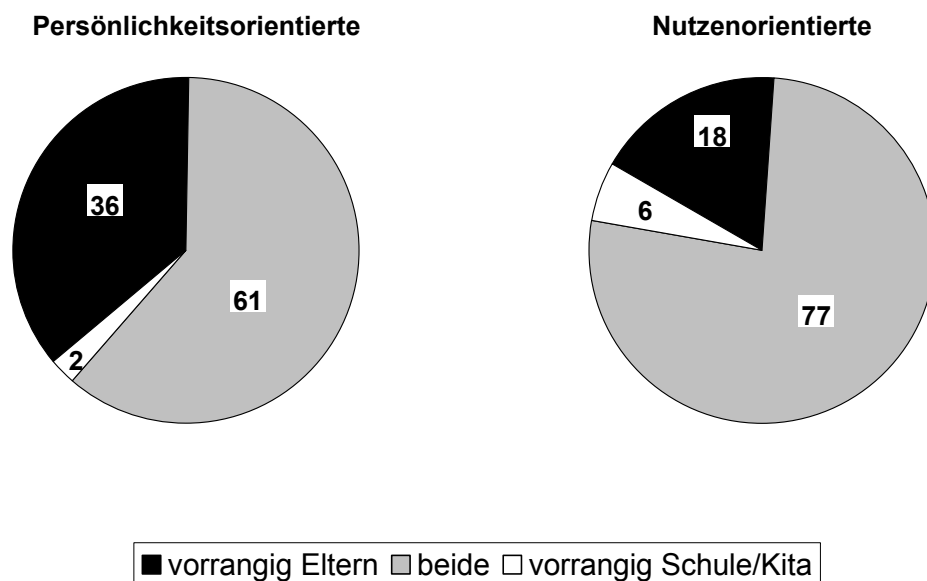
Darüber hinaus dürften die präferierten Bildungsziele nicht folgenlos für die Vorstellungen über die Struktur des Bildungswesens sein. So kann angenommen werden, dass sie systematisch mit der Frage zusammenhängen, wer die Hauptverantwortung für die Vermittlung von Werten tragen sollte. Deshalb sind die Thüringer gefragt worden, ob sie die Wertevermittlung in erster Linie als Aufgabe der Eltern oder der staatlichen Bildungseinrichtungen betrachten bzw. ob beide gleichermaßen dafür verantwortlich sind. Erwartungsgemäß sieht eine sehr deutliche Mehrheit von etwa 72 Prozent der Befragten sowohl die Eltern als auch die Schulen und Kindertageseinrichtungen in der Verantwortung. Diese Auffassung dominiert quer durch alle sozialen Gruppen und weitgehend unabhängig davon, welchen Wert im Leben die

Befragten selbst für den wichtigsten halten. Etwa jeder Vierte hält hingegen in erster Linie die Eltern für verantwortlich, nur eine kleine Minderheit die staatlichen Bildungseinrichtungen (4 %).

Variiert nun die Zuschreibung der Verantwortlichkeit je nachdem, welches Bildungsziel an erster Stelle genannt wird? Eine Gegenüberstellung der Persönlichkeits- und der Nutzenorientierten zeigt, dass die Einstellungen beider Gruppen durchaus divergieren. Wie Abbildung 9 veranschaulicht, präferiert zwar eine Mehrheit in beiden Gruppen eine Wertevermittlung sowohl durch die Eltern als auch durch die staatlichen Bildungseinrichtungen. Die Persönlichkeitsorientierten messen aber der Vermittlung von Werten im Elternhaus eine weit größere Bedeutung bei als die Nutzenorientierten. Mehr als ein Drittel von ihnen sieht in erster Linie die Eltern in der Verantwortung, in der Kontrastgruppe sind dies gerade einmal 18 Prozent.

Demnach stehen die Bildungsziele der Befragten in einem deutlichen Zusammenhang damit, wen sie als Hauptverantwortlichen für die Wertevermittlung betrachten. Dass ein Befragter der Gruppe der Persönlichkeitsorientierten zugehört, wird also einerseits dadurch begünstigt, dass ihm die Entfaltung eigener Fähigkeiten als wichtigster Wert gilt – und führt andererseits dazu, dass er Werte eher im Elternhaus vermittelt wissen möchte. In der Gesamtbetrachtung lässt sich damit ein Zusammenhang zwischen *inhaltlichen* Erwartungen an Bildung und *strukturellen* Präferenzen (Zuständigkeit für die Wertevermittlung) konstatieren.

Abb. 9: *Zuständigkeit für Wertevermittlung nach Bildungszielen*
(in Prozent)



Hinweis: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt

Zudem zeigt sich ein Spannungsfeld zwischen den auf das Individuum bezogenen Vorstellungen und solchen Ansichten, die Bildungsziele und -zuständigkeiten vor allem aus dem gesellschaftlichen Bedarf ableiten. Zugespielt gilt, dass eine auf das Individuum und die eigene Person bezogene Wertorientierung und die Betonung individueller Erziehungsverantwortung mit einer persönlichkeitsorientierten Position bezüglich der Bildungsziele einhergehen. Eine gesellschaftsbezogene Wertorientierung (Pflichtbewusstsein) und eine Ablehnung der indivi-

duellen Verantwortung für die Wertevermittlung sind hingegen eng mit einer nützlichkeitsorientierten Position verknüpft. Allerdings ist zu betonen, dass die berichteten Zusammenhänge teils über den Bildungsstand vermittelt sind. Je höher das Bildungsniveau eines Befragten ist, desto wahrscheinlicher ist, dass er individuumszentrierte Einstellungen in Bildungsfragen vertritt.

Womöglich kann aus diesen Konstellationen eine Konfliktlinie in der grundsätzlichen Debatte über Bildung und Bildungspolitik abgeleitet werden: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die selbst eher materielle Werte vertreten, eine formal niedrigere Bildung aufweisen und den Sinn der Bildungspolitik eher darin sehen, praktische und nützliche Fähigkeiten zu vermitteln. Die „Individualisten“ auf der anderen Seite sind formal besser gebildet, bevorzugen die Selbstentfaltung und betonen die elterliche Verantwortung. Für sie ist Bildung in einem gewissen Sinne Selbstzweck, dient eben vorrangig der Persönlichkeitsentwicklung.

Dieser Kernbefund ebenso wie die berichteten Unterschiede je nach Prioritäten der Bildungsziele sollten jedoch nicht überinterpretiert werden. Beide Kontrastgruppen sind nicht allzu stark besetzt und entsprechend moderat sind die meisten Zusammenhänge, wenn alle Befragten in die Analyse einbezogen werden. Zudem besteht ein breiter Konsens unter den Thüringern, dass die Wertevermittlung sowohl in die Verantwortung der Eltern als auch in die des Staates und seiner Bildungsinstitutionen, vor allem der Schule fällt. Damit ist freilich die Frage noch nicht beantwortet, inwiefern dem Staat eine kompensatorische Rolle zukommt, falls die Eltern ihrer erzieherischen Verantwortung nicht gerecht werden oder – etwa aufgrund widriger Umstände – nicht gerecht werden können. Die Frage nach der kompensatorischen Aufgabe staatlicher Bildungseinrichtungen knüpft an die oben skizzierte Debatte um die sozialen Voraussetzungen von Bildung und Bildungserfolg an (vgl. Kap. III.1). Dabei ist zunächst zu klären, ob die Benachteiligung von Schülern aus ressourcenschwachen Elternhäusern, wie sie die verschiedenen PISA-Studien für das Bildungssystem in Deutschland insgesamt ermittelt haben, von den Thüringern mit Blick auf das eigene Land auch so wahrgenommen wird.

Legt man die Daten des THÜRINGEN-MONITORS zugrunde, scheint dies der Fall zu sein: Zwei von drei Befragten vertreten die Auffassung, dass der Schulerfolg eines Kindes in Thüringen stark oder sehr stark von seiner sozialen Herkunft abhängt; nur eine kleine Minderheit (6 %) sieht überhaupt keinen derartigen Zusammenhang. Die Einschätzung, wie sozial selektiv das Thüringer Schulwesen ist, hängt entscheidend vom Bildungsstand der Befragten ab. Überraschenderweise ist diese Auffassung aber nicht in den – tatsächlich oder vermeintlich am stärksten betroffenen – bildungsfernen Teilen der Bevölkerung besonders verbreitet, sondern gerade bei den gut Gebildeten. Drei von vier Befragten mit Abitur sehen den Schulerfolg von der sozialen Herkunft (sehr) stark beeinflusst, bei den Befragten mit einem Schulabschluss unter dem Niveau der 10. Klasse ist es weniger als die Hälfte. Dieser zunächst kontraintuitive Befund erklärt sich womöglich mit den nach Bildungsstand variierenden Bildungsambitionen. Womöglich nehmen die bildungsfernen Bildungsgruppen die Nachteile, die sich für Kinder aus ressourcenschwachen Elternhäusern ergeben, deswegen als weniger stark wahr, weil sie von vorneherein gar nicht den Anspruch haben, dass ihre Kinder einen höheren Schulabschluss erwerben.

Für die hier relevanten Einstellungen der Thüringer zu strukturellen Aspekten der Bildung interessiert jedoch vor allem, welche Konsequenzen der Staat aus der – wahrgenommenen – sozialen Benachteiligung im Schulwesen ziehen sollte. Den Befragten wurden dabei drei mögliche Kompensationsmaßnahmen genannt mit der Bitte, die wichtigste auszuwählen: Erziehungshilfen für die Eltern, eine besondere Förderung in der Schule oder eine möglichst frühzeitige Unterstützung in der Kindertageseinrichtung. Die erste Maßnahme knüpft an der

Verantwortung der Erziehungsberechtigten an, deren Handlungsfähigkeit durch die staatlichen Hilfen gestärkt werden soll, während bei den beiden anderen die Kompensation durch und in den zentralen staatlichen Bildungsinstitutionen erfolgt.

Letztere Maßnahmen werden von den Befragten, die eine soziale Selektivität des Schulwesens bemerkt haben, eindeutig favorisiert. Annähernd die Hälfte unterstützt dabei ein frühzeitiges staatliches Handeln bereits in der Kindertageseinrichtung. Weitere 40 Prozent der Befragten versprechen sich Abhilfe in erster Linie von einer besonderen Förderung der betroffenen Kinder in der Schule. Nicht einmal jeder Siebte vertraut hingegen auf die Wirkung von Erziehungshilfen. Offenbar wird die Chance, „Defizite“ im Elternhaus durch Unterstützung der Eltern zu beseitigen, von den Befragten gering veranschlagt. In den präferierten Maßnahmen staatlicher Kompensation zugunsten von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern unterscheiden sich Befragte mit und ohne Kinder im Haushalt nicht. Auch welchem Bildungsziel der Vorrang gegeben wird, spielt für die gewünschte Kompensation keine Rolle: Die Persönlichkeitsorientierten haben nur geringfügig mehr Vertrauen in die Erziehungshilfen als die Nutzenorientierten. Wird einmal die Notwendigkeit zu staatlichem Handeln zwecks Nachteilsausgleich gesehen, verlieren die grundsätzlichen Positionen zu Zielen und Strukturen von Bildung ihre Bedeutung.

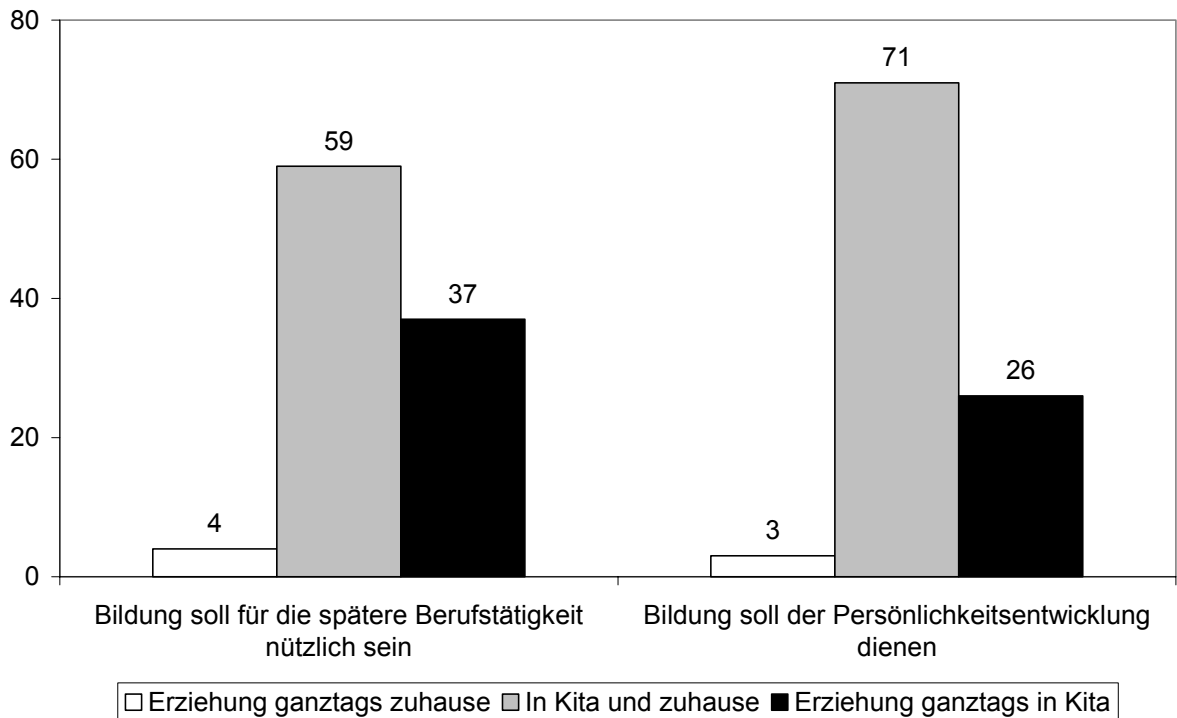
Insgesamt haben die obigen Ausführungen jedoch hinreichend Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Unterscheidung zwischen einem zweck- und nutzenorientierten Bildungsverständnis und der Betonung der Persönlichkeit als Bildungsziel wesentlich für die Wahrnehmung von Strukturen und Inhalten von Bildung sind. Zu fragen ist im Folgenden, ob diese Grundorientierungen tatsächlich auch die Bewertung konkreter bildungspolitischer Fragen steuern. Es erscheint sinnvoll, dabei zwischen den einzelnen Stufen und Institutionen des Bildungswesens zu differenzieren – und bei der Analyse der entsprechenden Einstellungen mit den Einrichtungen für die Jüngsten zu beginnen: den Kindertageseinrichtungen.

3. Kindertageseinrichtungen

Im Vorschulalter stellen sich für die Eltern und die staatlichen Bildungseinrichtungen Fragen nach Inhalt und Struktur der Kinderbetreuung: An welchen Zielen und Inhalten soll sich die Betreuung orientieren und wer soll sie organisieren, die Eltern oder der Staat bzw. die Kommune?

Die Erziehung von Vorschulkindern ausschließlich zuhause durch die Eltern wird nach Meinung der meisten Thüringer (94 %) dem Wohl des Kleinkindes nicht gerecht. Die Erziehung ganztags und damit überwiegend den Kindertageseinrichtungen zu überlassen, findet eine große Mehrheit (70 %) aber ebenfalls nicht richtig. Die Kombination aus Eltern-erziehung plus Kindertageseinrichtung erscheint den Thüringern als Königsweg: Fast zwei Drittel der Thüringer plädieren für eine Mischung aus einem halben Tag Kindertageseinrichtung und einem halben Tag Erziehung durch die Eltern (Abb. 10). Insgesamt sind damit fast alle Thüringer für eine Beteiligung einer Kindertageseinrichtung bei der Erziehung im Vorschulalter. Von den betroffenen Eltern, deren Kinder momentan eine solche Einrichtung besuchen, plädiert sogar nur einer von Hundert für die Erziehung ausschließlich zuhause.

Abb. 10: *Präferenz für Erziehung zuhause oder in einer Kindertageseinrichtung – nach Priorität der Bildungsziele (in Prozent)*



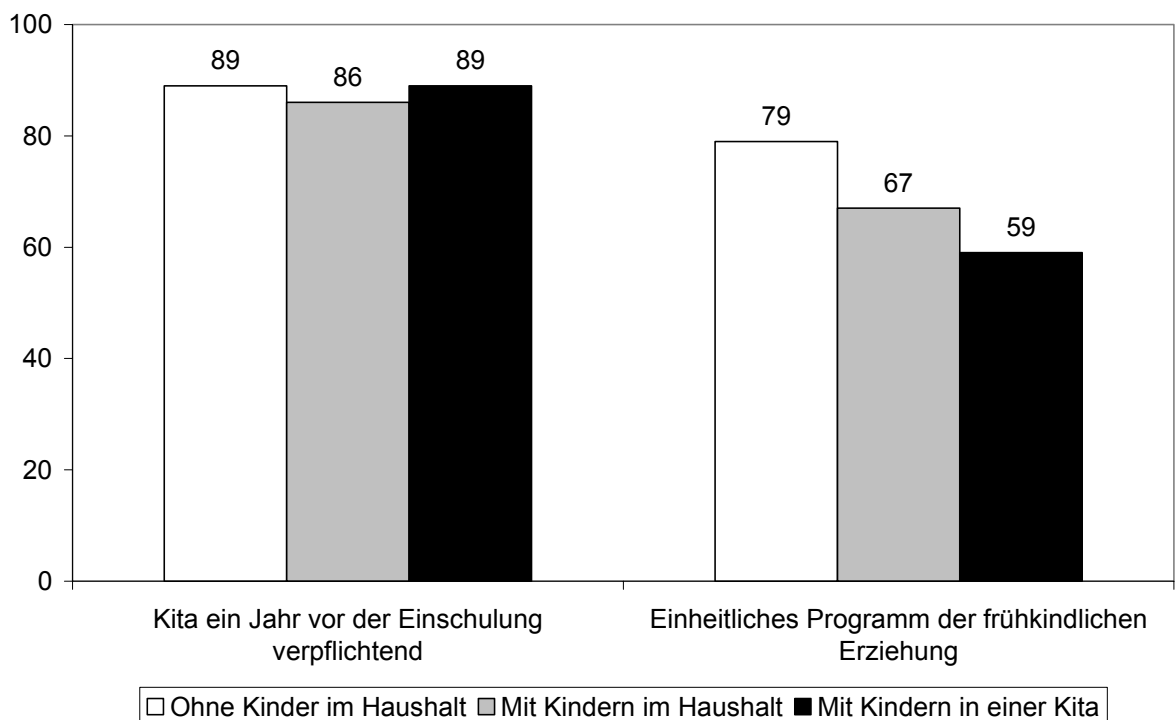
Wenn für die Befragten die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder im Vordergrund steht, dann entscheiden sie sich noch deutlicher als andere für die Kombination aus Kindertageseinrichtung und Elternernziehung zu gleichen Teilen und seltener für die Ganztagsbetreuung in einer Einrichtung. Steht die Nützlichkeit der Bildung im Vordergrund, so wird diese Ganztagsbetreuung häufiger favorisiert, die Kombination seltener. Die Erziehung ausschließlich durch die Eltern wird in beiden Gruppen gleichermaßen nur von einer kleinen Minderheit für richtig gehalten. Die Erziehung zuhause wird überdurchschnittlich oft von Männern, Rentnern, CDU-Anhängern und Kirchenmitgliedern bevorzugt, aber insgesamt sind das auch in diesen Gruppen klare Minderheitenpositionen. Gefragt nach den Gründen für diese Präferenz steht die Kontrolle der Erziehung durch die Eltern im Vordergrund. Der frühzeitige Kontakt mit Gleichaltrigen steht bei denjenigen an erster Stelle, die eine Kindertageseinrichtung bevorzugen.

Aber auch der Ausgleich von Unterschieden in der Entwicklung von Kindern im Vorschulalter ist ein wichtiges Argument für die Kindertageseinrichtung. Die meisten Thüringer denken, dass man gar nicht früh genug anfangen kann, Nachteile auszugleichen, die manche Kinder durch das Elternhaus haben. Drei Viertel aller Befragten glauben sogar, dass nur ein einheitliches Programm der frühkindlichen Erziehung garantiert, dass die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder ausgeglichen werden (Abb. 11). Diese Meinung teilt nicht nur die überwiegende Mehrheit der „Pflichtbewussten“ (84 %), sondern auch die Mehrheit der „Selbstverwirklicher“ (70 %). Selbst über zwei Drittel derjenigen, die für Kindererziehung ausschließlich zuhause durch die Eltern plädieren, können sich mit einem einheitlichen Programm anfreunden; allerdings bleibt offen, ob sie das auch auf ihren eigenen Nachwuchs angewendet wissen wollen. Steht die Persönlichkeitsentwicklung bei der Kindererziehung im Vorder-

grund, wird ein einheitliches Programm seltener, aber immer noch mehrheitlich (von 68 %) gewünscht.

Der Wunsch der Thüringer nach einer größeren Vereinheitlichung der Kleinkindererziehung wird noch deutlicher, wenn man nach einem Pflichtjahr im Kindergarten fragt: Neun von zehn Thüringern stimmen dem Vorschlag zu, vor der Schule ein Jahr in der Kindertagesstätte für alle Kinder zur Pflicht zu machen (Abb. 11). Während das Pflicht-Kindergartenjahr von Betroffenen wie Nicht-Betroffenen gleichermaßen gewünscht wird, ist die Zustimmung zu einem einheitlichen Programm der Kindererziehung bei Eltern mit Kindern im relevanten Alter um einiges geringer. Dennoch lässt sich hier auch unter den Eltern mit Kindergartenkindern eine deutliche Mehrheit für ein solches Einheitsprogramm erkennen. Die Frage danach, in wessen Hand die Kleinkindererziehung in Thüringen liegen soll, ist damit eindeutig beantwortet: Kindertageseinrichtungen sollen dabei eine sehr große Rolle spielen, meistens um die Erziehung der Eltern zu ergänzen.

Abb. 11: *Einstellungen zur frühkindlichen Erziehung – Zustimmung nach eigener Betroffenheit (in Prozent)*

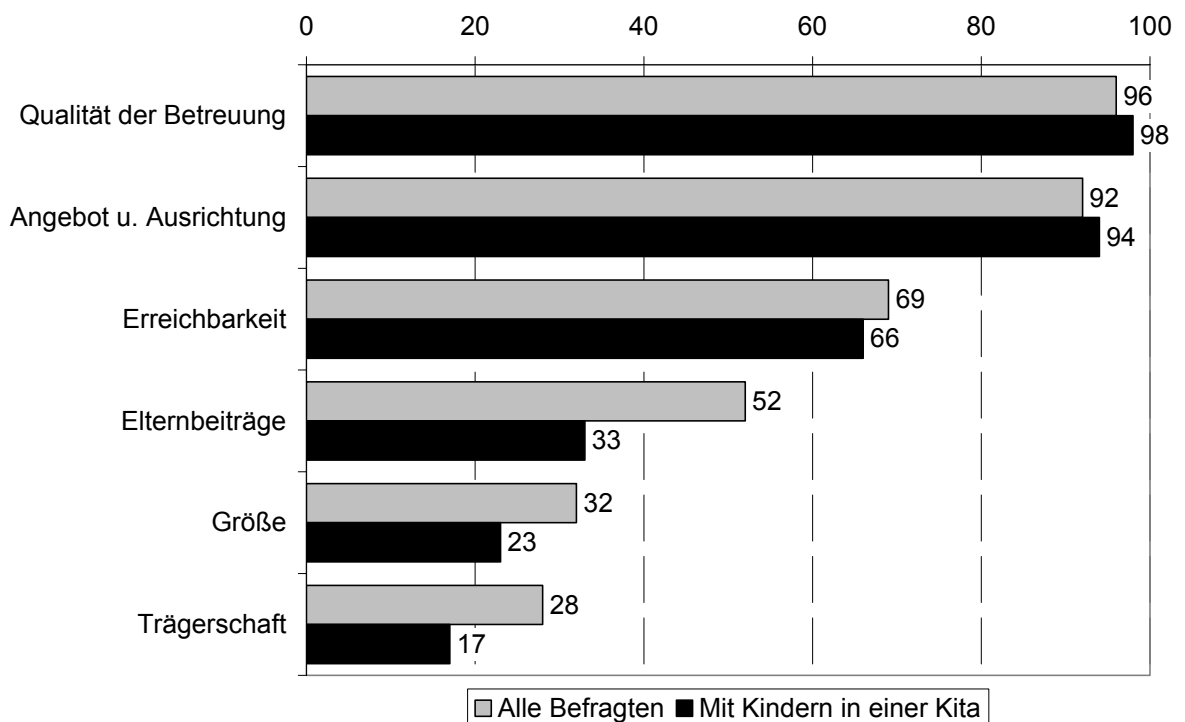


Ob diese Einrichtungen in kommunaler oder in freier Trägerschaft sind, ist den meisten Thüringern dabei unwichtig (Abb. 12). Insbesondere für die Eltern mit Kindern in einer Kindertageseinrichtung spielt das kaum eine Rolle. Wenn die Frage der Trägerschaft aber als wichtig angesehen wird, entscheiden sich etwa doppelt so viele Befragte für einen kommunalen Träger als für einen privaten Träger; für letzteres optieren Kirchenmitglieder überproportional. Die Größe ist den meisten Befragten ebenfalls nicht so wichtig bei der Auswahl einer Kindertageseinrichtung. Auf die Größe, aber auch die Trägerschaft der Einrichtung wird dann mehr geachtet, wenn die Wertevermittlung als Aufgabe der staatlichen Bildungs-

einrichtungen gesehen wird. Dabei spielt dies für die Frage „Kommunaler oder freier Träger?“ keine Rolle, also nur dafür, ob die Trägerschaft für die Auswahlentscheidung überhaupt von Bedeutung ist.

Insgesamt spielt für die Auswahl einer Kindertageseinrichtung bei den Thüringern die Frage, wer für die Kindererziehung verantwortlich sein soll, eine geringere Rolle als die Frage danach, wie die Kindererziehung inhaltlich gestaltet sein soll.

Abb. 12: *Auswahl einer Kindertageseinrichtung – (sehr) starke Bedeutung verschiedener Kriterien (in Prozent)*



Wenig überraschend achten alle bei der Wahl einer Kindertageseinrichtung auf die Qualität der Betreuung. Auch das pädagogische Angebot und die Ausrichtung spielen eine sehr große Rolle: Eltern scheinen sich zuzutrauen, diese Eigenschaften einer Einrichtung vorher beurteilen zu können.

Die Erreichbarkeit steht hinter den inhaltlichen Kriterien Betreuung und Angebot zurück, spielt aber dennoch eine wichtige Rolle, insbesondere in kleinen Orten. Innerhalb der Befragten mit Kindern in einer Kindertageseinrichtung achten Berufstätige erstaunlicherweise aber seltener auf dieses Kriterium als Nicht-Berufstätige. Wem ein bestimmter Träger wichtig ist, der macht bei der Erreichbarkeit nicht etwa Abstriche; sie wird sogar wichtiger, wenn die Trägerschaft eine wichtige Rolle spielt. Diese Befragten scheinen also zwischen Träger und Erreichbarkeit abzuwägen, wenn sie nicht beides optimieren können. Die Höhe der Elternbeiträge ist der Hälfte der Befragten wichtig bei der Auswahl einer Einrichtung. Sie spielt bei den weniger gut Situierten und sich benachteiligt Fühlenden eine größere Rolle.

Unterteilt man die Thüringer nach der Nähe zum Thema Kinderbetreuung in solche mit und solche ohne Kinder in einer Betreuungseinrichtung, so zeigen sich zwei interessante Befunde. Kaum überraschend unterscheiden sich die betroffenen Eltern nur wenig von der übrigen Bevölkerung bei ihren Ansprüchen an Qualität und Angebot, sehr überraschend findet sich aber auch kein Unterschied bei der Erreichbarkeit: Qualität und Angebot gehen also allen Thüringern vor Erreichbarkeit und Bequemlichkeit. Zweitens ist interessant, dass Eltern mit Kindern in einer Kindertageseinrichtung ihre Entscheidung von den Beiträgen, der Größe und der Trägerschaft weniger stark abhängig machen als die übrigen Befragten; insbesondere bei den Elternbeiträgen ist das sogar sehr überraschend, möglicherweise aber ein Folge der Erfahrung betroffener Eltern, dass sich die Beiträge zwischen den Einrichtungen kaum unterscheiden. Die Frage der Trägerschaft ist für die Bevölkerung und mehr noch für die Betroffenen ein nachrangiges Kriterium; sie ist den meisten Befragten gleichgültig.

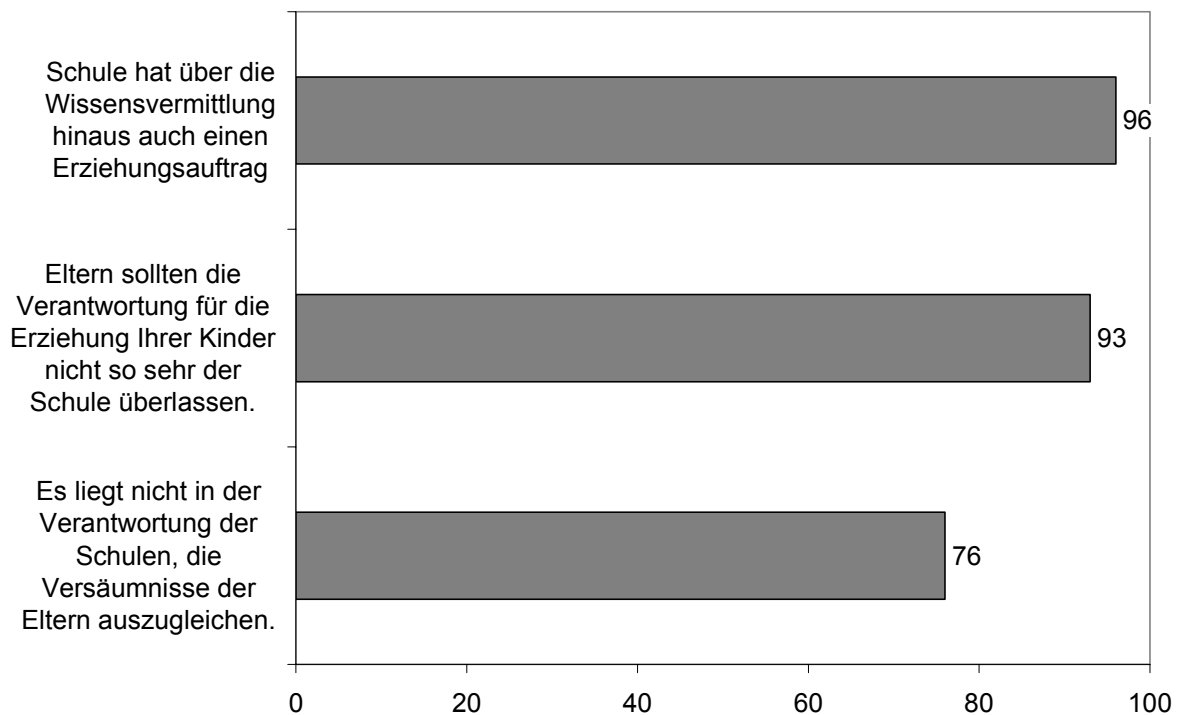
Über die Erwartungen an die Inhalte der Erziehung in der Kindertageseinrichtung lässt sich aufgrund des THÜRINGEN-MONITORS nur wenig sagen. Der Wunsch nach einem Pflichtjahr und einem Programm zum Ausgleich von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft sollte aber nicht mit Druck oder gar Drill assoziiert werden. Mehr als zwei Drittel der Befragten vertreten die Meinung, die Kinder sollten vor der Einschulung Kinder sein dürfen und man solle nur wenige Anforderungen an sie stellen. Vielmehr scheinen der frühe Kontakt zu Gleichaltrigen und die Abkehr von einer zu starken Individualisierung der Kinder die Gründe für den Wunsch nach Erziehung in der Kindertageseinrichtung zu sein: Neun von zehn Thüringern denken, dass es gut wäre, wenn sich die Erziehung der Kinder wieder mehr an der Gruppe und nicht so sehr am Einzelnen orientierte. Die Erziehung in einer Kindertageseinrichtung wird also als Beitrag zur Integration der Kinder in die Gemeinschaft Gleichaltriger und zur Vermittlung von Sozialkompetenz gesehen.

4. Schule

Auch bei der Beschäftigung mit dem Schulwesen in Deutschland stellen sich Fragen nach Inhalt und Struktur, allerdings unter den anderen Vorzeichen der allgemeinen Schulpflicht. Es geht also nicht – wie bei der Kindertageseinrichtung – um die Frage, ob ein Kind in die Schule gehen soll oder nicht. Hier geht es darum, wie sich Schule und Elternhaus die Ausbildung und Erziehung der Kinder teilen sollen, wer wofür verantwortlich sein soll. Bleibt es vorrangig Aufgabe der Eltern, die Kinder zu erziehen, oder hat die Schule über die Wissensvermittlung hinaus auch einen Erziehungsauftrag?

Vor die Entscheidung gestellt, ob Wissensvermittlung oder Erziehung in der Schule wichtiger ist, sind mehr als drei Viertel der Thüringer der Meinung, dass beides gleichermaßen wichtig ist. Für vier Prozent ist die Erziehung in der Schule sogar wichtiger. Umgekehrt halten 13 Prozent die Erziehung für weniger wichtig als die Wissensvermittlung. Nur vier Prozent lehnen einen Erziehungsauftrag der Schule ausdrücklich ab (Abb. 13); der THÜRINGEN-MONITOR 2001 erbrachte schon ein sehr ähnliches Ergebnis. Die Position der Schule sollte nach Ansicht der Befragten also stark sein, ihr Bildungsauftrag sowohl Wissensvermittlung als auch Erziehung umfassen. Das sollte aber nicht als Freibrief für die Eltern aufgefasst werden, die Erziehung ihrer Kinder an die Schule zu delegieren: 93 Prozent der Thüringer denken, dass die Eltern die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder nicht so sehr der Schule überlassen sollten. Letztlich werden damit auch die Eltern in die Pflicht genommen.

Abb. 13: *Aufgabenverteilung zwischen Schule und Eltern
(in Prozent)*



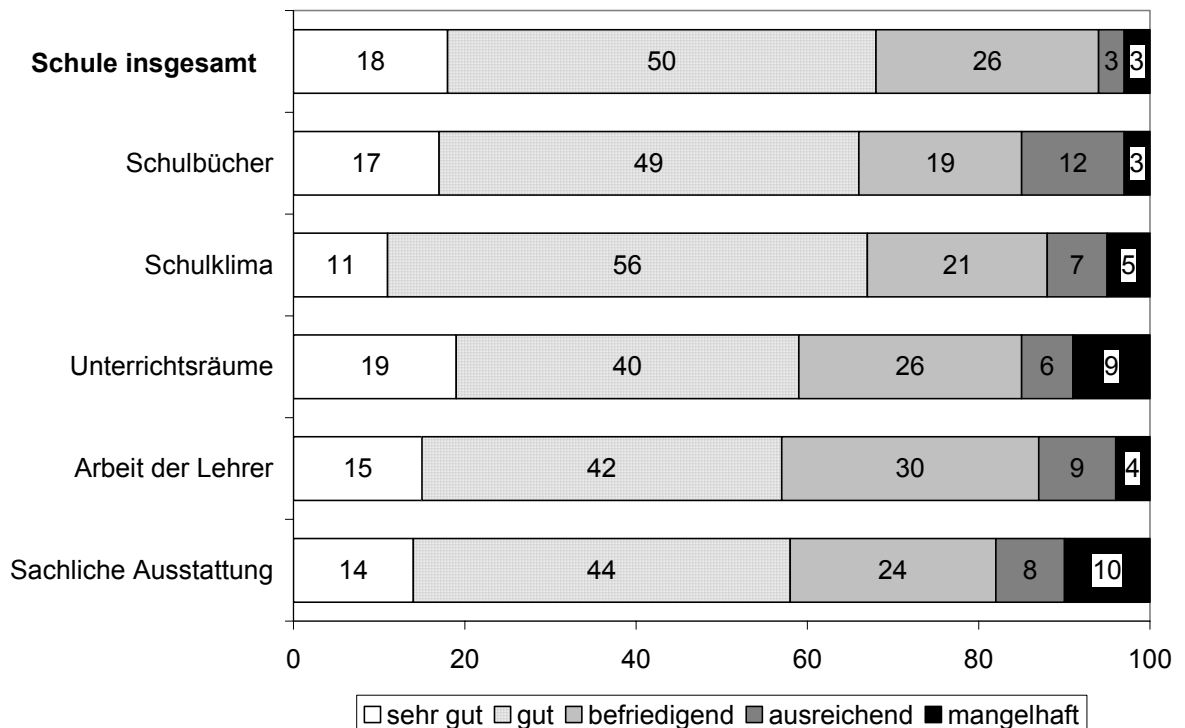
Was ist aber, wenn die Eltern ihren Pflichten nicht nachkommen, sich also um die Erziehung ihrer Kinder nicht kümmern? Sollte die Schule dann einspringen, um die Versäumnisse der Eltern ausgleichen? Drei Viertel der Thüringer halten das nicht für eine Aufgabe der Schule (Abb. 13). Unter denjenigen, die der Schule ausdrücklich einen Erziehungsauftrag zuschreiben, ist dieser Anteil sogar noch leicht höher. Mit anderen Worten, die Schule soll sich an der Erziehung beteiligen, soll sie aber nicht allein schultern müssen: Die Eltern sollen nach Meinung des größten Teils der Befragten die Kinder erziehen, sie haften für etwaige Fehlentwicklungen in der Erziehung der Kinder. Offen bleibt jedoch, wer die Verantwortung übernehmen soll, wenn die Eltern sich entziehen und dennoch die Schule nicht in der Pflicht ist.

Wenn die Schule nicht in der Pflicht gesehen wird, könnte das allerdings auch die Ursache haben, dass man es der Schule nicht zutraut, eine wichtige Rolle in der Erziehung der Kinder zu spielen bzw. dass man der Schule insgesamt nicht sehr viel Vertrauen entgegenbringt. Diesen Grund kann man aber für Thüringen klar ausschließen, denn die Schulen des Freistaats genießen hohes Vertrauen der Bürger: Immerhin knapp zwei Drittel aller Thüringer bringen den Schulen starkes Vertrauen entgegen. Damit nehmen die Schulen im Vergleich verschiedener Institutionen (vgl. Abb. 30 in Kap. IV) gemeinsam mit den Universitäten und mit der Polizei einen Spitzenplatz ein. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund der schlechten und im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittlichen Bewertung, die das deutsche Bildungssystem noch 2004 beim European Social Survey erfahren hat (Roller 2006), hochgradig überraschend.

Dieses positive Bild der Schulen in Thüringen wiederholt sich, wenn Eltern mit Schulkindern die Schulwirklichkeit beurteilen sollen (Abb. 14). Mit Schulnoten bewertet schneiden die Schulen insgesamt gut ab: Zwei Drittel aller Eltern würden der Schule ihres (ältesten) Kindes

eine Eins oder Zwei geben. Auch bei differenzierter Bewertung einzelner Aspekte zeigt sich ein insgesamt positives Bild: Die Schulbücher, das Schulklima, die Unterrichtsräume, die sachliche Ausstattung der Schule und die Arbeit der Lehrer werden von einer Mehrheit der Eltern als sehr gut oder gut eingeschätzt. Etwas kritisch beurteilt wird am ehesten noch die materielle Seite: Bücher, Räume, Sachausstattung.

Abb. 14: *Beurteilungen der Schule des eigenen Kindes
(in Prozent, nur Befragte mit Schulkindern)*

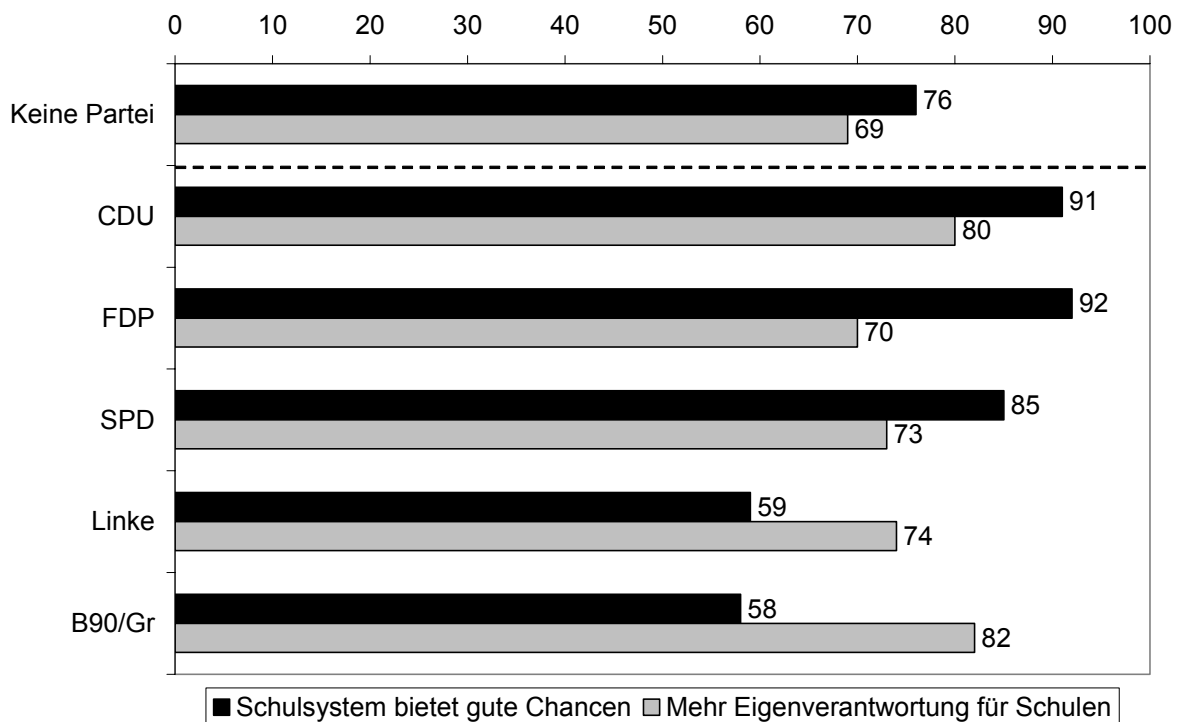


Alle sechs Aspekte zusammen genommen, werden die Schulen in größeren Städten etwas schlechter eingeschätzt als in kleineren Orten. Befragte mit Hochschulabschluss sind etwas stärker von der Qualität der Schulen überzeugt als Befragte mit niedrigerer Bildung, ebenso höhere oder leitende Angestellte und Beamte im Vergleich zum einfachen oder mittleren Dienst. Mütter geben den Schulen etwas bessere Noten als Väter, insbesondere bei der Arbeit der Lehrer und der Bewertung der Schulbücher. Viele Aspekte werden bei geringem Haushaltseinkommen etwas schlechter eingeschätzt. Insgesamt überwiegt aber das Bild einer durchgängig positiven Bewertung der Schulen in Thüringen in den meisten Bevölkerungsgruppen. Ganz gleich ob man bei der Ausbildung der Kinder eher die Persönlichkeitsbildung oder die Nützlichkeit für eine spätere Berufstätigkeit für wichtig hält, das Bild der Schule bleibt davon unberührt. Das Gleiche gilt für grundsätzliche Wertorientierungen, Werte im Leben und die gewünschte Instanz der Wertevermittlung.

Bei dieser durchaus positiven Einschätzung der Schulen in Thüringen überrascht es nicht, dass auch die Struktur des Thüringer Schulsystems große Zustimmung findet. Mehr als drei Viertel aller Befragten meinen, das Thüringer Schulsystem mit Regelschulen und Gymnasien biete den Kindern gute Chancen. Je besser die Schulen beurteilt werden, desto besser werden auch die Chancen beurteilt. Die betroffenen Eltern sind bei dieser Frage deutlich skeptischer,

denn nur zwei Drittel von ihnen beurteilen das Thüringer Schulsystem positiv. Nur zwei Drittel sind es auch bei denen, die die Persönlichkeitsentwicklung als oberstes Ziel staatlicher Bildung sehen; steht der Nutzen der Bildung im Vordergrund, so wird das Schulsystem besser beurteilt.

Abb. 15: *Bewertung des Schulsystems nach Parteineigung (in Prozent)*



Die Neigung zu einer bestimmten Partei verändert den Blick auf die Thüringer Schulen: Bei Anhängern von CDU und FDP schneidet das Schulsystem am besten ab, bei Anhängern der Linkspartei und von Bündnis 90/Die Grünen am schlechtesten (Abb. 15). Die Anhänger der SPD sind den Ansichten der CDU- bzw. FDP-Anhänger deutlich näher als denen der Anhänger von Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen.⁸ Aber ist es wirklich das Thüringer Schulsystem, das für diese positiven Ergebnisse verantwortlich ist, oder doch die einzelne Schule?

Das Meinungsbild der Thüringer zu dieser Frage lässt sich aus der Rolle erschließen, die sie der einzelnen Schule zuweisen. Mehr als drei Viertel der Befragten Mütter und Väter mit schulpflichtigen Kindern sind der Ansicht, dass die Schulen mehr Eigenverantwortung bekommen sollten, um etwa über Personal oder Stundentafel selbst entscheiden zu können; nur ein Fünftel möchte hier keine Änderung. Daher kann vermutet werden, dass es nicht allein die zweigliedrige Struktur des System ist, die für die guten Beurteilungen der Schule verantwortlich ist, sondern auch die Erfahrung, die Eltern mit den Schulen ihrer Kinder machen.

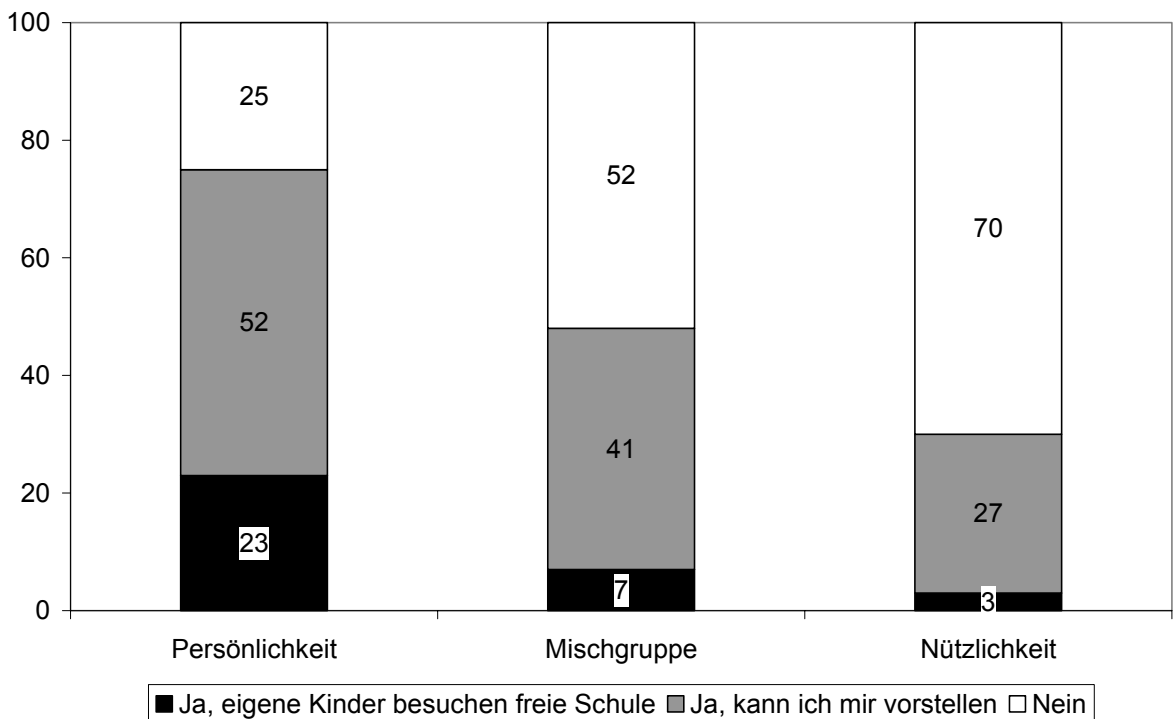
⁸ Das widerspricht den doch deutlich unterschiedlichen programmatischen Vorstellungen der Thüringer Parteien über das Bildungssystem im Freistaat. Mit ihrem Grundsatzprogramm von 1999 steht insbesondere die SPD Thüringen für deutliche Veränderungen bei Inhalten, Zielen und Strukturen im Bildungssystem, vgl. Grundsatzprogramm der SPD Thüringen, S. 4-5, 27-30.

Zur Struktur des Schulwesens gehört nicht nur die Gliederung, sondern auch die Frage nach der Trägerschaft. Ist den Thüringern eine große Auswahl an Schulen unterschiedlicher Träger wichtig, und würden sie ihre Kinder dann auch an Schulen freier Träger schicken? Auf eine Auswahl an Trägern für ihre Schulen legen die Thüringer großen Wert: Mehr als die Hälfte aller Befragten findet es (sehr) wichtig, dass es neben den staatlichen Schulen auch Schulen in privater Trägerschaft mit einem besonderen Profil gibt, also etwa Förderschulen, Jenaplan-Schulen oder christliche Schulen.

Unter den Befragten mit Schulkindern ist diese Mehrheit noch ein wenig größer. Es spielt dabei keine Rolle, ob für diese Eltern eher die Persönlichkeitsentwicklung oder die Nützlichkeit für einen späteren Beruf bei der schulischen Ausbildung der Kinder vorrangig ist. Wird die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten als wichtigster Wert im Leben angesehen, so haben die freien Schulen einen höheren Stellenwert, als wenn das Pflichtbewusstsein wichtiger genommen wird. Den kirchlich Gebundenen sind die Schulen in freier Trägerschaft überproportional wichtig, ebenso den formal besser Gebildeten.

Der generellen Anerkennung der Wichtigkeit von Schulen in freier Trägerschaft muss aber nicht auch die Nutzung dieses Angebots folgen. Wenn sie prinzipiell die Möglichkeit dazu hätte, so würde eine knappe Mehrheit der Eltern schulpflichtiger Kinder ihren Nachwuchs auf eine freie Schule schicken. Tatsächlich scheinen die Möglichkeiten dazu jedoch eingeschränkt zu sein, denn nur jeder Zehnte schickt seine Kinder dann auch dorthin. Diese Bereitschaft ist stark von der generellen Bewertung der Bildungsziele abhängig.

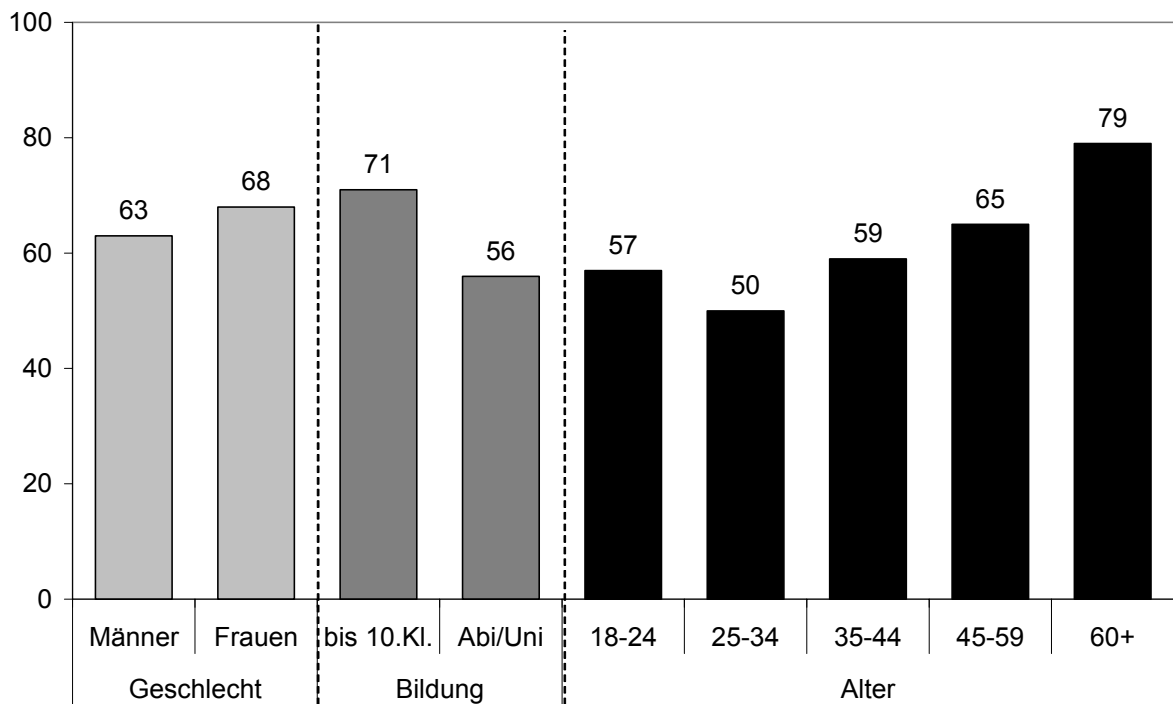
Abb. 16: *Besuch einer Schule in freier Trägerschaft nach Bildungszielen (in Prozent)*



Insbesondere dann, wenn die Persönlichkeitsentwicklung als oberstes Ziel der Bildung angesehen wird oder die Entfaltung eigener Fähigkeiten im Mittelpunkt steht, stehen Schulen in freier Trägerschaft hoch im Kurs (Abb. 16). Wird hingegen auf Nützlichkeit der Ausbildung

geachtet, tritt die Frage der Trägerschaft in den Hintergrund. Formal gut Gebildete würden eine Schule in freier Trägerschaft häufiger bevorzugen und machen auch öfter von diesen Angeboten Gebrauch.

Abb. 17: *Schülern wird in der Schule das Wissen vermittelt, das sie für ihre Zukunft brauchen*
(Zustimmung in Prozent)



Wird den Schülern heute im Allgemeinen das Wissen vermittelt, das sie für ihre Zukunft brauchen? Ja, zwei von drei Thüringern stimmen dieser Ansicht zu, sie halten damit die Schule inhaltlich für auf der Höhe der Zeit. Mit der Ausnahme der jüngsten Befragten gilt: Je größer qua Lebensalter die eigene Nähe zur Institution Schule ist und je größer die Nähe zur Bildung qua eigener Bildung ist, umso schlechter schneidet die Schule inhaltlich ab. Frauen beurteilen die Schulen etwas besser als Männer (Abb. 17). Im Vergleich zum THÜRINGEN-MONITOR 2001 wird die Zukunftsfähigkeit des Schulwissens 2007 etwas besser eingeschätzt: Die Zustimmung zu dieser Frage lag 2001 mit 62 Prozent etwas unter der von 2007 (66 %) und insbesondere die völlige Zustimmung hat sich von 20 auf 32 Prozent der Befragten deutlich erhöht (vgl. TM 2001: 28 und Tabelle A47). Der Unterschied hat wohl mit der PISA-Studie zu Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich zu tun: Im Jahre 2001 wurde die erste PISA-Studie mit einem eher schlechten Abschneiden Deutschlands veröffentlicht, 2003 war das deutsche Ergebnis leicht besser und 2007 wiederum etwas besser. Die Berichterstattung über die PISA-Studien haben in zahlreichen Bildungsumfragen deutliche Spuren hinterlassen (vgl. etwa Kanders 2004: 29).

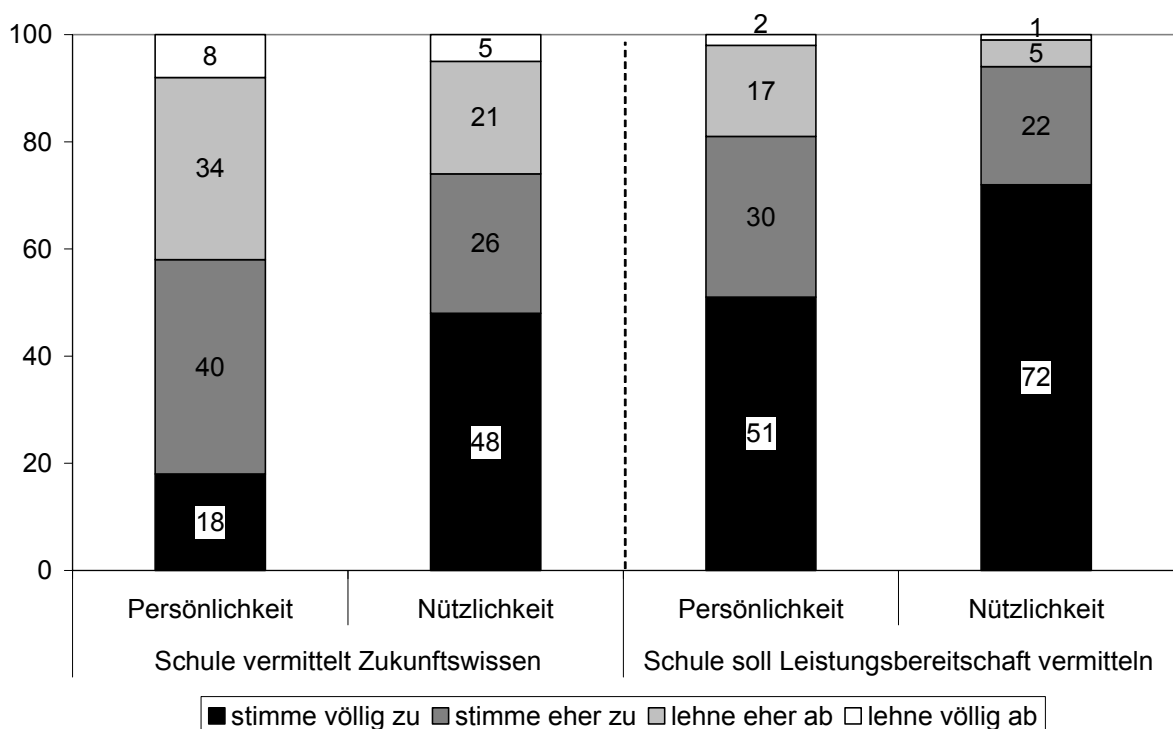
Die eigenen Vorstellungen darüber, was staatliche Bildung denn leisten soll, haben großen Einfluss auf die Einschätzung der Zukunftsfähigkeit des Schulwissens: Wird die Persönlichkeitsentwicklung als wichtigstes Bildungsziel betrachtet, schneidet die schulische Bildung deutlich schlechter ab als dann, wenn die Nützlichkeit der Ausbildung für einen späteren Beruf wichtiger genommen wird (Abb. 18).

Wird die Zukunftsfähigkeit des Schulwissens bezweifelt, so liegt das sehr häufig daran, dass die Leistungsanforderungen in der Schule für zu niedrig gehalten werden. Im Grundsatz sind sich die Thüringer in dieser Frage fast einig. Immerhin neun von zehn Thüringern vertreten die Ansicht, dass die Schule den Kindern bereits in jungen Jahren die Bereitschaft zur Leistung vermitteln sollte, um ihre späteren Chancen in der Gesellschaft zu sichern. Den gleichen Anteil Zustimmender förderte die gleiche Frage im THÜRINGEN-MONITOR 2004 zutage.

Angesichts dieses anspruchsvollen Maßstabes verwundert es nicht, dass fast die Hälfte der Befragten der Meinung ist, die Leistungsanforderungen der Thüringer Schulen seien zu niedrig – für ein Drittel sind die Forderungen angemessen, für ein Fünftel wird dagegen zuviel verlangt. Damit liegen die Thüringer etwas über dem gesamtdeutschen Durchschnitt: Zuletzt waren 37 Prozent der Ostdeutschen und 33 Prozent der Westdeutschen der Ansicht, dass die Anforderungen zu niedrig seien; dafür waren die Anteile derjenigen höher, die die Anforderungen für gerade richtig hielten, während zu hohe Anforderungen in Ost- wie Westdeutschland und Thüringen etwa von einem Fünftel angegeben werden. In der Entwicklung der letzten Jahre gewinnt bundesweit die Ansicht an Gewicht, die Leistungsanforderungen in der Schule seien zu niedrig (vgl. Kanders 2004: 28f.).

Wie bei der Einschätzung des Schulwissens variieren auch die von der Schule erwarteten Leistungsanforderungen mit dem erreichten Bildungsniveau: Je höher der eigene Bildungsabschluss, desto größer die gewünschten Leistungsanforderungen.

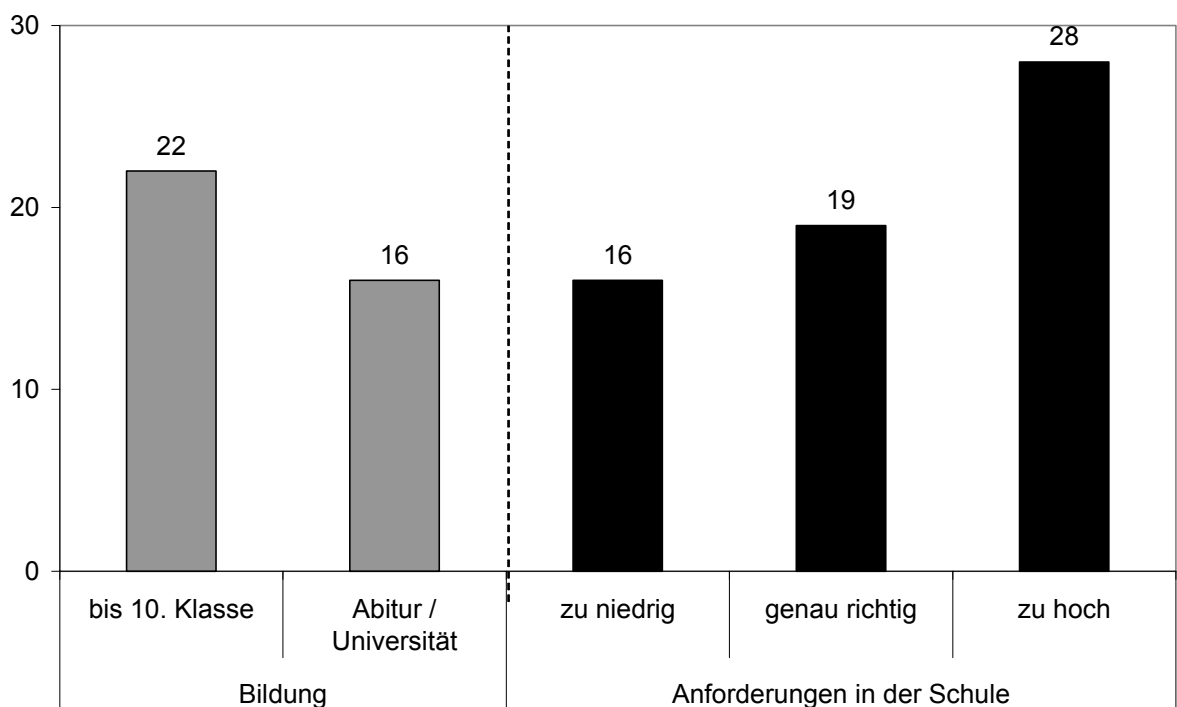
Abb. 18: Bewertung der Inhalte von schulischer Bildung – nach Bildungszielen (in Prozent)



Erziehung zur Leistung zu fordern ist eines – diese Forderung in der Schulpraxis umzusetzen ein anderes. Eine mögliche Konsequenz der Leistungsmessung ist üblicherweise die Nicht-

versetzung am Schuljahresende, das „Sitzenbleiben“. Vor dem Hintergrund der starken Neigung der Thüringer zu hohen schulischen Leistungsanforderungen steht zu erwarten, dass die bisweilen vorgeschlagene Abschaffung des Sitzenbleibens keine große Resonanz findet. In der Tat kann sich nur etwa ein Fünftel der Befragten für diesen Vorschlag erwärmen, darunter überproportional viele Ältere und schlechter Gebildete sowie häufiger diejenigen, die die Anforderungen in der Schule für zu hoch halten (Abb. 19). Damit liegt Thüringen auf der Linie der neuen Bundesländer, in denen insgesamt 16 Prozent der Bürger für ein Abschaffen des Sitzenbleibens ist; in Westdeutschland unterstützen immerhin 28 Prozent der Befragten diese Maßnahme, und beides ist konstant seit vielen Jahren (vgl. Kanders 2004: 41). Bei Lehrern ist das Abschaffen des Sitzenbleibens populärer (vgl. Kanders/Rösner 2006: 41).

Abb. 19: *Für Abschaffung des Sitzenbleibens nach Bildung und Anforderungen in der Schule*
(in Prozent)



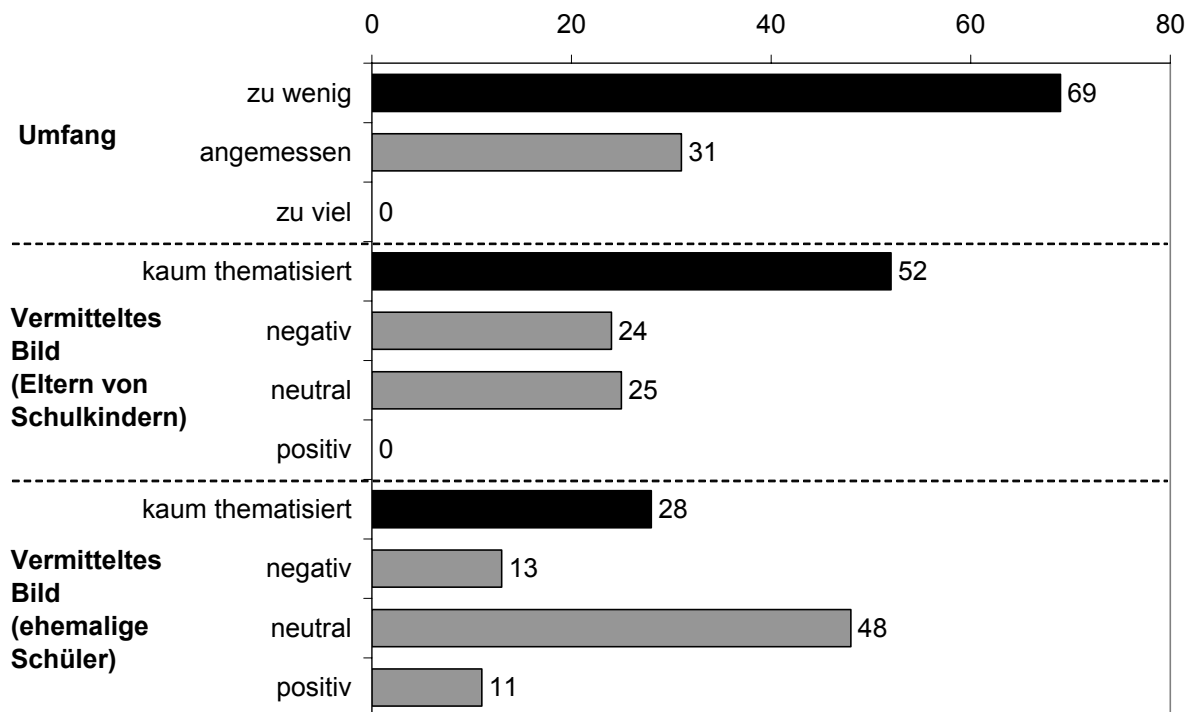
Ein wichtiges, aber zugleich sehr schwieriges Feld schulischer Bildungsarbeit stellt die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit dar, und in besonderer Weise mit dem Nationalsozialismus und der DDR. Die DDR-Zeit spielt selbstverständlich im Leben der meisten Thüringer noch eine Rolle: Etwa die Hälfte der Befragten gibt an, sich gelegentlich selbst mit dieser Zeit zu beschäftigen, jeweils etwa ein Viertel tut das selten oder nie bzw. (sehr) häufig. Damit ist die DDR in den Köpfen noch ziemlich stark präsent, verglichen etwa mit der Zeit des Nationalsozialismus, die 40 Prozent der Befragten selten oder nie beschäftigt. Die zeitliche Nähe spielt hier sicherlich eine große Rolle, denn die DDR-Zeit hat ein Großteil der Befragten noch selbst erlebt.

Fragt man die Eltern schulpflichtiger Kinder und die jüngeren Erwachsenen bis 30 Jahre, in welchem Umfang die DDR als Unterrichtsgegenstand in der Schule behandelt wird, so

meinen zwei Drittel von ihnen, dass das in zu geringem Umfang geschieht; die übrigen denken, dass die Behandlung der DDR angemessen ist und niemand hält sie für zu umfangreich (Abb. 20). Im Vergleich dazu zeigen sich für die NS-Zeit einige Unterschiede. Immerhin die Hälfte der Befragten hält den Umfang der Beschäftigung für angemessen; dass nach Meinung von sechs Prozent der Befragten insgesamt (11 Prozent der in Ausbildung befindlichen Jugendlichen) in den Schulen zu viel über den Nationalsozialismus informiert wird, könnte als Zeichen des Überdrusses interpretiert werden.

Und welches Bild von der DDR wird nun in der Schule gezeichnet? Ein überwiegend neutrales, teils negatives Bild, wenn denn überhaupt ein umfassendes Bild bei dieser Beschäftigung entstanden ist.

Abb. 20: *Beschäftigung mit der DDR in der Schule – Umfang und vermitteltes Bild (in Prozent)*



Eltern von Schulkindern und ehemalige Schüler unterscheiden sich insofern, als die Eltern bei geringerer Thematisierung ein negatives bis neutrales Bild wahrnehmen, während die Schüler bei stärkerer Thematisierung über ein in der Bewertung eher ausgewogenes DDR-Bild berichten. Die Diskrepanz in der Wahrnehmung des Bildes zwischen Eltern von Schulkindern und ehemaligen Schülern kann zwei Ursachen haben: Zum einen wird die DDR wohl tatsächlich in den unteren Schulklassen kaum thematisiert, so dass Eltern von jüngeren Schulkindern das vermittelte Bild schlechter einschätzen können als ehemalige Schüler. Zum anderen könnte die Diskrepanz der Wahrnehmungen auch damit zusammenhängen, dass sie sich auf verschiedene Zeiträume beziehen. Bei den ehemaligen Schülern liegt die Schulzeit bereits mehr oder weniger lange zurück. Diese ehemaligen Schüler bis 30 Jahre könnten das DDR-Bild aus ihrem Unterricht deshalb als insgesamt etwas positiver in Erinnerung behalten haben, weil sie noch einen größeren Anteil an in der DDR ausgebildeten Lehrern hatten. Durch einen

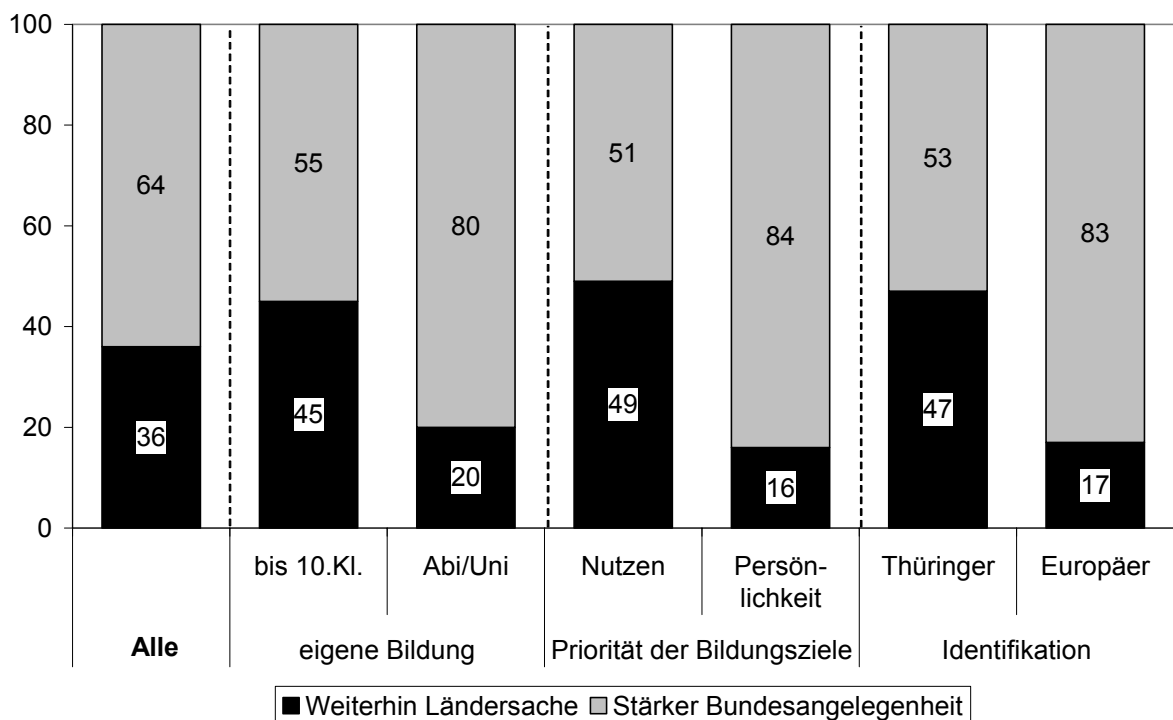
Generationswechsel der Lehrerschaft hat sich demnach die Thematisierung in der Gegenwart in Umfang und Tendenz verändert.

Mit diesen Ergebnissen kann zumindest der Meinung widersprochen werden, die Lehrer zeichneten in der Schule ein positives Bild von der DDR. Das bei den Schülern bzw. Eltern ankommende Bild ist eher neutral. Allerdings kann nichts über ein DDR-Bild gesagt werden, das zwischen den Zeilen transportiert wird. Wichtig scheint der Umfang der Beschäftigung mit der DDR zu sein: Sie wird wenig thematisiert, für die meisten Befragten durchaus zu wenig. Die eigene Beschäftigung mit der DDR abseits der Schule ist offenbar stärker. Daher ist auch plausibel, dass die Kinder und Jugendlichen ihr DDR-Bild in erster Linie von den Eltern und erst nachrangig von der Schule vermittelt bekommen (vgl. TM 2006: 66).

5. Universität und berufliche Weiterbildung

Bildung ist in Deutschland in erster Linie Ländersache. Das gilt vor allem für die Schulen, aber grobenteils auch für die Universitäten und die berufliche Weiterbildung. Bisherige Versuche, diese Länderhoheit aufzuweichen, sind gescheitert, auch weil damit der Föderalismus in Deutschland zur Debatte stünde, da die Bildungspolitik eines der wenigen zentralen Politikfelder der Länder ist. Ginge es in der Bildungspolitik nach dem Willen der Thüringer, so sähe die Kompetenzverteilung deutlich anders aus. Fast zwei Drittel der Thüringer denken, dass Schul- und Bildungspolitik nicht Ländersache bleiben sollte (Abb. 21); eine klare Mehrheit der Thüringer unterstützt also eine stärkere Zentralisierung – durchaus im Einklang mit der deutlicher ausgeprägten zentralistischen Neigung in Ostdeutschland (Kanders 2004: 49).

Abb. 21: *Föderalismus oder Zentralisierung in der Schul- und Bildungspolitik (in Prozent)*



Am Status Quo der Bildungspolitik als Ländersache wollen vor allem die niedrig gebildeten Befragten und diejenigen festhalten, die der Nützlichkeit der Bildung vor der Persönlichkeitsentwicklung den Vorrang geben. Damit zusammenhängend wird der Bildungsföderalismus von denjenigen hoch gehalten, die sich benachteiligt fühlen, Angst haben, auf die Verliererseite zu geraten, bei Befragten mit geringem Einkommen und in ländlichen Gebieten Thüringens. Zwischen Männern und Frauen oder zwischen verschiedenen Altersgruppen unterscheiden sich diese Ansichten nicht, entscheidend ist die eigene Bildung (Abb. 21). Aber was bringt die höher Gebildeten dazu, eine stärkere Zentralisierung zu bevorzugen?

Zum einen schauen sie seltener auf die direkte berufliche Verwertbarkeit von Bildung und achten mehr auf die Persönlichkeitsentwicklung. Zum anderen ist es der Blick über den Thüringer Tellerrand, der für sie nicht Gefahr und Bedrohung, sondern Chance und Herausforderung bedeutet. Sie bewerten den Bildungsföderalismus stärker vor dem Hintergrund der Europäisierung bzw. Globalisierung. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn es um die Ausbildung von Jugendlichen im Ausland geht: Wird sie für sinnvoll gehalten, so sinkt der Anteil der Föderalismus-Befürworter auf ein Viertel, wird sie abgelehnt, steigt er fast auf die Hälfte. Der Anteil derjenigen, die Bildungspolitik weiterhin im Land verortet sehen möchten, ist fast dreimal so hoch unter denen, die sich als „Thüringer“ identifizieren im Vergleich zu den „Europäern“.

Für die Frage, wer für die Bildungspolitik zuständig sein soll, spielt darüber hinaus die Bewertung des Thüringer Bildungssystems eine wichtige Rolle. Je zufriedener die Befragten mit der Struktur des Systems und den von ihm vermittelten Inhalten sind, umso stärker wollen sie es beibehalten: Wenn das Thüringer Schulsystem aus Sicht der Befragten gute Chancen für die Schüler bietet, verringert sich der Anteil der Zentralisierungs-Befürworter ebenso wie dann, wenn die Befragten glauben, dass den Schülern in der Schule das Wissen vermittelt wird, das sie für ihre Zukunft brauchen.

Wie im Schulbereich so konzentrieren sich auch im Hochschulsektor in den letzten Jahren die Reformbemühungen auf das Ziel, die Verantwortung des Einzelnen zu stärken und die Handlungsspielräume der Universitäten zu erweitern. Im Hochschulbereich haben diese Reformen zwei wesentliche Konsequenzen: Zum einen wird die Konkurrenz zwischen den Universitäten um finanzielle Ressourcen verstärkt. Im Rahmen der so genannten Exzellenzinitiative können sich die Universitäten um zusätzliche Finanzmittel bewerben; aus allen Universitäten werden nach dem Leistungsprinzip die „Eliteuniversitäten“ ermittelt. Zum anderen wird den Studenten ein zielgerichtetes Studium dadurch nahe gelegt, dass sie sich verstärkt an den Kosten ihrer Ausbildung beteiligen müssen, da einige Bundesländer Studiengebühren eingeführt haben. Auch in Thüringen werden beide Konsequenzen diskutiert, wenngleich es bislang weder eine Eliteuniversität noch Studiengebühren im Freistaat gibt. Wie bewerten die Thüringer und insbesondere die Betroffenen diese Reformbestrebungen?

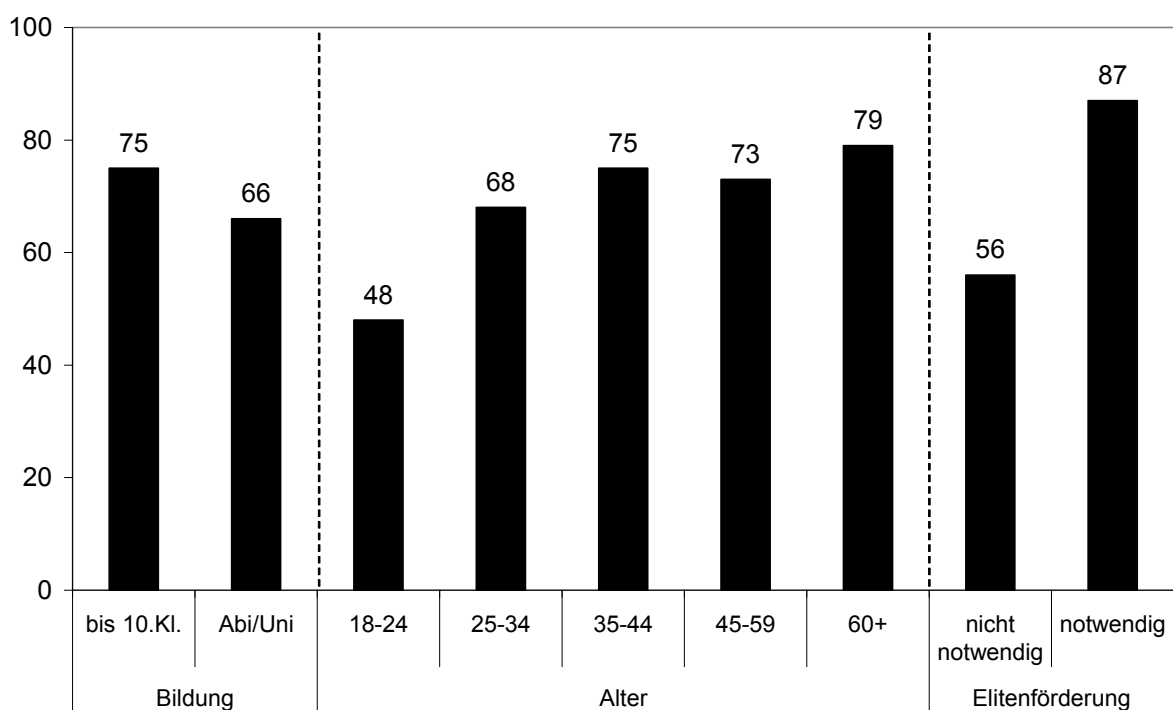
Ungeachtet des deutlichen Votums für stärkere Zentralisierung in der Bildungspolitik wird den Thüringer Universitäten wie bereits den Thüringer Schulen insgesamt sehr viel Vertrauen entgegengebracht. Dieses Vertrauen ist insbesondere im Vergleich mit anderen öffentlichen Institutionen sehr groß. Mehr noch, das Vertrauen in die Universitäten ist sogar noch größer bei denjenigen, die mehr Zentralisierung der Bildungspolitik möchten. Sie halten die Universitäten offenbar für wettbewerbsfähig, im nationalen wie internationalen Rahmen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Universitäten ist in den Augen der meisten Befragten mit der besonderen Förderung einzelner Universitäten verbunden: Drei Viertel der Thüringer denken, dass Deutschland ohne Eliteuniversitäten international den Anschluss verliert. Was die Befragten aber unter Eliteuniversitäten verstehen, ist nicht erkennbar. Eine reine

Auswahl der Besten kann es aber nicht sein, denn die allermeisten Thüringer denken, dass bei dieser Elite immer auch eine ostdeutsche Universität vertreten sein muss.

Dazu kommt, dass etwa die Hälfte der Thüringer eine Elitenförderung durch den Staat nicht für notwendig hält, da sich die Elite von selbst durchsetze; nur noch die Hälfte der Befragten, die diese Meinung vertreten, sprechen sich für die Förderung von Eliteuniversitäten aus. Wird Elitenförderung aber generell für notwendig erachtet, so sollte das auch für den Wettbewerb der Universitäten gelten (Abb. 22).

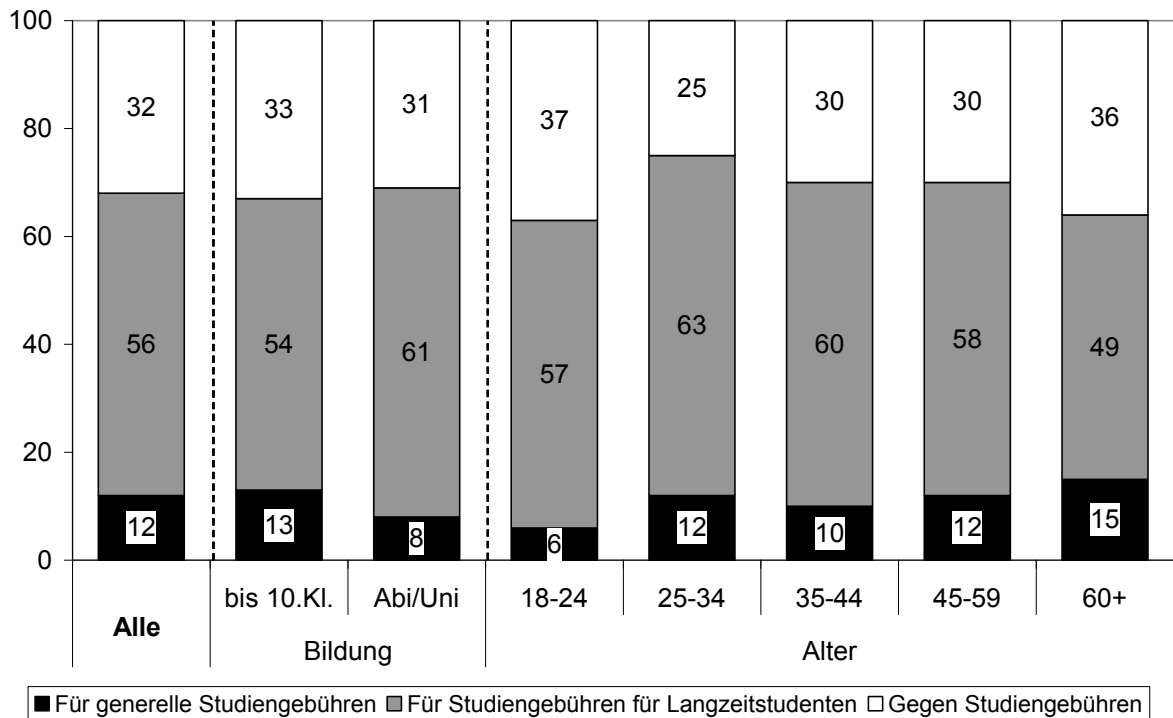
Abb. 22: Befürwortung von Eliteuniversitäten – nach Bildung, Alter und Position zur Elitenförderung (in Prozent)



Insbesondere unter den (potentiell) Betroffenen genießt die Exzellenzinitiative nicht den besten Ruf: Befragte mit Abitur oder Hochschulabschluss stehen ihr etwas skeptischer gegenüber als formal schlechter Gebildete, Jüngere sind deutlich skeptischer als Ältere (Abb. 22). Unter den Studenten finden sich schließlich sogar nur 40 Prozent, die glauben, dass Deutschland ohne Eliteuniversitäten international den Anschluss verlieren würde.

Vermutlich stellen vor allem die Studenten die Verbindung zwischen den beiden Auswirkungen der aktuellen Reformen im Hochschulbereich her: Die Exzellenzinitiative ist für sie gedanklich mit der Einführung von Studiengebühren verbunden, die von den Studenten fast einhellig abgelehnt wird. Allerdings sind sie damit nicht allein, sondern wissen die große Mehrheit der Thüringer Bevölkerung hinter sich: Nur 12 Prozent aller Thüringer befürworten die Einführung genereller Studiengebühren in Thüringen. Damit wird der Thüringer Weg, keine generellen Studiengebühren einzuführen, von der Bevölkerung mitgetragen. Mehr noch, auch die bereits eingeführten Studiengebühren für Langzeitstudenten finden breite Unterstützung (Abb. 23).

Abb. 23: Einstellungen zu Studiengebühren – nach Bildung und Alter (in Prozent)

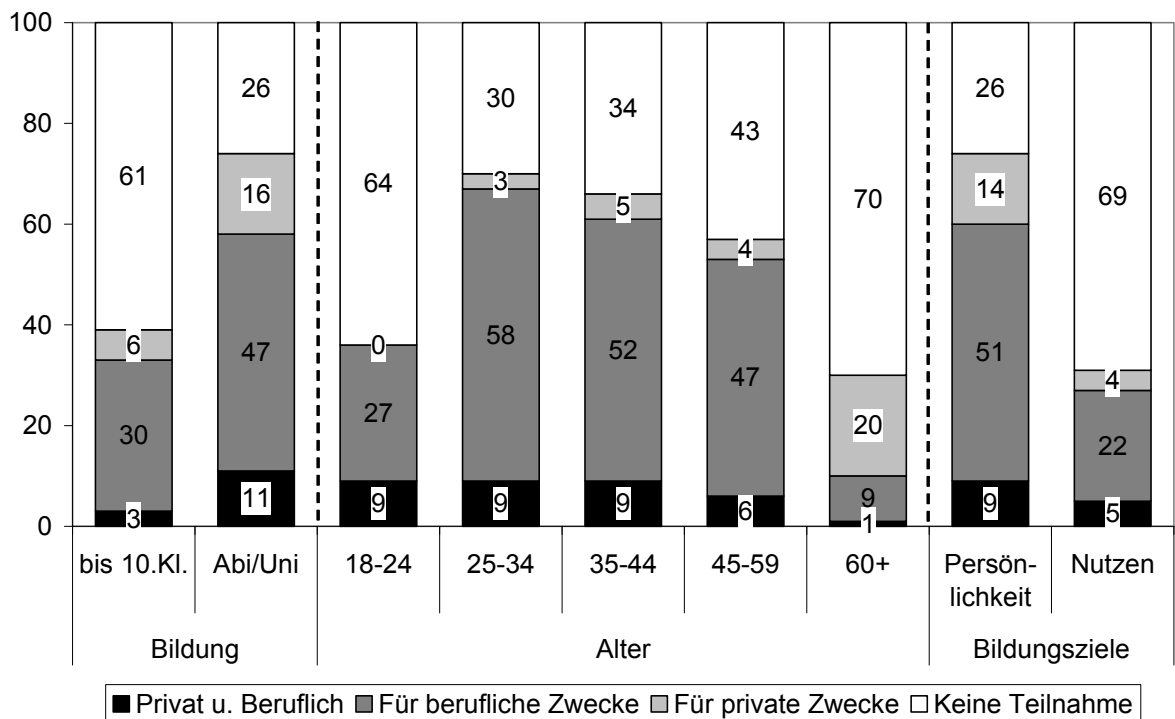


Auch die Studenten unterstützen diese Linie: Die wenigsten von ihnen sind für generelle Studiengebühren (6 %), aber die große Mehrheit der Betroffenen stimmt Studiengebühren für Langzeitstudenten zu (63 %); mit einem knappen Drittel Ablehnung jeglicher Studiengebühren liegen die Studenten im Bevölkerungsdurchschnitt. Fazit: Das Studieren soll weiterhin kostenlos bleiben, sofern es innerhalb einer begrenzten Zeitspanne zu einem Abschluss führt.

Aber auch ein Studienabschluss ist heutzutage kein Polster mehr, auf dem man sich lange ausruhen kann. Kaum hat das Berufsleben begonnen, gibt es eine Vielzahl guter Gründe, Möglichkeiten der Weiterbildung zu nutzen. Auch im privaten Bereich sind zahlreiche Angebote der Weiterbildung verfügbar.

Jeder zweite berufstätige Thüringer hat bereits mindestens einmal an einer Weiterbildungsveranstaltung teilgenommen. Dabei standen berufliche Zwecke eindeutig vor privaten Zwecken: Ein gutes Drittel aller Befragten hat sich bereits einmal beruflich weitergebildet, jeder Zehnte zu privaten Zwecken und jeder Zwanzigste aus beiden Gründen. Deutliche Unterschiede zeigen sich hierbei nach Alter und Bildung der Befragten (Abb. 24). Befragte über 60 Jahre, die noch berufstätig sind, haben sich deutlich seltener als andere bereits an einer Weiterbildungsmaßnahme beteiligt. Das zeigt, dass man heute deutlich mehr Wert auf Weiterbildung legen muss als früher. Die ganz jungen Befragten bis 24 Jahre sind größtenteils noch in der Ausbildung und daher weniger an Weiterbildung interessiert. Je höher der Bildungsstand der Befragten ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass sie an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Wer die Persönlichkeitsbildung als wichtigstes Bildungsziel nennt, nimmt auch deutlich häufiger an Fortbildungen teil als derjenige, für den der Nutzen im Vordergrund steht; das gilt nicht nur für private Fortbildungen, die vielleicht eher der Persönlichkeitsentwicklung dienen, sondern sogar noch stärker für berufliche Fortbildungen.

Abb. 24: *Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen – nach Bildung, Alter und Bildungszielen*
(in Prozent)



Höher Gebildete sind aber auch sehr viel stärker zu Opfern bereit, wenn es um ihre eigene Fortbildung geht. Drei Viertel der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss wären bereit, auch selbst einen finanziellen Beitrag zur eigenen Fortbildung zu leisten; fast alle von ihnen (95 %) wären bereit, einen Teil ihrer Freizeit dafür zu opfern. Bei Befragten mit Mittlerer Reife oder darunter ist nur die Hälfte zu finanziellen und drei Viertel zu zeitlichen Opfern bereit. Die Bereitschaft einen finanziellen Beitrag zur eigenen Weiterbildung zu leisten, nimmt mit steigendem Alter der Berufstätigen ab, während die Bereitschaft, Freizeit zu opfern, in allen Altersgruppen etwa gleich ist. Es fällt offensichtlich leichter, für die Weiterbildung Freizeit statt Geld zu opfern (vgl. auch Noelle-Neumann/Köcher 2002: 191). Von denjenigen, die noch keine Weiterbildung mitgemacht haben, wären fast drei Viertel zum Verzicht auf Freizeit bereit, aber nicht einmal jeder Zweite davon würde sich finanziell beteiligen wollen.

6. Zwischenfazit

Die eingangs skizzierten bildungspolitischen Debatten über Inhalt und Ziele von Bildung einerseits, Strukturen und Trägerschaft andererseits sind in der öffentlichen Diskussion der Bildungspolitik in Thüringen gegenwärtig. Die Analyse der bildungspolitischen Ansichten der Bevölkerung bestätigt deren starke Abhängigkeit von grundsätzlichen Wertorientierungen der Thüringer: Wird das Pflichtbewusstsein oder die Entfaltung eigener Fähigkeiten als wichtigster Wert im Leben angesehen, soll die Bildung vor allem einer späteren beruflichen Tätigkeit nutzen oder der Persönlichkeitsentwicklung dienen? Wertprioritäten dieser Art prägen Vorstellungen über Inhalte und Ziele von Bildung, über Strukturen und Träger des Bildungs-

systems; sie sind wirksam auf allen Ebenen des Bildungssystems von der Kindertageseinrichtung bis zur Universität.

Bei der *Struktur des Bildungssystems* sehen die Thüringer die staatlichen Einrichtungen in einer starken Position: Fast alle Thüringer wollen, dass die Kleinkindererziehung auch in einer Kindertageseinrichtung erfolgt, sie also nicht allein den Eltern überlassen bleibt. Der frühe Kontakt mit Gleichaltrigen ist dabei ebenso ein wichtiges Argument wie der Ausgleich von Unterschieden, die die Kinder aus dem Elternhaus mitbringen. Der Schule wird von fast allen Thüringern über die Wissensvermittlung hinaus auch ein Erziehungsauftrag zugeschrieben; allerdings eher ergänzend zum Elternhaus als kompensierend. Die Schulen und die Schulstrukturen in Thüringen bekommen gute Noten, sie haben das Vertrauen der Thüringer. Schulen in freier Trägerschaft werden zwar gewünscht, das Angebot wird aber selten auch genutzt. Im Hochschulbereich wird die Förderung von Eliteuniversitäten begrüßt und die Thüringer Linie bei den Studiengebühren von einer großen Mehrheit unterstützt; Thüringer Universitäten genießen noch stärker als die Schulen das Vertrauen der Bevölkerung. Quer dazu steht die ausdrückliche Forderung von zwei Dritteln der Thüringer nach mehr Zentralisierung in der Bildungspolitik, möglicherweise als Ausdruck des Wunsches nach einer starken Position der staatlichen Bildungseinrichtungen in Zeiten der Europäisierung und Globalisierung.

Inhalte und Ziele von Bildung und Ausbildung werden überwiegend im Hinblick auf die Einbindung der Kinder in die Gesellschaft bewertet: Vor Beginn der Schulpflicht sollen Kinder zwar zunächst Kinder sein dürfen, ohne allzu viele Anforderungen an sie zu stellen. Die Integration in die Gemeinschaft Gleichaltriger und die Vermittlung von Sozialkompetenz durch Orientierung an der Gruppe sollte aber nach dem Wunsch der meisten Thüringer in der Kindertageseinrichtung geleistet werden. Die Schule wird inhaltlich gut bewertet, sie vermittelt nach Ansicht von zwei Dritteln der Thüringer den Kindern das Wissen, das sie für die Zukunft brauchen. Leistungsbereitschaft sollte hier ebenfalls vermittelt werden, und das nicht nur, wenn der Nutzen der Schulausbildung im Vordergrund steht. Insgesamt schneidet die Schule wie auch das zweigliedrige Thüringer Schulsystem bei den Verfechtern der Nützlichkeit besser ab, als bei denjenigen, für die die Persönlichkeitsentwicklung vorrangig ist. Beim Vertrauen in die Institution Schule unterscheiden sich beide Gruppen nicht, was darauf schließen lässt, dass hier kein Bruch durch die Gesellschaft geht, sondern nur unterschiedliche Ansichten über die Ausgestaltung des staatlichen Bildungsauftrags herrschen. Aufgrund der bisherigen Ergebnisse lässt sich vermuten, dass die Persönlichkeitsentwicklung und die Wertevermittlung eben dann stärker von den Eltern wahrgenommen werden, wenn sie dies der Schule nicht zutrauen oder mit der dort vermittelten Richtung nicht gänzlich übereinstimmen.

Die Analyse der bildungspolitischen Ansichten bestätigte außerdem deren starke Abhängigkeit von der grundsätzlichen Wertorientierung der Thüringer. Insbesondere die Position in der Frage, ob die Bildung vor allem einer späteren beruflichen Tätigkeit nutzen oder der Persönlichkeitsentwicklung dienen soll, strukturiert diese Einstellungen. Diese wiederum hängen sehr stark von der Bildung der Befragten ab. Die Beurteilung der Bildungspolitik ist also stark abhängig von der eigenen Bildung. Höher Gebildete haben andere Präferenzen, legen andere Schwerpunkte bei der Ausbildung ihrer eigenen Kinder und reproduzieren damit die Bildungsunterschiede in der Gesellschaft. Das gleiche gilt – nur umgekehrt – für die so genannten bildungsfernen Schichten (vgl. auch Kinderreport Deutschland 2007; Hurrelmann/Andresen 2007). Diesen Zusammenhang und seine Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit des Freistaats haben die Thüringer insbesondere im Blick, wenn sie dafür plädieren, dass der Staat seine Möglichkeiten der Kompensation nutzt, um möglichst früh die durch die soziale Herkunft bedingten Unterschiede zwischen den Kindern zu begrenzen.

IV. Demokratieunterstützung und Demokratiekritik

1. Grundorientierungen und Haltung zur Politik

Wenngleich die politische Kulturforschung im Kontext der Untersuchung von demokratischen Systemen und Demokratisierungsprozessen entstanden ist, beschränkt sich ihr Gegenstandsbereich doch keineswegs auf diejenigen Einstellungen der Bürger, die explizit auf demokratische Ideen, Institutionen und Instrumente bezogen sind. Vielmehr erfasst sie auch „vorgelagerte“ Orientierungen, wie etwa die Vorstellungen, die Bürger von ihrer eigenen Rolle im politischen Prozess haben, sowie die grundlegenden Wertorientierungen. Diese Wertorientierungen und generellen Wahrnehmungen der Politik geben nicht nur Auskunft über die Relevanz politischer Fragen in den Augen der Bürger und ihre Maßstäbe bei der Bewertung von Politik. Von ihnen kann darüber hinaus auch angenommen werden, dass sie Einfluss darauf haben, wie die Demokratie auf den einzelnen Ebenen (vgl. Kap. IV.2) bewertet wird und welchen Zuspruch die Demokratiekritik findet (vgl. Kap. IV.3).

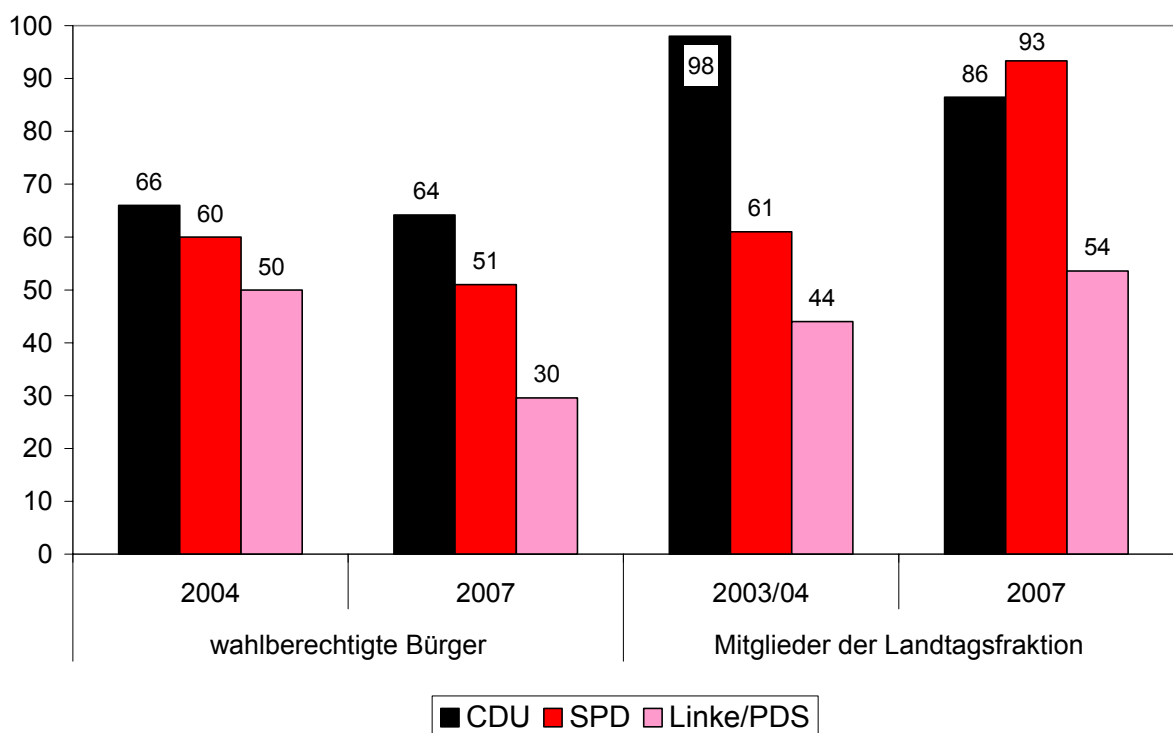
Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2007 ist die politische Grundorientierung anhand einer Entscheidungsfrage zwischen den Werten der Freiheit und der Gleichheit sowie anhand der Selbstverortung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala gemessen worden. Vor die Wahl gestellt, ob im Zweifel die Freiheit oder die Gleichheit wichtiger sind, spricht sich eine knappe Mehrheit (51 %) der Thüringer für die Freiheit aus, 43 Prozent geben der Gleichheit den Vorrang und eine kleine Minderheit antwortet spontan, dass beides gleich wichtig sei. Damit hat sich die Favorisierung der Freiheit gegenüber den Vorjahren um einige Prozentpunkte erhöht, während die Präferenz für die Gleichheit geringfügig zurückgegangen ist. Gegenüber dem Jahr 2004, als diese Frage erstmalig gestellt worden ist, hat die Freiheit jedoch erheblich an Unterstützung eingeübt: Vor drei Jahren gaben ihr noch sechs von zehn Befragten den Vorrang vor der Gleichheit.

Bemerkenswert ist, dass sich die Präferenzen in Thüringen und in Sachsen-Anhalt 2007 kaum voneinander unterscheiden. Auch im Nachbarland hat eine knappe Mehrheit der Befragten die Freiheit höher eingestuft als die Gleichheit (Fürnberg/Holtmann/Jaek 2007: 22). Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS wie die des Sachsen-Anhalt Monitors bestätigen damit die vermeintlich egalitäre Haltung und Freiheits skepsis in Ostdeutschland nicht, wie sie über Jahre hinweg vom Institut für Demoskopie Allensbach erhoben worden ist (Petersen/Mayer 2005: 61-66). Bestätigt findet sich allerdings in Thüringen die weit überdurchschnittliche Freiheitsorientierung der ostdeutschen Heranwachsenden (Petersen/Mayer 2005: 116-121): In der Altersgruppe der 18-24-Jährigen betrachten gut zwei Drittel die Freiheit als vorrangig, während nur jeder Vierte der Gleichheit Priorität einräumt. Die Wertschätzung der Freiheit durch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen dürfte allerdings vorwiegend lebenszyklisch zu erklären sein und mit steigendem Alter sinken.

Eine deutliche Präferenz für die Freiheit findet sich ansonsten vor allem in den höheren Bildungs- und Berufsgruppen sowie bei Befragten, die sich in einem (nach eigener Einschätzung) gesicherten Arbeitsverhältnis befinden. Sie wird zudem durch eine positive finanzielle Lage der Befragten begünstigt und in dem Maße unwahrscheinlicher, in dem Empfindungen der relativen Deprivation auftauchen. Mithin resultiert eine hohe Wertschätzung der Freiheit im Vergleich zur Gleichheit vorwiegend aus einer guten materiellen wie immateriellen

Ressourcenausstattung. Zugleich ist sie aber auch Ausdruck einer weltanschaulichen Haltung. Befragte, die eine Parteineigung für die CDU bekunden, nennen häufiger die Freiheit an erster Stelle als Anhänger der Sozialdemokraten und diese wiederum deutlich häufiger als die Anhänger der Linkspartei (Abb. 25). Im Vergleich zu 2004 sind die Unterschiede zwischen den Anhängern der drei im Thüringer Landtag vertretenen Parteien noch gewachsen. Diese Entwicklung geht auf eine sinkende Unterstützung für die Freiheit unter den Befragten mit einer Neigung zu den Oppositionsparteien einher. Bei den Anhängern der Linkspartei steht 2007 die Gleichheit deutlich höher im Kurs als die Freiheit.

Abb. 25: *Freiheit wichtiger als Gleichheit – nach Parteineigung und im Vergleich Bevölkerung-Landtagsabgeordnete (2004 und 2007) (in Prozent)*



Quelle für die Daten zu den Parlamentariern: Erste und Zweite Deutsche Abgeordnetenbefragung; © SFB 580/FSU Jena

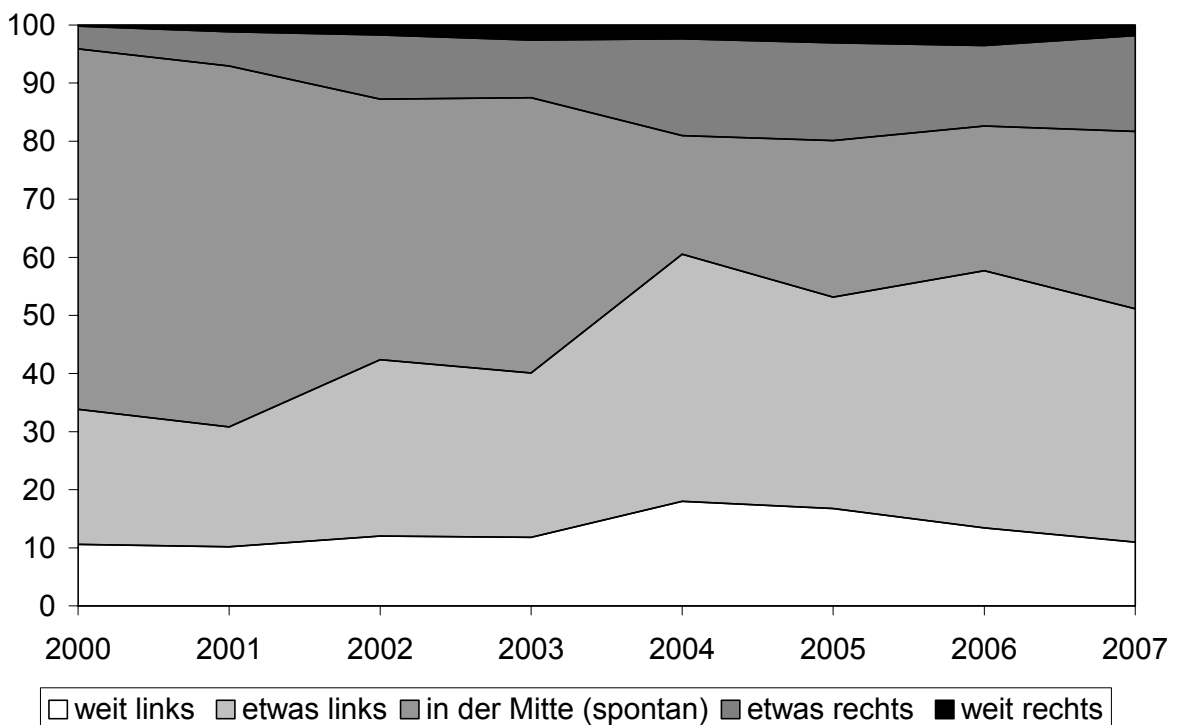
Aussagekräftig ist zudem der Vergleich zwischen den Orientierungen der Parteianhänger und der von der jeweiligen Partei gestellten Abgeordneten. 2004 gab es zwischen den Parlamentariern und den Anhängern der Oppositionsparteien hinsichtlich der Entscheidung zwischen Freiheit und Gleichheit noch weitgehende Übereinstimmung. Allein bei den regierenden Christdemokraten zeigten sich die Repräsentanten weit freiheitsorientierter als die Repräsentierten. 2007 hat sich für die CDU keine nennenswerte Veränderung ergeben, dafür haben sich bei den Oppositionsparteien die Repräsentationseliten und die Parteianhänger deutlich voneinander entfernt. Innerparlamentarisch sind die vormals bestehenden Unterschiede zwischen Union und SPD verschwunden; die Fraktion der Linken zeigt sich in der Frage Freiheit versus Gleichheit gespalten. Das zentrale Ergebnis des Vergleichs zwischen 2004 und 2007 ist jedoch die wachsende Kluft zwischen den Präferenzen der Wählerschaft und sogar der Parteianhänger und denen der Parlamentarier.

Die Unterschiede zwischen den Parteianhängern finden sich auf der Links-Rechts-Achse gespiegelt. Je weiter rechts sich die Befragten positionieren, umso stärker neigen sie der Freiheit zu. Auffällig sind allerdings allein die Gruppen, die sich rechts der Mitte einordnen – mit einer überdurchschnittlichen Wertschätzung der Freiheit – und die Befragten, die sich an den äußeren beiden linken Punkten der siebenstufigen Skala positionieren. Diese letztere Gruppe ist zugleich die einzige, bei der die Gleichheit höher rangiert als die Freiheit.

Die Einstufung auf der Links-Rechts-Skala stellt dabei einen zweiten Anhaltspunkt für grundlegende politische Orientierungen der Befragten dar. Zwar werden mit den Polen „Links“ und „Rechts“ jeweils unterschiedliche politische Ziele assoziiert, die Einstufung steht aber gemeinhin in einem systematischem Zusammenhang mit einer Reihe gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Ordnungspräferenzen. Im Jahr 2007 stufen sich etwa vier von zehn Thüringern geringfügig links, ein knappes Drittel genau auf dem Skalenmittelpunkt ein. Im rechten Bereich der Skala stuft sich weniger als ein Fünftel der Befragten ein, darunter nur eine kleine Minderheit bei den beiden äußeren Skalenpunkten.

Die beiden äußeren linken Punkte der Skala sind zwar stärker, aber mit insgesamt zehn Prozent ebenfalls schwach besetzt. Im Zeitverlauf fällt vor allem der zugunsten moderat linker und rechter Positionen sinkende Anteil von Einstufungen in der Mitte auf (Abb. 26).

Abb. 26: *Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala 2000-2007*
(in Prozent)



Hinweis: bei „weit links“ und „weit rechts“ sind die beiden äußeren Skalenwerte zusammengefasst

Ein Einstellungsobjekt, für das ein Zusammenhang sowohl mit der ideologischen Selbsteinstufung als auch mit der Rangfolge zwischen Freiheit und Gleichheit angenommen werden kann, ist der zunehmende Wettbewerb in Europa. Gefragt danach, ob dieser begrenzt werden

müsse, um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht zu gefährden, stimmen etwa 60 Prozent der Befragten zu. Überraschenderweise steht die entsprechende Einstellung jedoch weder mit der weltanschaulichen Orientierung der Befragten noch mit ihrer Position zu Freiheit versus Gleichheit in Verbindung. So spricht sich beispielsweise auch unter denjenigen, die der Freiheit Vorrang vor der Gleichheit einräumen, noch eine deutliche Mehrheit für die Einschränkung des Wettbewerbs aus. Die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala macht diesbezüglich gar keinen Unterschied. Ähnlich schwach ausgeprägt ist der Zusammenhang der politischen Grundorientierungen mit dem politischen Interesse.

Wie bei den früheren Befragungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS bekunden gut vierzig Prozent der Befragten ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik; ähnlich groß ist die Gruppe mit mittlerem Interesse, während nur jeder Fünfte wenig oder gar nicht an politischen Fragen interessiert ist. Diese Verteilung entspricht in etwa den Werten für die neuen Länder oder auch Gesamtdeutschland bei jüngeren Befragungen;⁹ das politische Interesse der Thüringer ist demnach durchschnittlich ausgeprägt. Angesichts des Schwerpunktthemas des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS ist neben dem politischen Interesse im Allgemeinen auch noch nach dem spezifischen Interesse an Bildungspolitik gefragt worden. Dieses entspricht in seinem Ausmaß fast exakt dem generellen politischen Interesse. Zwischen beidem gibt es einen starken Zusammenhang, der allerdings schwächer ausgeprägt ist als erwartet. So zeigt sich nur knapp mehr als die Hälfte der allgemeinpolitisch Interessierten auch bildungspolitisch (sehr) stark interessiert, und umgekehrt ist das Verhältnis ähnlich. Unter den politisch kaum oder gar nicht Interessierten finden sich immerhin noch 21 Prozent mit einem starken Interesse an bildungspolitischen Fragen.

Nach den Befunden der bisherigen Einstellungsforschung ist das politische Interesse eine zentrale Determinante der generellen Haltung, die Bürger gegenüber der Politik einnehmen. Dies lässt sich im Jahr 2007 für Thüringen zumindest hinsichtlich der Selbsteinschätzung der politischen Kompetenz bestätigen. Insgesamt etwa drei Viertel der Thüringer geben an, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können; dieser hohe Grad an Kompetenzzuschreibung ist in den vergangenen Jahren stabil geblieben und entspricht in etwa den gesamtdeutschen Werten. Je politisch interessierter die Befragten sind, desto kompetenter fühlen sie sich auch. Der Zusammenhang fällt dabei ausgesprochen stark aus (Pearson's $r = .50$).

Für die Einschätzung, ob sich Regierungsentscheidungen beeinflussen lassen und inwiefern Parteien die Anliegen der Wähler aufnehmen, spielt das politische Interesse jedoch nur eine geringe Rolle. Dieser schwache Einfluss mag sich schon daraus ergeben, dass es nur eine geringe Varianz in den Bewertungen gibt: Wie im Vorjahr meinen etwa 80 Prozent der Thüringer, dass die Parteien nur an Stimmen der Wähler interessiert sind, nicht aber an ihren Ansichten. Drei von vier stimmen der Aussage „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ zu, unter ihnen sogar zwei Drittel ohne Einschränkung. Beide Bewertungen beziehen sich auf die Bereitschaft der politischen Führungsgremien – im einen Fall der Regierung, im anderen Fall der Parteien –, Anliegen der Wählerschaft aufzugreifen und bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Der auch statistisch starke Zusammenhang erlaubt es, aus diesen beiden Aussagen einen Index der Responsivitätsbewertung zu bilden. Stimmen Befragte beiden Aussagen zu, werden sie als Responsivitäts-skeptiker eingestuft; lehnen sie beide ab, handelt es sich um Thüringer, die die Responsivität

9 So etwa bei einer bundesweiten Repräsentativbefragung im Herbst 2006; vgl. auch Niedermayer 2005: 21-23. Etwas höhere Werte auch für Ostdeutschland ermittelte wiederholt das Politbarometer; deutlich niedrigere Werte finden sich im ALLBUS 2006.

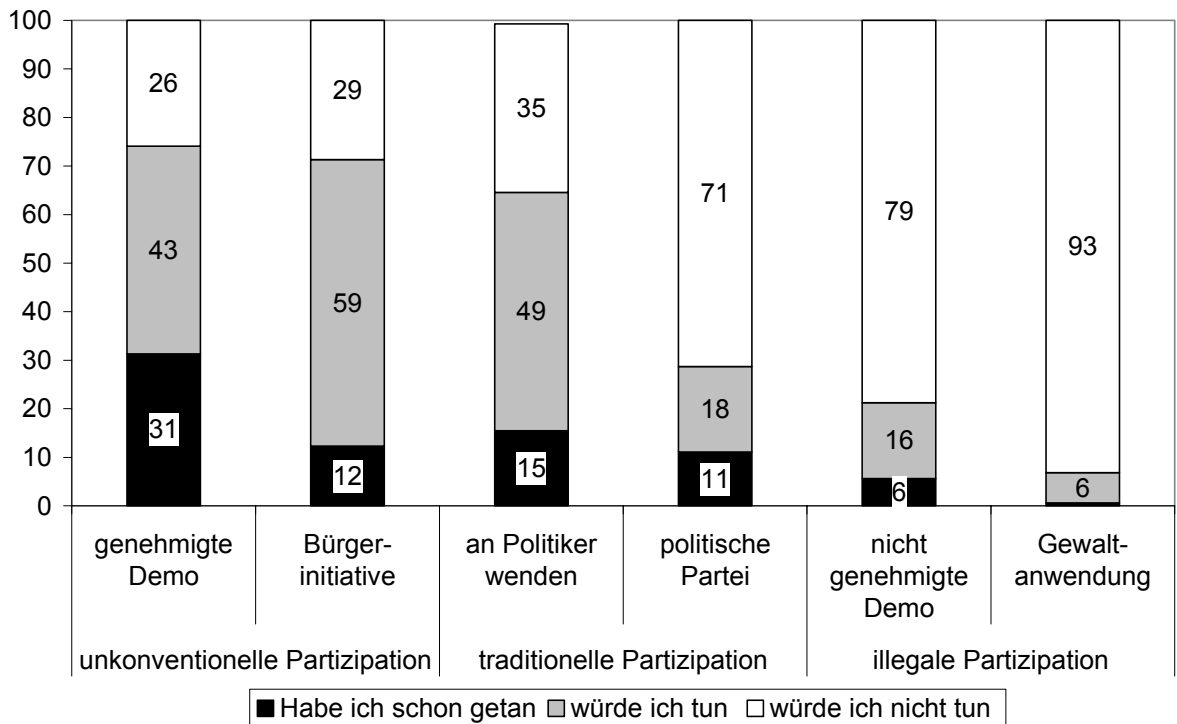
bejahen. Diese Gruppe stellt allerdings nur ein Zehntel der Befragten, während die Skeptiker mit fast zwei Dritteln die große Mehrheit der Befragten ausmachen.

Die überaus skeptische Einstellung, die die Thüringer gegenüber der Responsivität der politischen Eliten zum Ausdruck bringen, bedeutet allerdings nicht, dass sie deswegen eine professionell betriebene Politik verwerfen. Die beklagte unzureichende Responsivität wird demnach nicht dem vorherrschenden Typus des Berufspolitikers per se angelastet. Die Frage, ob unser Land ohne Berufspolitiker schlechter regiert würde, bejaht denn auch mit 56 Prozent eine deutliche Mehrheit der Interviewten. Das Urteil ist dabei völlig unabhängig davon, wie die Responsivität eingeschätzt wird. Auch die Einstellungen zum Verhältnis von Freiheit und Gleichheit sowie das politische Interesse sind dafür ohne Belang. Mithin scheint der Einfluss des politischen Interesses zunächst auf die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz beschränkt.

Von besonderer Relevanz ist die Frage, ob das politische Interesse jenseits dessen eine Wirkung auf das politische Handeln der Befragten hat. Zu vermuten ist ein mit steigendem Interesse wachsendes Engagement. Das politische Engagement ist dabei wie in den Vorjahren anhand von vier legalen Partizipationsmöglichkeiten erhoben worden. Zwei dieser Partizipationsformen, die Mitgliedschaft in einer politischen Partei und das Vorbringen eines Anliegens gegenüber einem Politiker, haben traditionellen Charakter. Die beiden anderen, die Teilnahme an einer Demonstration und die Mitwirkung in einer Bürgerinitiative, entsprechen weniger der konventionellen politischen Beteiligung. Im Einklang mit den Ergebnissen vorausgegangener Untersuchungen gilt 2007 für alle vier genannten Beteiligungsformen, dass sie bislang lediglich von einer Minderheit praktiziert worden sind (Abb. 27). Damit gleichen die Thüringer Befunde auffällig denen für Sachsen-Anhalt (Fürnberg/Holtmann/Jaeck 2007: 45f.). Mit Abstand am häufigsten genannt wird die Teilnahme an einer (genehmigten) Demonstration (31 %), während nicht mehr als 11 Prozent der Befragten bereits einer politischen Partei angehört haben oder noch angehören. Eine Ausnahmeerscheinung sind die illegalen Beteiligungsformen, also die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration und die Anwendung von Gewalt zu politischen Zwecken.

Auch wenn sie bislang in der angegebenen Art und Weise nicht politisch aktiv geworden sind, so können sich viele Thüringer doch ein entsprechendes – legales – Engagement für die Zukunft vorstellen. Nur Minderheiten schließen für sich eine Teilnahme an den jeweiligen Partizipationsformen aus. Neben den illegalen Beteiligungsvarianten stellt die Parteimitgliedschaft die einzige Ausnahme dar, die für sieben von zehn Thüringern auch perspektivisch nicht in Frage kommt (Abb. 27). Tatsächliches Engagement und Partizipationsbereitschaft sind umso wahrscheinlicher, je unkonventioneller und je weniger dauerhaft die Beteiligungsform ist. Folglich ist die am weitesten akzeptierte Form politischer Partizipation die Teilnahme an einer Demonstration, die weder traditionellen Politikmustern entspricht noch eine längerfristige Aktivität erfordert. Summiert man die bisherigen politischen Aktivitäten für jeden einzelnen Befragten auf, so hat eine Mehrheit der Thüringer noch keine der genannten Partizipationsformen praktiziert. Unter ihnen schließt jeder Achte auch zukünftig jegliches politisches Engagement für sich aus und muss insofern als politisch apathisch gelten, während die Übrigen lediglich politisch passiv sind. Ein Viertel der Befragten ist mittelmäßig engagiert (Beteiligung an einer Partizipationsform), weitere 18 Prozent lassen großes politisches Engagement erkennen (zwei bis vier Aktivitäten).

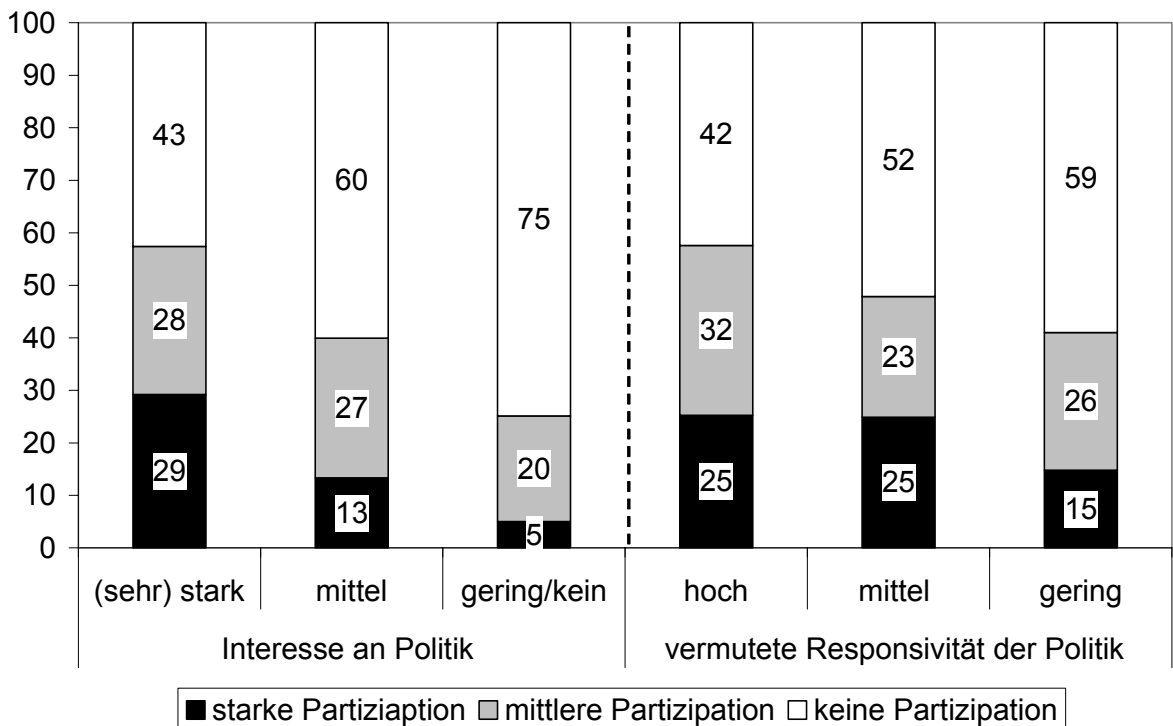
Abb. 27: *Politische Partizipation*
(in Prozent)



Hinweis: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt

Erwartungsgemäß wird die Partizipation durch das politische Interesse erheblich begünstigt. So finden sich unter den Befragten mit geringem oder keinem Interesse die höchsten Anteile von politisch Apathischen (16 %) und Passiven (59 %). Umgekehrt weisen die Befragten mit (sehr) starkem Interesse an Politik die bei weitem höchsten Partizipationsraten auf: 29 Prozent von ihnen sind stark, weitere 28 im mittleren Umfang politisch engagiert (Abb. 27). Weniger prognostizierbar ist der Zusammenhang zwischen dem politischen Engagement und der Einschätzung der Responsivität der politischen Eliten. Die aus einer für unzureichend befundenen Responsivität resultierende Unzufriedenheit könnte einerseits politischen Protest und damit hohe Raten vor allem unkonventioneller Partizipation nach sich ziehen. Andererseits erscheint wegen der vermuteten geringen Responsivität auch eine besonders geringe Beteiligung plausibel. Tatsächlich ergibt sich ein derartiger positiver Zusammenhang: Je besser die Responsivität des politischen Personals bewertet wird, umso stärker ist die politische Partizipation (Abb. 28). Dies bedeutet allerdings auch, dass sich die Skepsis gegenüber der Responsivität oftmals gar nicht aus realen Erfahrungen speist. 59 Prozent derjenigen etwa, die der Politik mangelnde Responsivität attestiert, hat keine der vier Partizipationsformen überhaupt jemals praktiziert.

Abb. 28: *Legale politische Partizipation nach politischem Interesse und vermuteter Responsivität der Politik*
(in Prozent)



Hinweis: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt

Von den verschiedenen sozialstrukturellen Gruppen zeigt sich die älteste Alterskohorte besonders partizipationsfreudig. Ihr überdurchschnittliches Engagement mag aber schlicht dem höheren Lebensalter und der damit steigenden Zahl an Gelegenheiten für politische Beteiligung geschuldet sein. Noch deutlicher als mit dem Alter steigt das Ausmaß der Partizipation mit dem Bildungsniveau. Das Abitur markiert dabei die Trennlinie zwischen überdurchschnittlich und weniger Engagierten. Die Befragten mit einem Schulabschluss unter dem Niveau der 10. Klasse zeigen sich nicht nur wenig engagiert, unter ihnen ist auch fast ein Fünftel politisch apathisch. Nur geringe Bedeutung kommt hingegen den politischen Grundorientierungen zu. Befragte, die der Freiheit Vorrang vor der Gleichheit einräumen, sind etwas aktiver als die Kontrastgruppe. Die Verortung auf der Links-Rechts-Skala hat keine Bedeutung; lediglich diejenigen, die sich weit links einstufen, fallen durch eine überdurchschnittlich starke politische Beteiligung auf.

Auf der Basis der vorgenommenen Analyse lässt sich die grundsätzliche Haltung der Thüringer zur Politik zugespitzt in drei Punkten resümieren: Erstens zeigen das beachtliche, im Zeitverlauf seit 2002 weitgehend gleich ausgeprägte politische Interesse und insbesondere sein Zusammenhang mit dem politischen Engagement, dass es eine generelle Abkehr von der Politik, mithin eine tendenzielle Entpolitisierung nicht gibt. Zweitens sind aber die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die politischen Eliten eher gering, die Skepsis gegenüber der Responsivität der parteienstaatlichen Akteure ist ausgeprägt. Von einem Vertrauensvorschluss kann die Politik demnach nicht ausgehen. Allerdings mündet die skizzierte Kritik nicht in eine Fundamentalkritik an der Berufspolitik und sie führt auch nicht zu einer generellen Delegitimation von Institutionen des demokratischen Verfassungsstaats. Offensichtlich sind

die Thüringer durchaus willens und in der Lage zu differenzieren. Drittens ist die politische Partizipation insgesamt eher schwach ausgeprägt und dies gilt im Besonderen für die konventionellen Kanäle politischer Betätigung. Allerdings zeigen die Befragungsergebnisse auch, dass die Partizipationsbereitschaft weit größer ist als das praktizierte Engagement. Angesichts dieses Befundes eines breiten unausgeschöpften Mobilisierungspotenzials gilt es der Frage nachzugehen, ob dieses eher im Sinne der demokratischen Ordnung mobilisierbar ist bzw. ob auch demokratieskeptische oder demokratiefeindliche Strömungen unter bestimmten Umständen auf eine Unterstützung in der Bevölkerung hoffen können.

2. Demokratiebewertung und Institutionenvertrauen: Zufriedene Demokraten auf dem Vormarsch

Wie es die Bürger mit der Demokratie halten, kann gewissermaßen als Gretchenfrage der politischen Kultur gelten. Einen entsprechend hohen Stellenwert haben die demokratiebezogenen Einstellungen in der politischen Kulturforschung. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass ein demokratisches System, soll es auf Dauer bestehen, eines Minimums an Unterstützung durch die Bürger bedarf. Fehlt diese Unterstützung, vermögen auch die besten Verfassungsdokumente und Institutionen nicht, den Fortbestand der Demokratie langfristig zu sichern. Für die postkommunistischen Transformationsgesellschaften, unter denen der ostdeutschen der Status eines privilegierten Sonderfalls zukommt (Wiesenthal 1996), sind demokratiefreundliche oder wenigstens demokratiekompatible Orientierungen und Erwartungen der Wahlbürgerschaft keine Selbstverständlichkeit. Davon ist deswegen auszugehen, weil die charakteristische Gleichzeitigkeit von Demokratisierung und Marktliberalisierung nicht nur neue Gelegenheitsfenster geöffnet, sondern auch schwere soziale Verwerfungen mit sich gebracht hat.¹⁰

Die Einschätzungen, wie sehr die Demokratie in den postkommunistischen Gesellschaften allgemein und speziell in Ostdeutschland verwurzelt ist, variieren mitunter (Jacobs 2004; Klingemann/Fuchs/Zielonka 2006; Pickel u.a. 2006). Das Urteil hängt nicht zuletzt davon ab, welches Unterstützungsobjekt im Einzelnen untersucht wird. Dabei gilt für Thüringen wie für die jungen Demokratien in Osteuropa, dass vor allem der generalisierten, diffusen Systemunterstützung, verstanden als die von konkreten Merkmalen und Leistungen unabhängige Unterstützung der demokratischen Ordnung, besondere Bedeutung zukommt. Die spezifische Unterstützung für konkrete Akteure und Praktiken ist dieser zwar nachgeordnet, aber dennoch wichtig, weil bei einer erodierenden spezifischen Systemunterstützung zu befürchten ist, dass auch die Akzeptanz der Demokratie als Werteordnung Schaden nimmt.

Bei den Einstellungen zur Demokratie sind in Anlehnung an das Ebenenmodell von Fuchs (2002) drei Unterstützungsobjekte zu unterscheiden: die demokratischen Werte, das demokratische Regime und die demokratische Performanz. Von grundlegender Bedeutung ist (a) die Befürwortung demokratischer Normen und Werte, die eine diffuse Form der Demokratieunterstützung darstellt. Der gelebten Demokratie deutlich näher ist (b) die Unterstützung des politischen Systems, so wie es in der Verfassung verankert ist. Sie gibt Auskunft über die Akzeptanz der in der jeweiligen Gesellschaft bestehenden Verfassungsordnung. Schließlich ist nach (c) der Bewertung der demokratischen Praxis, also der im politischen Alltag praktizierten Demokratie zu fragen (spezifische Systemunterstützung). Zwischen diesen drei Untersuchungsgegenständen bzw. den darauf bezogenen Einstellungen besteht eine Wechselbezie-

10 Vgl. etwa Offe 1994; eine positive Bewertung der Transformation zuletzt bei Merkel 2007.

hung. Wie dieses Wechselverhältnis genau beschaffen ist, lässt sich nur anhand empirischer Analysen ermitteln.

Beim THÜRINGEN-MONITOR ist die Zustimmung zu den drei Dimensionen der Demokratie wie in den Vorjahren durch jeweils eine Aussage gemessen worden: Die Zustimmung zur Demokratie als Staatsidee erfasst die Akzeptanz demokratischer Werte, die Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung die Unterstützung des demokratischen Regimes und die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Praxis funktioniert, die Unterstützung der demokratischen Performanz (vgl. die tabellarische Darstellung in TM 2006: 47). Im Vergleich der Unterstützungsebenen und in der Entwicklung der Zustimmung über Zeit bestätigen sich zwei Kernergebnisse vorausgegangener Untersuchungen. Erstens unterscheiden sich die Niveaus der diffusen und der spezifischen System- respektive Demokratieunterstützung erheblich voneinander. Zweitens zeichnen sich die Einstellungen zur Idee der Demokratie und zum demokratischen Regime durch große Beständigkeit aus, während die Demokratiezufriedenheit, also die Zufriedenheit mit der demokratischen Performanz, deutliche Schwankungen aufweist.

Wie in allen Jahren zuvor befürworten vier von fünf Thüringern die Idee der Demokratie und betrachten sie als anderen Herrschaftsformen überlegen. Ähnlich deutlich fällt die Unterstützung des demokratischen Regimes aus: 79 Prozent der Befragten zeigen sich mit dem politischen System, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, zufrieden. Dies bedeutet zwar einen geringfügigen Anstieg gegenüber den früheren Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS, aber auch hier dominiert klar die Kontinuität. Mithin kann sowohl auf der normativen Ebene als auch auf der der Struktur bzw. des Regimes von einer breiten Zustimmung zur Demokratie und von einer – jedenfalls bei der Betrachtung der Befragten insgesamt – bemerkenswerten Stabilität dieser Einstellungen ausgegangen werden.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich für die demokratische Performanz: Nur knapp die Hälfte der Befragten gibt an, mit der Demokratie, so wie sie in der Praxis funktioniert, zufrieden zu sein. Obwohl dieser Wert weit niedriger liegt als die Zustimmungsraten zu den beiden anderen Einstellungsobjekten der Demokratieunterstützung, ist die Zufriedenheit gegenüber den beiden Vorjahren doch nennenswert gestiegen; im Vorjahr zeigten sich lediglich 41, 2005 sogar nur 38 Prozent der Thüringer zufrieden. 2007 wurden wieder die vergleichsweise hohen Zufriedenheitswerte der Jahre 2001 und 2004 erreicht. Im Zeitverlauf sind bei der Bewertung der demokratischen Performanz jährliche Schwankungen von bis zu 13 Prozentpunkten zu beobachten. Die Demokratiezufriedenheit fällt in Thüringen demnach im Vergleich zur Demokratieunterstützung auf den beiden anderen Ebenen mäßig aus und ist alles andere als stabil.

In ihrem Ausmaß unterscheidet sich die Demokratieunterstützung in Thüringen – nach den Ergebnissen der jüngsten Erhebungen – generell kaum von der im Nachbarland Sachsen-Anhalt bzw. in Ostdeutschland insgesamt. Während die Idee der Demokratie im nördlicher gelegenen Bundesland minimal stärkere Zustimmung erfährt, ist im Freistaat die Unterstützung auf den Ebenen des demokratischen Regimes und der Performanz jeweils etwas stärker ausgeprägt (Tab. 1). Vom ostdeutschen Durchschnitt weichen die Thüringer Werte nur in einem Punkt ab: Die Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung ist größer als im Schnitt der übrigen neuen Länder. Nimmt man hingegen die gesamtdeutschen Werte zum Vergleich, so ist die Demokratieunterstützung in Thüringen (wie im gesamten Ostdeutschland) auf allen Ebenen signifikant schwächer. Dies gilt zumindest dann, wenn man die Ergebnisse einer

bundesweiten Repräsentativbefragung aus dem Jahr 2006 zugrunde legt.¹¹ Diese bestätigen deutlich die in der Literatur durchweg berichtete geringere Zustimmung zur Demokratie in den neuen Ländern unabhängig davon, welches Unterstützungsobjekt im Einzelnen betrachtet wird (Gabriel 2005; Scheuer 2005; Völkl 2005: 252-256; zusammenfassend Niedermayer 2005: 95-113 sowie zuletzt Patzelt 2008).¹²

Tab. 1: Demokratieunterstützung in Thüringen und Sachsen-Anhalt nach Ebenen (Zustimmung in Prozent)

	Thüringen 2007	Sachsen Anhalt 2007	Dtld. Ost 2006*	Dtld. West 2006*
UNTERSTÜTZUNGSOBJEKT				
Werte: Idee der Demokratie	80	82	79	90
Regime: Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung	79	74	71	85
Performanz: Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis	49	42	52	64
TYPEN				
Zufriedene Demokraten (Unterstützung von Werten und Performanz)	47	38	46	61
Unzufriedene Demokraten (Unterstützung der Idee, aber nicht der Performanz)	33	44	32	29
Nichtdemokraten (Ablehnung der Idee)	20	18	21	10
Teilgruppe der Antidemokraten (zusätzlich: Unterstützung einer Diktatur)	5	5	5	2

* Bundesweite Repräsentativbefragung mit 2.000 Befragten im Herbst 2006.

Fragt man danach, worauf sich die (unterschiedliche) Bewertung der drei Objekte der Demokratieunterstützung jeweils zurückführen lässt, ergibt sich ein schon aus früheren Jahren vertrautes Bild: Mangelnde Demokratiezufriedenheit (Ebene der demokratischen Performanz)

11 Andere Untersuchungen gelangen für Deutschland insgesamt hinsichtlich der Unterstützung der Demokratie als Staatsidee teils zu niedrigeren Werten (Fuchs/Roller 2006: 647), teils aber auch zu höheren Werten (Decker/Brähler 2006: 71). Für die Demokratie in der Praxis werden in der neueren Literatur durchweg geringere Zufriedenheitswerte angegeben (vgl. etwa Eurobarometer 65 [2006]: 45; Decker/Brähler 2006: 72; Bundesverband Deutscher Banken 2005: 5).

12 Eine Ausnahme machen verschiedene demokratische Prinzipien wie das Recht auf Opposition und die Meinungsfreiheit, die sich im Osten wie im Westen sehr hoher Zustimmung erfreuen (vgl. Gabriel 2004: 494; Völkl 2005: 254).

ist mit Abstand am besten zu erklären – und zwar vorwiegend mit der Wahrnehmung der Gesellschaft als ungerecht, relativer Deprivation und einer den politischen Eliten zugeschriebenen geringen Responsivität (TM 2005: 66, TM 2006: 55). Für die (mangelnde) Unterstützung der Demokratie als Staatsidee (Ebene der demokratischen Werte), für die eine erkennbar schlechtere Erklärungsleistung erreicht wird, sind teilweise andere Faktoren maßgeblich: persönlichkeitsnahe Variablen wie der Autoritarismus, Wertorientierungen (Gleichheit vor Freiheit), die Affinität zur DDR und mangelndes politisches Interesse (vgl. Edinger/Hallermann 2008: 67). Für die Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung (Ebene des demokratischen Regimes) sind nahezu sämtliche Faktorenbündel von Bedeutung: die ökonomische Lage, Gerechtigkeitswahrnehmungen, die Haltung zur Politik, persönlichkeitsnahe Faktoren und Wertorientierungen sowie Abstiegsängste.

Die demokratiebezogenen Einstellungen hängen untereinander eng zusammen. Sehr starke Zusammenhänge bestehen zwischen der Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung und den beiden anderen Objekten der Demokratieunterstützung (Pearson's r jeweils .46). Die Demokratiezufriedenheit und die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee sind immer noch stark miteinander verknüpft (Pearson's $r = .35$). Dieser Zusammenhang erlaubt es, wie in den vorausgegangenen Jahren verschiedene Typen demokratiebezogener Einstellungen zu unterscheiden. Als zufriedene Demokraten gelten diejenigen Befragten, die sowohl die demokratischen Werte befürworten als auch mit der demokratischen Performanz zufrieden sind. Die unzufriedenen Demokraten zeichnen sich durch die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee aus, sind aber mit der Praxis unzufrieden. Die Nichtdemokraten stehen der demokratischen Idee ablehnend gegenüber.

Letztere Gruppe macht in Thüringen über die Jahre hinweg konstant etwa ein Fünftel aller Befragten aus. In Sachsen-Anhalt ist dieser Typ etwas seltener, in Westdeutschland sehr viel seltener vertreten. Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Demokratiezufriedenheit macht die zufriedenen Demokraten 2007 mit 47 Prozent zur größten Gruppe. Noch 2006 waren die unzufriedenen Demokraten im Freistaat zahlreicher; aktuell stellen sie jedoch nur ein Drittel der Befragten. Damit liegt Thüringen ausweislich einer jüngeren Repräsentativbefragung genau im ostdeutschen Durchschnitt. In den alten Ländern hingegen gab es im Jahr 2006 mit 61 Prozent weit mehr zufriedene Demokraten (Tab. 1).¹³

Neben diesen drei Hauptgruppen lassen sich zwei weitere Gruppen bilden, die die Typologie gewissermaßen verfeinern und damit noch genaueren Aufschluss über Art und Ausmaß der Demokratieunterstützung geben. Zunächst lässt sich die Gruppe der Nichtdemokraten noch einmal differenzieren. Die Ablehnung der Demokratie muss noch nicht zwangsläufig die Unterstützung einer alternativen Staatsform nach sich ziehen. Daher sind unter den Nichtdemokraten die Demokratieskeptiker, also Befragte, die gleichermaßen die Idee der Demokratie wie eine Diktatur ablehnen, von den Antidemokraten zu unterscheiden. Allein die Antidemokraten wenden sich dezidiert gegen die Demokratie, sie sind gewissermaßen erklärte Demokratiegegner. Diese Gruppe hat sich in Thüringen seit 2005 signifikant auf nunmehr fünf Prozent verringert. In den neuen Ländern findet sich dieser Typ in etwa gleicher Größenordnung, während die Antidemokraten in Westdeutschland nur drei Prozent der Wahlbevölkerung stellen (Tab. 1).

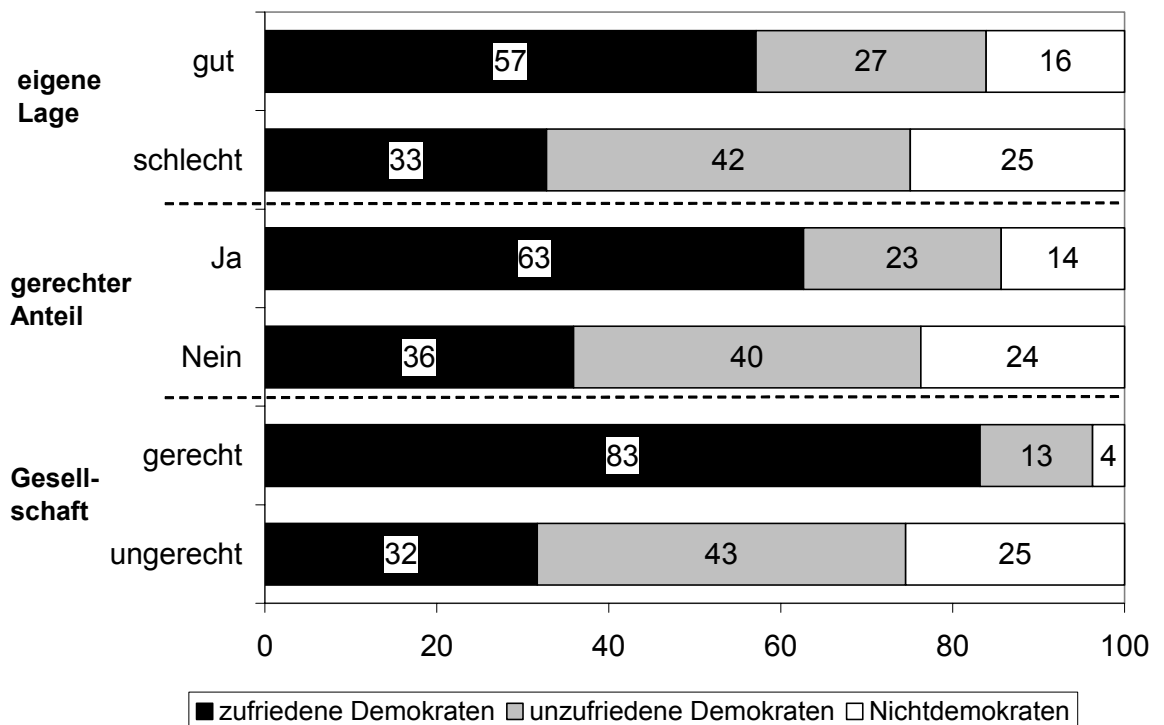
Eine zweite zusätzliche Unterteilung verspricht Aufschluss über die Konsistenz der Demokratieunterstützung. Dabei werden die (zufriedenen wie unzufriedenen) Demokraten noch-

13 Für eine andere Typologie mit dann entsprechend niedrigeren Werten an zufriedenen Demokraten vgl. Niedermayer 2005: 106-109.

mals nach ihrer Position zur Diktatur unterschieden. Wird eine Diktatur unter Umständen befürwortet, liegt keine konsistente pro-demokratische Einstellung vor; es handelt sich in diesen Fällen um inkonsistente Demokraten oder auch „Schönwetterdemokraten“, da ihre Zustimmung zur demokratischen Idee an günstige Umstände gebunden ist. Dieser Gruppe gehörten zwischen 2003 und 2006 zwischen zehn und zwölf Prozent aller Befragten an (TM 2006: 51). 2007 liegt dieser Anteil mit knapp neun Prozent etwas niedriger (zum Vergleich: 11 % in Sachsen-Anhalt). Demnach verbleiben in Thüringen wie im Nachbarland etwas mehr als 70 Prozent der Befragten, die als konsistente Demokraten gelten können.

Zunächst gilt es aber, die drei Hauptgruppen in ihrer sozialen Zusammensetzung zu charakterisieren und ihre Verteilung in Abhängigkeit von einschlägigen Determinanten zu untersuchen. Betrachtet man zunächst die Gruppe der Nichtdemokraten, so finden sich erwartungsgemäß einige Bevölkerungsgruppen deutlich überrepräsentiert. Dies gilt insbesondere für die Befragten ohne Abitur, für Teilzeitbeschäftigte und – in moderatem Ausmaß – für Arbeitslose. Im Geschlechtervergleich stehen Frauen der Idee der Demokratie weit häufiger ablehnend gegenüber als Männer (24 % gegenüber 16 %). Interessanterweise sind negative Einstellungen zur Demokratie in der jüngsten Alterskohorte der 18-24-Jährigen am weitesten verbreitet. Eine genauere Betrachtung zeigt allerdings, dass sich in dieser Gruppe keineswegs überdurchschnittlich viele Antidemokraten finden; die Ablehnung der Demokratie geht also nur bei wenigen jungen Erwachsenen mit der Unterstützung einer Diktatur einher.

Abb. 29: *Typen der Demokratiebewertung nach eigener finanzieller Lage, gerechtem Anteil und Bewertung der Gesellschaft (Zustimmung in Prozent)*



Erwartungsgemäß hängen die Anteile der drei Haupttypen demokratiebezogener Einstellungen eng mit sozioökonomischen Faktoren und mit Gerechtigkeitswahrnehmungen zusammen.

So stellen unter den Befragten mit einer nach eigener Einschätzung guten oder sehr guten finanziellen Lage die zufriedenen Demokraten eine deutliche Mehrheit. In der Vergleichsgruppe der weniger gut Situierten ist lediglich jeder Dritte den zufriedenen Demokraten zuzurechnen (Abb. 29). Ähnlich stark sind die Zusammenhänge mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen. Deutlichen Einfluss auf die Einstellungen zur Demokratie hat die relative Deprivation, also das Empfinden weniger zu erhalten, als einem zustünde. In der Gruppe der in diesem Sinne Deprivierten ist jeder Vierte negativ gegenüber der Demokratie eingestellt. Gleiches gilt für die Befragten, die die Gesellschaft für ungerecht halten. Unter ihnen stellen die unzufriedenen Demokraten zudem die mit deutlichem Abstand stärkste Gruppe. Bemerkenswert ist jedoch vor allem die kleinere Gruppe derjenigen, die die Gesellschaft als gerecht einschätzen. Unter ihnen finden sich mit 83 Prozent fast ausschließlich zufriedene Demokraten (Abb. 29).

Neben den genannten Faktoren sind aber auch Wertorientierungen, der Autoritarismus und das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit von großer Bedeutung für die Anteile der einzelnen Typen. So finden sich unter den Befragten, die der Freiheit Vorrang vor der Gleichheit geben, doppelt so viele zufriedene Demokraten wie unzufriedene, während in der Kontrastgruppe die Anteile etwa gleich sind. Letztere weist mit 27 Prozent etwa den doppelten Anteil an Nichtdemokraten auf. Ähnliche Relationen ergeben sich im Vergleich zwischen den Befragten mit autoritären Einstellungen und den Nicht-Autoritären.¹⁴ Überraschend deutlich sind auch die Wirkungen des politischen Interesses und der politischen Kompetenz bzw. der Selbstkompetenzzuschreibung. So stellen unter den politisch stark Interessierten und auch unter denjenigen mit mittlerem Interesse die zufriedenen Demokraten jeweils die größte Gruppe. Bei den politisch nicht oder wenig Interessierten sind hingegen die Nichtdemokraten mit 40 Prozent am stärksten vertreten. Überproportional hohe Anteile von Befragten, die die Idee der Demokratie ablehnen, finden sich auch unter denjenigen, die sich selbst nur eine geringe politische Kompetenz zusprechen und die erhebliche Zweifel an der Responsivität politischer Eliten äußern. Wie die Gretchenfrage der Demokratie von den Thüringern beantwortet wird, hängt demnach von ganz unterschiedlichen Bestimmungsfaktoren ab.

Die Bewertungen der demokratischen Idee, des demokratischen Regimes und der demokratischen Performanz nehmen zwar einen hervorgehobenen Platz bei der Bestimmung der Demokratieunterstützung ein, sie stellen aber nur eine Auswahl der üblicherweise verwendeten Messinstrumentarien dar. Die hier verwendeten Indikatoren erfassen zumindest zwei wichtige Aspekte der Einstellungen zur Demokratie nicht: das Vertrauen in wichtige Institutionen und in das politische Führungspersonal. Namentlich das Institutionenvertrauen als eine Variante des politischen Vertrauens gilt, da es jedenfalls dem Konzept nach auf die Rolle und nicht auf den konkreten Amtsinhaber bezogen ist, als ein weiterer aussagekräftiger Indikator für die Akzeptanz eines demokratischen Systems. Ob das Institutionenvertrauen dabei eher der diffusen oder eher der spezifischen Systemunterstützung zuzuordnen ist, oder es womöglich beide Aspekte umfasst, gilt als umstritten (Walter-Rogg 2005: 133-135). Empirische Befunde sprechen dafür, dass die Art der zum Ausdruck kommenden Unterstützung in erheblichem Maße von den Institutionen abhängig ist, auf die sich das Vertrauen richtet. Im Ebenenmodell von Fuchs wird das Institutionenvertrauen daher entweder auf der Ebene des Regimes oder

14 Der Autoritarismus ist wie bei allen früheren Thüringen-Monitoren als Summenindex gebildet worden, der auf den Aussagen „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ und „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ basiert. Befragte, die beiden Aussagen zustimmen, gelten als autoritär, Befragte mit doppelter Ablehnung werden als Nicht-Autoritäre betrachtet, die Übrigen bilden eine Mittelgruppe. Im Jahr 2007 ist der Anteil der Autoritären gegenüber früheren Jahren deutlich gesunken.

auf der Ebene der Performanz oder auf beiden dieser Ebenen zu verorten sein (für eine entsprechende Diskussion vgl. Edinger/Hallermann 2004: 84-86).

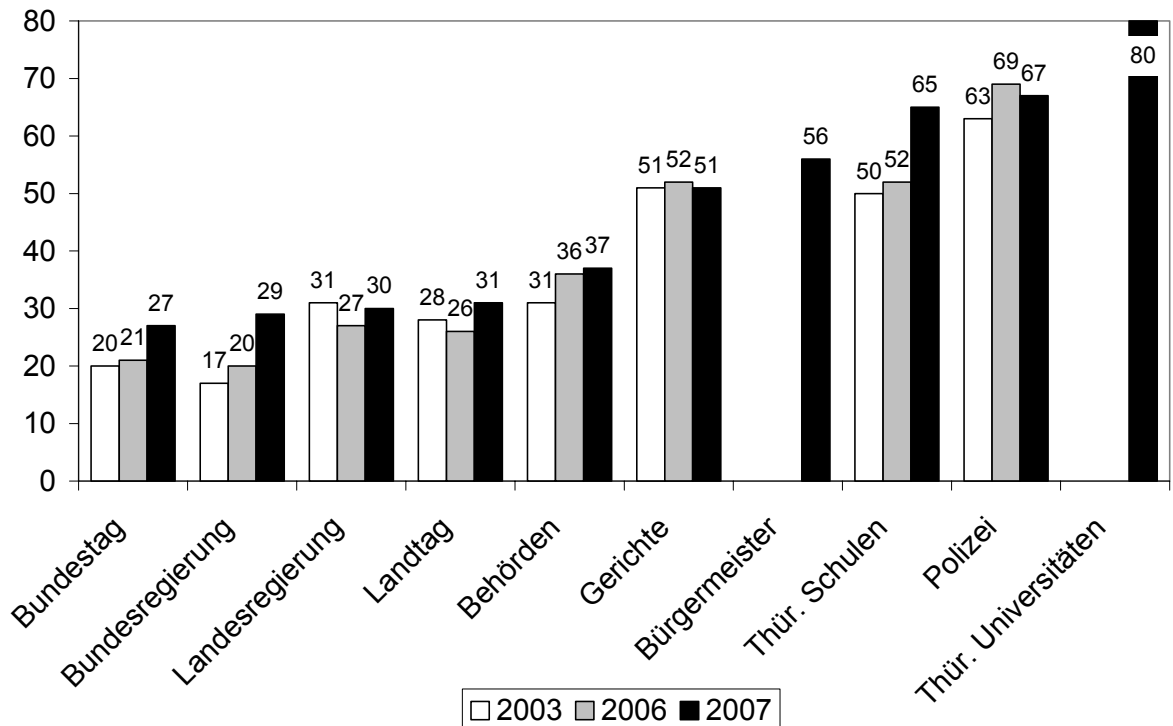
Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS ist diesen Überlegungen dadurch Rechnung getragen worden, dass zwischen dem Vertrauen in politiknahe Institutionen (Landesregierung und Bundesregierung) und in politikferne Institutionen (Gerichte und Polizei) differenziert worden ist. Dem entspricht in der Literatur die Unterscheidung zwischen parteienstaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen (Gabriel 1999) bzw. zwischen Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen. Gemeinhin wird den politikfernen oder rechtsstaatlichen Institutionen ein ungleich höheres Vertrauen entgegengebracht als den politiknahen, da letztere parteienstaatlich geprägt sind und daher mit Parteienhader und Konflikten in Verbindung gebracht werden (zu problematischen Implikationen vgl. Patzelt 2005).

Dieses generelle Einstellungsmuster bestätigt sich für Thüringen auch im Jahr 2007: Hohe Vertrauenswerte weisen ausschließlich die politikfernen Institutionen auf (vgl. für Deutschland entsprechend Walter-Rogg 2005; für europäische Vergleichswerte Gabriel/Zmerli 2006). Dies gilt zum einen für die mit judikativen bzw. Durchführungsaufgaben betrauten Institutionen der Gerichte und der Polizei, zum anderen für die im Rahmen des aktuellen Schwerpunktthemas zusätzlich erhobenen Thüringer Bildungsinstitutionen, also für Schulen und Universitäten. Allen diesen Institutionen vertrauen mindestens 50 Prozent, im Fall der Universitäten sogar nicht weniger als 80 Prozent der Befragten weitgehend oder „voll und ganz“. Im Gegensatz dazu wird keiner der vier parteienstaatlichen Institutionen von mehr als einem Drittel der Thüringer in dieser Weise vertraut – und dies unabhängig davon, ob es sich um Landes- oder Bundeseinrichtungen handelt (Abb. 30).

Zwei Institutionen setzen sich von diesem klaren Muster ab und nehmen insofern eine Sonderstellung ein: die Behörden und die (Ober-)Bürgermeister. Die Behörden als die klassischen Implementationsinstitutionen erfreuen sich nur eines vergleichsweise geringen Vertrauens, das aber immer noch etwas stärker ausgebildet ist als im Fall der politiknahen Institutionen. Der Grund für ihre im Vergleich zu den übrigen politikfernen Einrichtungen niedrigen Vertrauenswerte dürfte einerseits in womöglich negativen Erfahrungen liegen, die Bürger beim Kontakt mit Behörden gemacht haben. Andererseits könnte dafür die traditionell wenig vorteilhafte Reputation von Behörden als bürokratisch und wenig effizient maßgeblich sein.

Für die (Ober-)Bürgermeister gilt das Gegenteil: Obwohl die meisten von ihnen ein Parteibuch haben, werden sie nicht in gleichem Maße wie die Parlamente und Regierungen als politische Institutionen wahrgenommen. Hinzu kommt, dass ein Urteil über das Amt im Fall der (Ober-)Bürgermeister kaum von der Bewertung des konkreten Amtsinhabers zu trennen ist. Mithin wird hier womöglich weniger das Vertrauen in eine Institution gemessen als das Vertrauen gegenüber der konkreten Person, die das Amt aktuell ausübt. Gleichwohl ist es aufschlussreich, dass den Spitzen der lokalen Exekutiven offenbar deutlich mehr Vertrauen entgegengebracht wird als den Regierungsinstitutionen des Landes und des Bundes. Dieser Befund variiert auch nicht mit der Gemeindegröße: Beträchtliches Vertrauen genießen sowohl die ehrenamtlichen Bürgermeister kleiner Gemeinden wie auch die Oberbürgermeister der wenigen größeren Städte.

Abb. 30: *Vertrauen in ausgewählte Institutionen: 2003, 2006 und 2007 (in Prozent)*



Vergleicht man die Entwicklung des Vertrauens im Zeitverlauf – für acht Einrichtungen gibt es zumindest drei Erhebungszeitpunkte: 2003, 2006 und 2007 –, so sind für die politiknahen Institutionen tendenziell leichte Zuwächse zu vermerken. Generell erfreuen sich darunter, wie schon in den vorausgegangenen Jahren, die Einrichtungen des Landes minimal größeren Vertrauens als die des Bundes. Gleichwohl hat vor allem die Bundesregierung im Vergleich zu den vorausgehenden Jahren an Vertrauen gewonnen. Die Werte der politikfernen Institutionen zeichnen sich durch eine enorm hohe Kontinuität vor allem im Vergleich zum Vorjahr aus (vgl. auch TM 2006: 41). Die einzige deutliche Veränderung ergibt sich bei den Thüringer Schulen: Sie verbuchen gegenüber 2006 einen massiven Vertrauensschub (Abb. 30), wie ihn einige Jahre zuvor bereits die Gerichte und die Polizei erfuhren. Es ist zu vermuten, dass die starke Akzentuierung der Bildungspolitik in dieser Weise Wirkung zeigt: Unabhängig davon, wie einzelne bildungspolitische Maßnahmen oder Vorhaben bewertet werden, stärken bereits die verschiedenen auf diesem Politikfeld ergriffenen Initiativen per se das Vertrauen in die Schulen.

Untereinander stehen vor allem die Vertrauenswerte der politiknahen Institutionen in einem extrem starken Zusammenhang (Pearson's r zwischen .61 und .78). Demnach gilt, dass das Vertrauen in *eine* parteienstaatliche Institution mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auch das Vertrauen in weitere bedeutet. Für die politikfernen Institutionen und für die beiden Bildungsinstitutionen sind die Zusammenhänge zwar noch stark, aber deutlich schwächer. Für die Behörden gilt, dass sie mit den parteienstaatlichen Institutionen in einem engeren Zusammenhang stehen als mit Gerichten und der Polizei. Auch daran kommt ihre bereits erwähnte Sonderstellung zum Ausdruck.

Bildet man nun aus den Werten des jeweils in die Landes- und die Bundesregierung gesetzten Vertrauens einen Summenindex des Vertrauens in politiknahe Institutionen und entsprechend

für die Gerichte und die Polizei einen Index des Vertrauens in politikferne Einrichtungen, so lassen sich die Entwicklungen seit 2000 gut verfolgen.¹⁵ Das Vertrauen in die politikfernen Einrichtungen ist dabei zunächst kontinuierlich von 51 Prozent anno 2000 auf 79 Prozent im Jahr 2004 angestiegen – eine ebensolche Entwicklung dokumentieren für Ostdeutschland insgesamt die Daten des Eurobarometers (Höhne 2006: 113) – und ist seitdem um zehn Prozentpunkte gefallen. Die Vertrauenswerte der parteienstaatlichen Institutionen sind nicht linear verlaufen, sondern folgen ab dem Jahr 2000 zunächst einer Wellenbewegung, um 2005 ihren bisherigen Tiefpunkt und 2007 ihren Höchststand zu erreichen. Auch wenn sich die Vertrauenswerte beider Institutionentypen in den vergangenen Jahren wieder angenähert haben, ist die Kluft zwischen beiden doch auch 2007 beträchtlich: Während nur 37 Prozent der Thüringer den politiknahen Institutionen größeres Vertrauen entgegenbringen, sind es bei den politikfernen mehr als zwei Drittel. Insgesamt hat sich im Zeitverlauf von 2000 bis 2007 kein Vertrauensverlust vollzogen: Die Werte für die politiknahen Einrichtungen haben sich nur zwischenzeitlich verschlechtert; die politikfernen Einrichtungen haben im Gesamttrend an Vertrauen gewonnen.

Wie hängen im Jahr 2007 die Vertrauenswerte der einzelnen Institutionen miteinander zusammen? Lassen sich dabei über die enge Verkopplung der parteienstaatlichen Institutionen hinaus Strukturmuster ermitteln? Im Rahmen einer so genannten explorativen Faktorenanalyse ist dieser Frage nachgegangen worden. Berücksichtigt man alle erhobenen Institutionen, so lassen sich zwei Hintergrundfaktoren ermitteln: Der erste ist erwartungsgemäß das Vertrauen in politiknahe Einrichtungen, der zweite Faktor wird von den Bildungsinstitutionen gebildet. Die politikfernen Institutionen bilden keinen eigenen Faktor, lassen sich aber auch den beiden anderen Faktoren vielfach nicht klar zuordnen. Die Indizes des Vertrauens in politiknahe, politikferne und Bildungsinstitutionen hängen deutlich zusammen, allerdings besteht nur zwischen den parteienstaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen ein sehr starker Zusammenhang (Pearson's $r = .43$). Im Ergebnis zeigt sich unter Ausklammerung von Schulen und Universitäten eine starke Verknüpfung zwischen den einzelnen Institutionen.

Ungeklärt ist allerdings noch, ob und wie eng das Institutionenvertrauen mit den drei Objekten der Demokratieunterstützung verknüpft ist. Erwartungsgemäß hängen die demokratiebezogenen Einstellungen nicht mit dem Vertrauen in die Bildungsinstitutionen zusammen. Auch die Zusammenhänge mit dem Vertrauen in die (Ober-)Bürgermeister ist nur schwach bis allenfalls mittelstark. Ein anderes Bild ergibt sich für die politikfernen Institutionen und die gesondert untersuchten Behörden: Sie stehen jeweils in enger Verbindung mit der Demokratiezufriedenheit und der Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung. Sehr starke Zusammenhänge ergeben sich erwartungsgemäß für die parteienstaatlichen Institutionen, allerdings auch in diesen Fällen lediglich mit der Demokratiezufriedenheit und der Unterstützung des politischen Systems, so wie es in der Verfassung verankert ist. Ganz im Sinne der eingangs formulierten Annahmen hängt das Institutionenvertrauen – das Vertrauen in die parteienstaatlichen Einrichtungen mehr als das in die rechtsstaatlichen – eng mit den Ebenen der demokratischen Struktur und Performanz zusammen, aber nur schwach bis mittelstark mit der Demokratieunterstützung auf der Werteebene. Dessen ungeachtet ergibt eine Faktorenanalyse, dass die einzelnen Indikatoren der Demokratieunterstützung und die beiden Facetten des Institutionenvertrauens auf einen gemeinsamen Hintergrundfaktor zurückzuführen sind. Mit anderen Worten: Gemeinsam bilden sie das Einstellungssyndrom der Demokratieunterstützung.

15 Ein niedriges Institutionenvertrauen wird jeweils bei Werten zwischen 2 und 6, ein hohes bei Werten zwischen 7 und 10 angenommen.

Abschließend sollen hier noch kurz die Determinanten des Institutionenvertrauens in den Blick genommen werden. Woher kommt es, dass den Institutionen Vertrauen entgegengebracht wird? Sind es dieselben Bestimmungsfaktoren, die das Vertrauen in parteienstaatliche/politiknahe, rechtsstaatliche/politikferne und Bildungsinstitutionen erklären? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten bestehen mit den Erklärungsmustern der Demokratieunterstützung? Zu diesem Zweck ist eine Regressionsanalyse durchgeführt worden, die es erlaubt, den eigenständigen Einfluss einzelner Bestimmungsfaktoren unter Kontrolle der zwischen diesen bestehenden Wechselbeziehungen zu ermitteln.

In die Analyse einbezogen wurden als mögliche Determinanten neben den üblichen sozialstrukturellen Faktoren die sozioökonomische Lage der Befragten, ihre Gerechtigkeitswahrnehmungen, ihre Wertorientierungen sowie ihre generelle Haltung zur Politik. Die den jeweiligen Faktorenbündeln zugeordneten Variablen sind der ersten Spalte in Tabelle 2 zu entnehmen. Beim Vertrauen in die Bildungsinstitutionen (Thüringer Schulen und Universitäten) wurde statt des politischen Interesses das bildungspolitische Interesse berücksichtigt; außerdem fand das Ranking der Bildungsziele Eingang in das Erklärungsmodell. Ein erster Blick auf die eigenständige Erklärungskraft der einzelnen Faktoren, wie sie sich in den Beta-Koeffizienten ausdrückt, zeigt, dass jeweils nur wenige von ihnen einen signifikanten Beitrag zur Erklärung leisten. Je nach Art des Institutionenvertrauens variiert die Erklärungsstärke deutlich: Beim Vertrauen in die politiknahen Institutionen (Bundesregierung, Landesregierung) wird insgesamt ein gutes Viertel der Varianz (28 %) aufgeklärt und damit eine beachtliche Erklärungsleistung erbracht (Tab. 2). Für das Vertrauen in die politikfernen Institutionen gilt dies mit 13 Prozent schon nicht mehr und bei den Bildungsinstitutionen kann gerade einmal ein Zehntel der Varianz aufgeklärt werden. Die Varianzaufklärung steigt bei jeder der drei Formen des Institutionenvertrauens erheblich, wenn die jeweiligen beiden anderen Formen in das Erklärungsmodell integriert werden. Die multivariate Analyse unterstreicht also die deutlichen Wechselwirkungen, die zwischen dem Vertrauen in politikferne, in politiknahe und in Bildungsinstitutionen bestehen.

Bleiben diese „internen“ Effekte des Institutionenvertrauens jedoch unberücksichtigt, dann weisen das Vertrauen in die parteienstaatlichen und das Vertrauen in die politikfernen Institutionen drei gemeinsame Bestimmungsfaktoren auf: die Bewertung der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, die Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage in Thüringen und die Einschätzung der Responsivität der politischen Eliten. Während der zuletzt genannte Einfluss kaum überraschen kann – die vermutete Responsivität ist letztlich eine Variante des Elitenvertrauens –, so sind die anderen Effekte durchaus bemerkenswert. In beiden Fällen handelt es sich um Faktoren, die nicht die unmittelbare Lebenssituation der Befragten reflektieren, sondern deren Wahrnehmungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Insbesondere die Wahrnehmung fehlender Gerechtigkeit als jeweils stärkster Erklärungsfaktor ist demnach geeignet, das Vertrauen in die Institutionen zu erschüttern. Zur besseren Varianzaufklärung des Vertrauens in Landes- und Bundesregierung tragen zwei weitere Faktoren bei: das Alter und die Höherbewertung der Freiheit gegenüber der Gleichheit.

Tab. 2: *Determinanten des Vertrauens in politiknahe, politikferne und Bildungsinstitutionen*
(Betakoeffizienten; Einträge nur bei signifikanten Zusammenhängen ab $p < 0.01$)

	Politiknahe Institutionen (Bundesregierung Landesregierung)	Politikferne Institutionen (Gerichte und Polizei)	Bildungsinstitutionen in Thür. (Schulen und Universitäten)
Sozialstrukturelle Faktoren			
Alter	.16		.17
Bildung			-.12
Geschlecht (männlich)			
Sozioökonomische Faktoren			
Wirtschaftslage Thüringens	.22	.13	.15
Eigene finanzielle Lage			
Abstiegsängste			
Gerechtigkeitswahrnehmung			
Gerechter Anteil			
Gerechte Gesellschaft	.26	.23	.16
Wertorientierungen			
Freiheit vor Gleichheit	.09		
Autoritarismus (Bildungsziel: Persönlichk.)			
Haltung zur Politik (Bildungs-)polit. Interesse			
Politische Kompetenz			
Wahrgen. Responsivität	.22	.11	
Aufgeklärte Varianz	28,0 %	13,4 %	9,5 %

Die Wahrnehmung der Gesellschaft ist nicht nur für die Bewertung der Regierungen, Polizei und Gerichte zentral, sondern überraschenderweise auch für die der Thüringer Bildungsinstitutionen (Schulen und Universitäten). Allerdings treten mit dem Alter und dem formalen Bildungsstand sozialstrukturelle Determinanten hinzu, während politische Einstellungen ohne Bedeutung sind. Der Zusammenhang mit der Bildung ist dabei negativ, das heißt mit steigendem Bildungsniveau sinkt das Vertrauen. Dieses Vertrauen in die Bildungsinstitutionen weist insofern ein besonderes, von den parteienstaatlichen und politikfernen Institutionen etwas abweichendes Erklärungsmuster auf. Allerdings ist zu betonen, dass selbst alle in Tabelle 2 ausgewiesenen Einflussfaktoren zusammen nicht in der Lage sind, diese Form des Institutionenvertrauens befriedigend zu erklären.

In seinen Determinanten ähnelt das Vertrauen in parteien- wie rechtsstaatliche Institutionen der Demokratiezufriedenheit. Es sind jeweils dieselben Einflussfaktoren, die wesentlich zur Varianzaufklärung beitragen. Die Ähnlichkeit in der Struktur dieser Einstellungen spricht maßgeblich dafür, das Institutionenvertrauen auf der Performanzebene der Demokratieunterstützung anzusiedeln. Entsprechend deutlich unterscheiden sich die Determinanten des Institutionenvertrauens von denen der Unterstützung demokratischer Werte, für die etwa das politische Interesse und das Primat der Freiheit gegenüber der Gleichheit wichtige Bestimmungsfaktoren sind.

Insgesamt ergibt sich auch im Jahr 2007 ein differenziertes Bild der Demokratieunterstützung und des Institutionenvertrauens in Thüringen. Je allgemeiner und parteienferner das Einstellungsobjekt, desto größer fällt die Zustimmung aus. Die demokratische Werteordnung ist in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert, das Vertrauen in die rechtsstaatlichen Institutionen bewegt sich auf hohem Niveau und die zufriedenen Demokraten sind auf dem Vormarsch. Getrübt wird das gegenüber 2006 freundlichere Bild durch die weiterhin große, wenngleich etwas rückläufige Skepsis gegenüber den parteistaatlichen Institutionen und den politischen Eliten. Die bisherige Analyse der Demokratieunterstützung bliebe unvollständig, würden nicht auch diejenigen Einstellungen der Thüringer in den Blick genommen, die sich auf etwaige Systemalternativen bzw. ihre weltanschaulichen Grundlagen beziehen. Es gilt mithin, neben der positiven Konsolidierung auch die negative Konsolidierung (zur Begrifflichkeit Pridham 1995), also die Ablehnung demokratiefeindlicher Positionen zu untersuchen.

3. Zwei Seiten der Systemkritik: DDR-Nostalgie und Rechtsextremismus

Wenn sich Befragte kritisch zur Demokratie und ihren Institutionen äußern, müssen sie deswegen noch keine alternativen Ordnungsentwürfe unterstützen. Häufig gehen mangelnde Demokratieunterstützung und starke Kritik am demokratischen System aber mit einer Sympathie für demokratiefeindliche Ideologien oder politische Konzepte einher. Für die neuen Länder sind insbesondere zwei Varianten der Systemkritik zu analysieren: einerseits die DDR-Nostalgie als eine auf den untergegangenen „Arbeiter- und Bauernstaat“ bezogene und vergangenheitsorientierte Ordnungspräferenz, andererseits der Rechtsextremismus als eine aus dem Geiste einer Ideologie der Ungleichwertigkeit geborene Gegenkonzeption zum demokratischen Verfassungsstaat. Beide Seiten der Systemkritik stellen nicht notwendig gleichermaßen akute Herausforderungen für die demokratische Ordnung und deren gesellschaftliche Akzeptanz dar, sie sind aber beide von großer Relevanz. Beim Rechtsextremismus ergibt sich diese Relevanz aus dem weit überproportionalen Ausmaß entsprechender motivierter Straf- und Gewalttaten in Thüringen wie im übrigen Ostdeutschland und zuletzt auch aus den Wahlerfolgen von NPD und DVU. Die DDR-Nostalgie ist insofern relevant, als sie auf mögliche Prägungen politischer Einstellungen im SED-Staat verweist.

3.1. DDR-Nostalgie: Wirkmächtige Vergangenheit?

Gerade im Kontext der Forschungen zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland und zur so genannten inneren Einheit ist die Verbundenheit mit der untergegangenen DDR immer wieder als ein Hindernis für die Entwicklung einer genuin demokratischen politischen Kultur in den neuen Ländern betrachtet worden (vgl. überblicksartig Neller 2006: 91-94). Auch für Thüringen im Besonderen konnte in den vergangenen Jahren ein relativ positives DDR-Bild ermittelt werden, das allerdings nicht notwendig als eine Befürwortung des damaligen politischen Systems zu interpretieren ist, sondern sich maßgeblich der wohlfahrtsstaatlichen Grundsicherung in der DDR und dem geringeren Ausmaß ökonomischer und gesellschaftlicher Risiken verdankte.

Es ist vor diesem Hintergrund interessant, die retrospektiven Wahrnehmungen der DDR und weitere DDR-affine Einstellungen in Thüringen auch im Hinblick auf ihren Zusammenhang mit der Demokratiebewertung zu analysieren. Drei Fragen leiten dabei die Analyse: Zu untersuchen ist (a) wie die DDR von den Thüringern bewertet wird, welche Struktur die entsprechenden Einstellungen aufweisen und wie sie sich im Zeitverlauf entwickelt haben. Daran

schließt sich (b) die Auseinandersetzung mit der Relevanz DDR-freundlicher Orientierungen bzw. der DDR-Nostalgie für andere politische Einstellungen an. Im Einzelnen wird nach den Zusammenhängen mit der Bewertung der deutschen Einheit, der Demokratieunterstützung und der politischen Partizipation gefragt. Schließlich wird mit Blick auf den diesjährigen Schwerpunktteil des THÜRINGEN-MONITORS (c) die Bedeutung DDR-bezogener Einstellungen für die Wahrnehmung der DDR als Gegenstand des Schulunterrichts analysiert

(a) Wie schon in den vorausgegangenen Jahren sind die Einstellungen zur DDR anhand von drei Aussagen erhoben worden. Das Statement „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ bezieht sich auf das gesamte Leben unter dem früheren Regime und nennt die DDR explizit, während die Aussagen über die gewünschte Rückkehr zur sozialistischen Ordnung und zur Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsbetriebe nur implizit auf den „Sozialismus in den Farben der DDR“ abheben, dafür aber klar auf ideologische Aspekte bezogen sind. Zusammengenommen werden damit zentrale Aspekte des retrospektiven DDR-Bilds – vom Leben unter dem alten Regime über die politische Ordnung bis zum Wirtschaftssystem – erfasst.

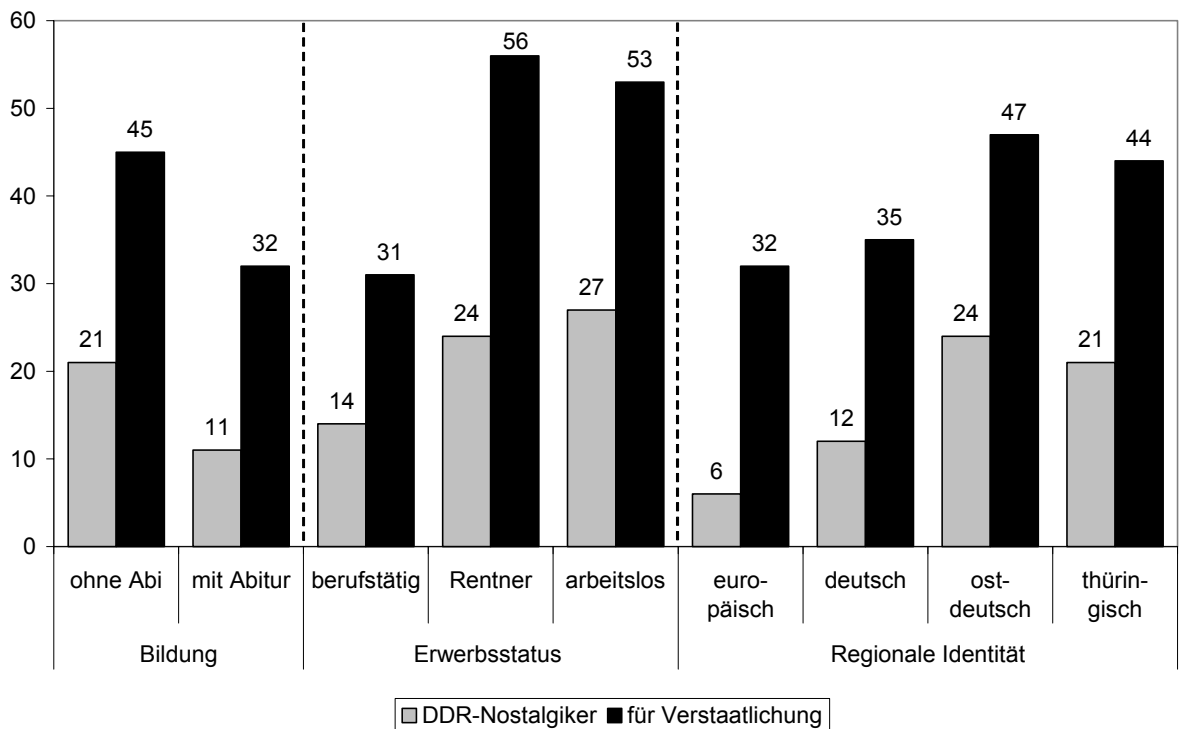
Die generelle Bewertung der DDR spaltet die Thüringer weiterhin in zwei annähernd gleich große Gruppen: Gut die Hälfte attestiert der DDR mehr positive als negative Seiten, 48 Prozent bestreiten dies. Im Zeitverlauf haben sich die Kräfteverhältnisse nur geringfügig verschoben. Bis einschließlich 2006 fand sich eine solche Kontinuität auch bei der gewünschten Rückkehr zur sozialistischen Ordnung: Durchweg ein knappes Viertel der Befragten brachte damit seine Präferenz für den „Sozialismus in den Farben der DDR“ zum Ausdruck. Im Jahr 2007 ist die Zustimmung zu der entsprechenden Aussage auf 17 Prozent gesunken. Damit ist die Zustimmung nicht nur im Zeitverlauf gesunken, sondern sie liegt auch unter dem etwa zeitgleich gemessenen Wert in Sachsen-Anhalt (21 %). Deutlich größeren Anklang findet ein tragender Pfeiler des DDR-Wirtschaftssystems: die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftsunternehmen. Wie schon 2006 wird eine solche radikale Forderung von etwa 40 Prozent der Thüringer (und einem etwa gleichen Anteil von Sachsen-Anhaltern) unterstützt – ein deutlicher Hinweis auf die fortbestehenden Vorbehalte gegenüber einer marktwirtschaftlichen Ordnung (nicht nur) im Freistaat.

Die Haltung zur Verstaatlichung hängt zwar mit den beiden anderen auf die DDR bezogenen Einstellungen höchst signifikant zusammen, der Zusammenhang ist aber nicht sehr stark (Pearson's $r = .26$). Hingegen sind das allgemeine DDR-Bild und der Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung eng miteinander verknüpft (Pearson's $r = .38$). Dieser enge Zusammenhang zwischen beiden Aussagen erlaubt die Bildung eines Summenindexes der DDR-Affinität (mit Punktwerten zwischen 2 und 8), wie sie bereits in den Jahren 2003 bis 2006 erfolgt ist. Als DDR-Nostalgiker gelten dabei diejenigen, die auf dem Index mindestens sechs Punkte erreichen. Danach variierte der Anteil der DDR-Nostalgiker in den zurückliegenden Jahren zwischen 24 und 27 Prozent. Im Jahr 2007 ist er deutlich auf 17 Prozent gesunken, was ausschließlich an der geringeren Attraktivität der Rückkehr zur sozialistischen Ordnung liegt.

Erwartungsgemäß finden sich DDR-freundliche Orientierungen eher bei den höheren Alterskohorten, die den größten Teil ihres Lebens in der DDR verbracht haben. Besonders deutlich ist dies bei der Unterstützung für die Verstaatlichung von wichtigen Wirtschaftsunternehmen ausgeprägt. Die Zustimmung steigt mit dem Alter linear an und in der ältesten Kohorte wird die Forderung von einer deutlichen Mehrheit unterstützt. Deutliche Unterschiede finden sich auch zwischen den Bildungsgruppen: Befragte mit Abitur stehen der Verstaatlichung bei weitem kritischer gegenüber als diejenigen ohne Abitur; der Anteil der DDR-Nostalgiker ist unter den letzteren doppelt so hoch (Abb. 31). Der Bildungsstand dürfte dabei vor allem als

Indikator der Chancenstrukturen in der gegenwärtigen Gesellschaft zu interpretieren sein: Wer gute Perspektiven hat, gerät kaum in die Versuchung, die DDR rückblickend zu „verklären“. Für Arbeitslose, denen ein zentraler Integrationsmechanismus der Gesellschaft – die Integration über den Arbeitsmarkt – nicht zur Verfügung steht, neigen entsprechend stärker DDR-freundlichen Positionen zu. Mehr als ein Viertel von ihnen ist zu den Nostalgikern zu rechnen, während es unter den Berufstätigen gerade einmal 14 Prozent sind. Auch zwischen den einzelnen Identitätsgruppen finden sich Unterschiede: DDR-freundliche Positionen sind vor allem unter den „Ostdeutschen“ verbreitet, während sie bei den „Europäern“ die geringste Unterstützung finden (Abb. 31).

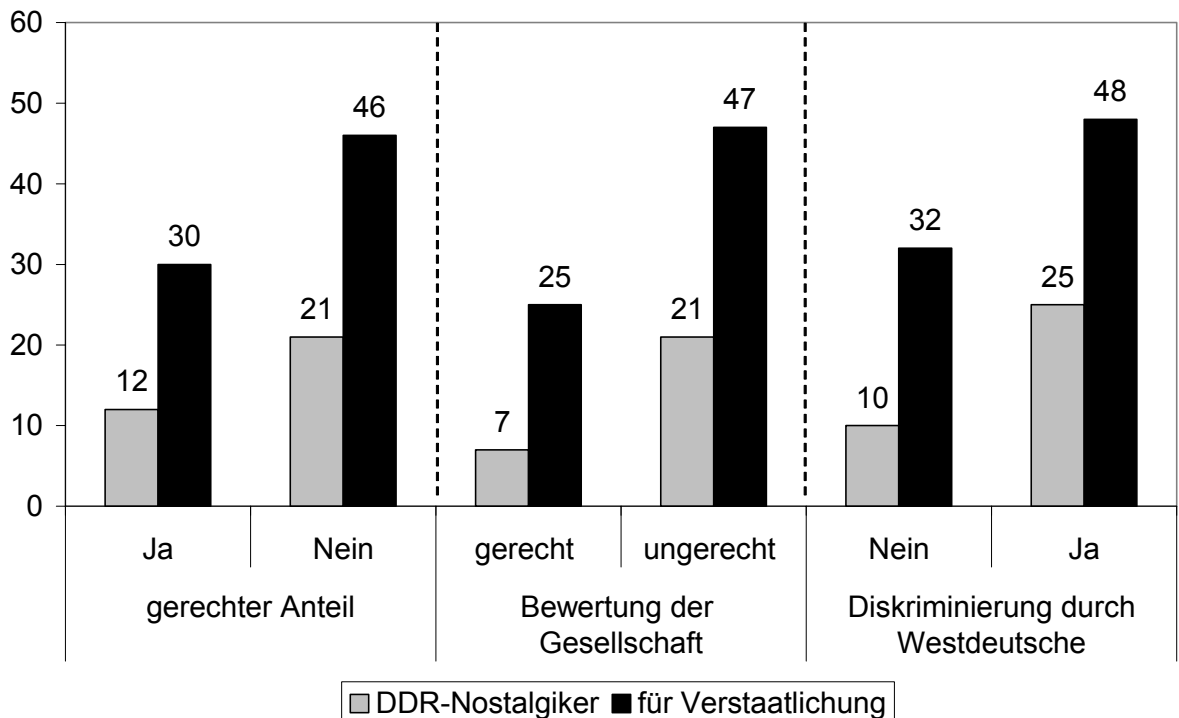
Abb. 31: *DDR-Nostalgie und Forderung nach Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen nach Bildung, Erwerbsstatus und regionaler Identität (in Prozent)*



Offensichtlich speisen sich DDR-Nostalgie und die Nähe zu ideologischen Maximen des real existierenden Sozialismus nicht nur aus der langjährigen Sozialisation im alten Regime, sondern auch aus den aktuellen Lebensbedingungen der Befragten, speziell aus einer schwachen Ressourcenausstattung. Dafür sprechen nicht nur die Wirkungen des Bildungsniveaus und der Erwerbstätigkeit, sondern auch der entsprechende (negative) Zusammenhang der DDR-freundlichen Einstellungen mit etwa dem Haushaltsnettoeinkommen der Befragten. Auch die mit einer schwachen Ressourcenausstattung in aller Regel verbundenen Ängste und Diskriminierungsempfindungen begünstigen die DDR-Affinität erheblich. Unter den Befragten, die befürchten, im Zuge der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung auf die Verliererseite zu geraten, finden sich beispielsweise mit 27 Prozent mehr als dreimal so viele DDR-Nostalgiker wie unter denjenigen, die von keinen solchen Abstiegsängsten geplagt sind.

Ähnlich deutliche Effekte gehen von all jenen Einstellungen aus, die auf eine wahrgenommene „Gerechtigkeitslücke“ schließen lassen. Wie Abbildung 32 illustriert, bringt insbesondere die Wahrnehmung der Gesellschaft als ungerecht gravierende Unterschiede in der Nähe zur DDR mit sich. Damit bestätigt sich die schon für die Demokratieunterstützung und das Institutionenvertrauen berichtete besondere Bedeutung dieser Gerechtigkeitswahrnehmung für viele im weitesten Sinne demokratiebezogene Einstellungen. Der Anteil an DDR-Nostalgikern und an Befürwortern einer Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsbetriebe steigt darüber hinaus beträchtlich, je mehr sich die Befragten um ihren gerechten Anteil gebracht sehen – eine „klassischer“ Indikator für relative Deprivation – und je stärker sie eine Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche – ein spezifisch ostdeutsches Benachteiligungsgefühl – wahrnehmen (Abb. 32). Letztere Perzeption ist bemerkenswerterweise gerade in der jüngsten Altersgruppe besonders verbreitet.

Abb. 32: *DDR-Nostalgie und Forderung nach gerechtem Anteil, Wahrnehmung der Gesellschaft und empfundener Diskriminierung durch Westdeutsche (in Prozent)*



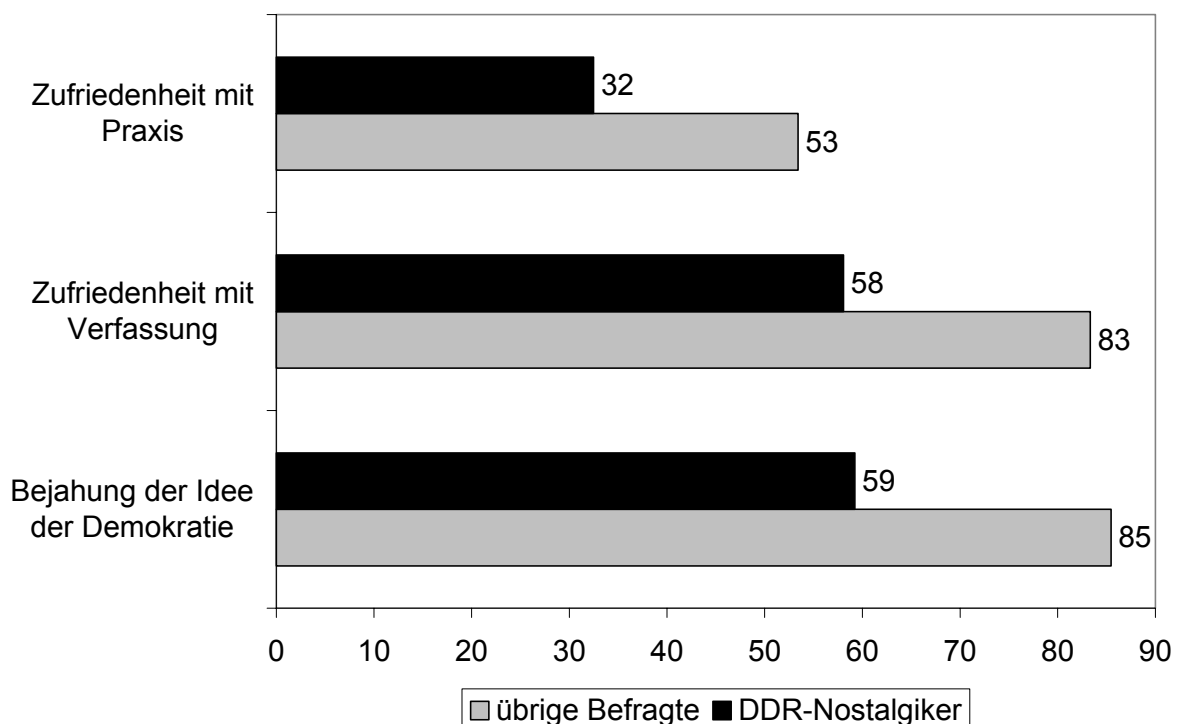
So bedeutsam diese eher situativen Bestimmungsgründe sind, so überraschend wäre es, würde die DDR-Nostalgie allein darin begründet liegen. Zu vermuten ist vielmehr, dass sich auch politische Grundorientierungen und persönlichkeitsnahe Faktoren auf die DDR-bezogenen Einstellungen auswirken. Entgegen dieser Annahme ist die Positionierung der Befragten auf der Links-Rechts-Skala nur von geringer Bedeutung für die DDR-Bewertung. Lediglich die Befragten mit ausgeprägt linkem Selbstverständnis fallen durch überdurchschnittlich freundliche Urteile über das alte Regime und seine ideologischen Fundamente auf. Gleiches gilt für diejenigen Befragten, die der Gleichheit Vorrang vor der Freiheit einräumen. Ausgeprägt DDR-nostalgisch (34 %) präsentiert sich allerdings die Anhängerschaft der Partei „Die Linke“, während die Anhänger von Union und SPD jeweils eine ausgeprägte Distanz zum

alten Regime erkennen lassen (Anteil der DDR-Nostalgiker: 11 bzw. 10 %). Erheblich begünstigt werden DDR-Nostalgie und die Forderung nach Verstaatlichung schließlich durch autoritäre Einstellungen und durch Anomie-Empfinden.

(b) Neben der Verbreitung und den Bedingungsfaktoren DDR-affiner Einstellungen interessiert vor allem, wie diese mit anderen zentralen Merkmalen der politischen Kultur in Verbindung stehen. Eine Analyse solcher Zusammenhänge verspricht Aufschluss darüber, inwiefern die DDR-Wahrnehmung und -Bewertung fast zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall noch gesellschaftlich relevant, womöglich sogar prägend für die politische Kultur in Thüringen ist. Zu diesem Zweck wird hier untersucht, ob Zusammenhänge zwischen der DDR-Nostalgie und der Forderung nach Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen einerseits und den Urteilen über die deutsche Einheit und der Demokratieunterstützung andererseits bestehen.

Für die Bewertung der deutschen Vereinigung sind die Befragten gebeten worden anzugeben, ob die Einheit einerseits für Ostdeutschland, andererseits für sie persönlich eher Vorteile oder eher Nachteile gehabt hat. In beiden Fällen sieht eine deutliche Mehrheit der Thüringer mehr Vorteile. Die persönliche Bilanz der Einheit fällt wie in Sachsen-Anhalt (Fürnberg/Holtmann/Jaek 2007: 55-57) noch ein wenig positiver aus als die für Ostdeutschland. Damit wiederholt sich die schon aus der Wahrnehmung der eigenen finanziellen Lage im Vergleich zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage bekannte günstigere Einschätzung der persönlichen Situation. Beide Bilanzen der deutschen Einheit hängen stark mit der DDR-Nostalgie zusammen. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass Befragte, die die Einheit negativ bewerten, die DDR in einem besonders freundlichen Licht wahrnehmen, ohne dass sie sich aber deswegen mehrheitlich die sozialistische Ordnung zurückwünschten.

Abb. 33: *Demokratieunterstützung nach DDR-Nostalgie*
(in Prozent)



Abseits der erwartbaren Zusammenhänge mit der Einheitsbewertung hat sich die DDR-Nostalgie bei den früheren Untersuchungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS als ein wichtiger Bestimmungsfaktor demokratieskeptischer oder gar -feindlicher Orientierungen erwiesen (vgl. TM 2006: 65f.). Lassen sich derartige Effekte auch im Jahr 2007 beobachten? Wie eine Analyse der Zusammenhangsmaße zeigt, hängt die Forderung nach der Verstaatlichung von Unternehmen zwar signifikant, aber nicht sonderlich stark mit den einzelnen Einstellungsobjekten der Demokratieunterstützung zusammen. Ein ganz anderes Bild ergibt sich für die Effekte der DDR-Nostalgie: Wie in Abbildung 33 zu erkennen ist, bekunden die DDR-Nostalgiker auf allen Ebenen eine größere Distanz zur Demokratie als die Kontrastgruppe. Sowohl die Idee der Demokratie als auch die Verfassungsordnung werden nur von knapp 60 Prozent der Befragten mit DDR-affinen Positionen unterstützt; bei den übrigen Befragten liegt die Zustimmung jeweils über 80 Prozent. Zufrieden mit der Demokratie in der Praxis zeigt sich nur jeder dritte DDR-Nostalgiker, in der Kontrastgruppe ist es mehr als die Hälfte.

(c) Abschließend soll hier vor dem Hintergrund des bildungspolitischen Schwerpunkts des THÜRINGEN-MONITORS 2007 noch ein Blick auf den Zusammenhang der DDR-Nostalgie mit der Wahrnehmung der DDR als Gegenstand des schulischen Unterrichts geworfen werden. Dabei ist daran zu erinnern, dass diese Fragen nur an Befragte bis 30 Jahren bzw. an Eltern von Schulkindern gerichtet wurden. Wenn manche dieser Befragten ein nostalgisches Bild der DDR haben, dann kann dieses schon aus Altersgründen kaum in realen Erfahrungen mit dem alten Regime begründet liegen. Zu fragen ist, ob die Nähe zur DDR die Beurteilung ihrer Thematisierung im Schulunterricht determiniert.

Zunächst fällt auf, dass die DDR-Nostalgiker in dieser Gruppe zu noch größeren Anteilen als die übrigen Befragten der Auffassung sind, dass die DDR unzureichend im Schulunterricht thematisiert wird – sei es während der eigenen Schulzeit oder im Schulunterricht der eigenen Kinder. 81 Prozent vertreten diese Meinung im Vergleich zu zwei Dritteln in der Vergleichsgruppe. Eine Mehrheit der DDR-Nostalgiker gibt denn auch an, dass die DDR gar nicht Gegenstand des Schulunterrichts gewesen ist. Bemerkenswert erscheint, dass kaum ein DDR-Nostalgiker darüber klagt, die DDR würde im Unterricht zu negativ dargestellt. Stein des Anstoßes ist für die Befragten mit großer Nähe zum alten Regime demnach nicht die Art, wie die DDR im Schulunterricht behandelt wird, sondern die wahrgenommene De-Thematisierung.

Auf der Basis der Angaben aller Befragten lässt sich zudem festhalten, dass sich die DDR-Nostalgiker mit dem Gegenstand ihrer nostalgischen Wahrnehmungen stärker aus eigenem Antrieb (also losgelöst von schulischen Kontexten) beschäftigen als die übrigen Befragten. Knapp 40 Prozent von ihnen geben eine häufige oder sehr häufige Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit in der Freizeit an (etwa in der Form von Lektüre oder dem Verfolgen von Fernsehdokumentationen), in der Vergleichsgruppe gilt dies nur für ein gutes Viertel. Zugleich beschäftigen sich die DDR-Nostalgiker etwas seltener mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als diejenigen Befragten mit größerer Distanz zum alten Regime.

Insgesamt ist 2007 bei einem nach wie vor freundlichen Bild des Lebens in der DDR der Anteil der Nostalgiker deutlich gesunken. Die Attraktivität des „Sozialismus in den Farben der DDR“ scheint abzunehmen, was nicht auf einen Generationeneffekt zurückzuführen ist, sondern auf eine etwas veränderte Bewertung der DDR als rückwärts gewandter Gegenentwurf zur Realität der bundesdeutschen Demokratie. Dass die DDR-Nostalgie den Charakter eines solchen Gegenentwurfs hat, verdeutlichen nicht zuletzt die starken negativen Zusammenhänge mit der Demokratieunterstützung. Darin weist die DDR-Nostalgie eine

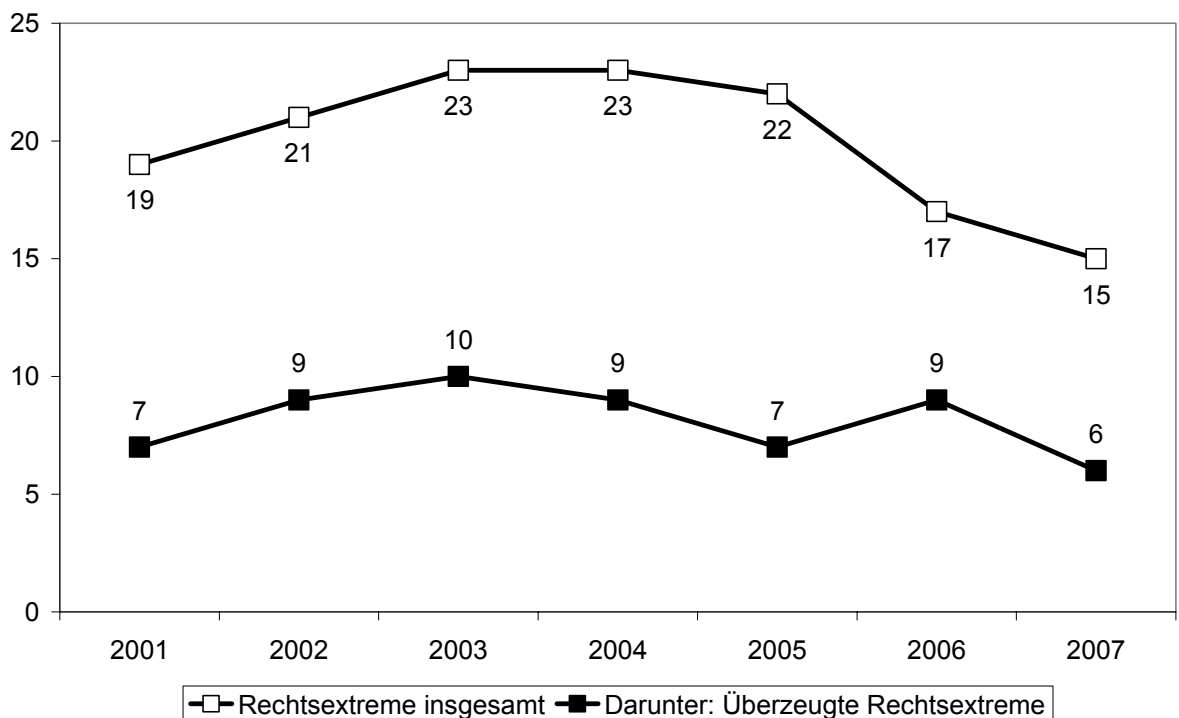
Parallele mit dem Rechtsextremismus auf, der aktuell wohl dringlichsten politischen Herausforderung des demokratischen Verfassungsstaats – nicht allein in Thüringen.

3.2. Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist ein wichtiger Bestandteil des THÜRINGEN-MONITORS. Seit Beginn der Untersuchung der politischen Kultur im Freistaat sind rechtsextreme Einstellungen ein zentraler Gegenstand kontinuierlicher Beobachtung. Dabei ermöglicht die einheitliche Erhebung des Rechtsextremismus neben Momentaufnahmen eines Jahres und der Analyse von Strukturen rechtsextremer Einstellungen auch den Vergleich mittels Zeitreihen. Zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen dienen seit 2001 zehn Fragen, die dem Charakter des Rechtsextremismus als einem Einstellungssyndrom Rechnung tragen, indem sie insgesamt sechs verschiedene Dimensionen des Syndroms erfassen: Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, überstarken Nationalismus (Chauvinismus), Antisemitismus, die Unterstützung einer rechten Diktatur und die Verharmlosung des nationalsozialistischen Regimes.

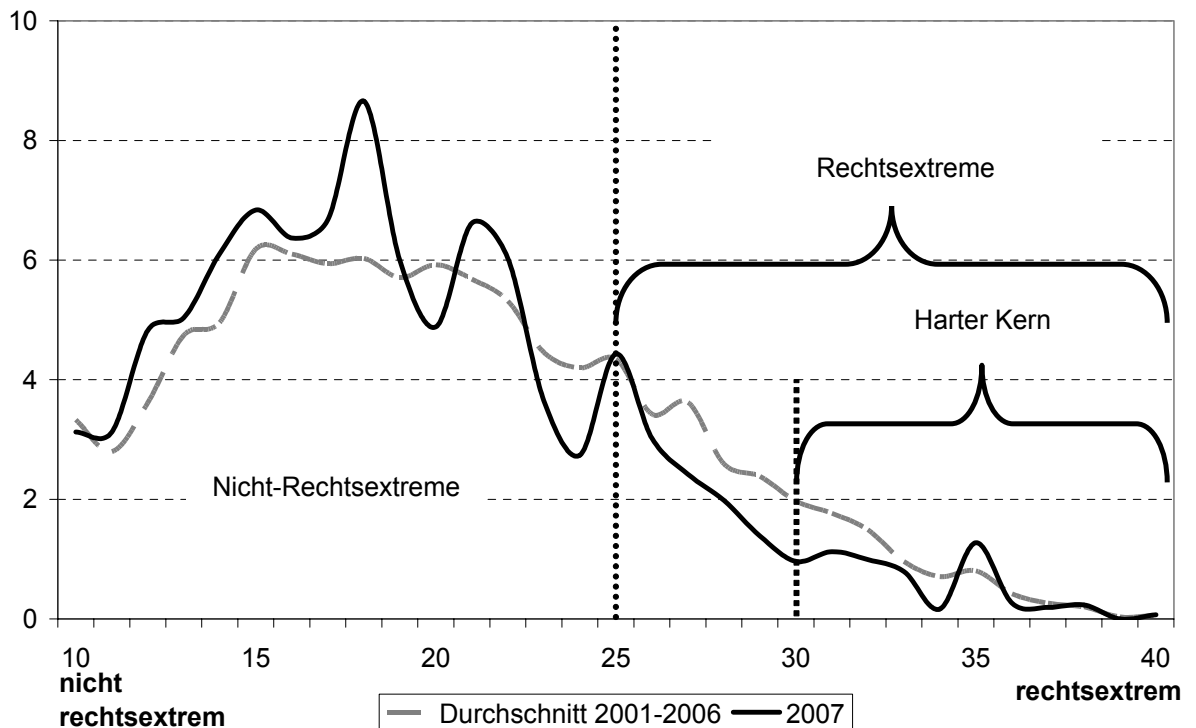
Aus diesen zehn Fragen wird ein Rechtsextremismus-Index gebildet, der einerseits rechtsextreme von nicht rechtsextremen Einstellungen abgrenzt, andererseits innerhalb der Rechtsextremen den harten Kern der Überzeugten identifizierbar macht. Die Vergleichbarkeit der Prozentwerte über die Zeit und zwischen den Gruppen wird durch identische Fragen und Antwortmöglichkeiten hergestellt. Auf der Grundlage dieser Messung ist der Anteil von Thüringern mit rechtsextremen Einstellungen im Jahr 2007 mit insgesamt 15 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 2001. Gleiches gilt für den harten Kern Rechtsextremer, der auf sechs Prozent aller Befragten zurückgegangen ist. Von den bisher höchsten Anteilswerten aus 2003 bzw. 2004 ist insgesamt ein Rückgang rechtsextrem Eingestellter von etwa einem Drittel zu konstatieren (Abb. 34).

Abb. 34: *Anteil Rechtsextremer und überzeugter Rechtsextremer 2001-2007 (in Prozent)*



Die Rechtsextremismus-Skala wird durch Addition aus den Antworten der zehn Fragen gebildet. Für die starke Ablehnung eines Statements wird der Wert 1 vergeben, für eine starke Zustimmung der Wert 4. In der Summe für die zehn Statements kann jeder Befragte also Werte zwischen 10 und 40 bekommen, wobei 10 für eine sehr starke Ablehnung des Rechtsextremismus steht, 40 für eine sehr starke Zustimmung. Als rechtsextrem im Sinne des THÜRINGEN-MONITORS gelten Befragte oberhalb von 25 Punkten, zum harten Kern zählen diejenigen mit 30 und mehr Punkten.

Abb. 35: *Verteilung der Rechtsextremismus-Skala 2007 im Vergleich zum Durchschnitt 2001-2006 (in Prozent)*



Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2006 weist die Rechtsextremismus-Skala 2007 eine deutlich andere Verteilung auf (Abb. 35). Fast auf der gesamten Länge der rechten Hälfte der Skala, also im Bereich der Rechtsextremen und auch im Bereich des harten Kerns der Rechtsextremen, liegt der Anteil 2007 deutlich niedriger als im Durchschnitt der Vorjahre. In der linken Hälfte der Nicht-Rechtsextremen liegen die Anteile von 2007 fast immer über dem Durchschnitt. Bereits 2006 konnte ein deutlicher Rückgang im Anteil Rechtsextremer in Thüringen gemessen werden, wobei sich der Anteil überzeugter Rechtsextremer aber als konstant erwiesen hatte; 2007 ist dieser Anteil ebenfalls deutlich abgesunken. Im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt 2001 bis 2005 ist die Zustimmung der Befragten schon 2006 bei sechs Items zurückgegangen, zweimal gleich geblieben und zweimal gestiegen. 2007 schließlich sinkt der Anteil der Zustimmenden bei acht von zehn Fragen, bei den übrigen zwei Fragen bleibt der Anteil gleich.

Tab. 3: Rechtsextremismus – Bewertung der einzelnen Statements 2007 im Vergleich zum Durchschnitt 2001-2006 (in Prozent)

Dimensionen und Statements	-- 2007 (Ø 2001- 2006)	- 2007 (Ø 2001- 2006)	+ 2007 (Ø 2001- 2006)	++ 2007 (Ø 2001- 2006)
Ausländerfeindlichkeit				
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	16 (18)	30 (28)	31 (29)	23 (25)
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	14 (15)	37 (32)	33 (34)	16 (19)
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	54 (49)	26 (27)	9 (13)	11 (11)
Sozialdarwinismus				
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	60 (56)	14 (11)	13 (16)	13 (17)
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	51 (42)	30 (33)	13 (15)	6 (10)
Nationalismus				
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	14 (14)	26 (26)	34 (32)	26 (28)
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	36 (32)	35 (34)	23 (26)	6 (8)
Verharmlosung des Nationalsozialismus				
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	62 (60)	23 (19)	10 (14)	5 (7)
Antisemitismus				
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	71 (66)	20 (21)	7 (9)	2 (4)
Rechte Diktatur				
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	62 (59)	24 (23)	11 (14)	3 (4)

Anmerkung: --: lehne völlig ab; -: lehne eher ab; +: stimme eher zu; ++: stimme völlig zu.

Gleich geblieben sind die Anteile bei den Fragen nach der Überfremdung und nach dem Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland, was gleichzeitig auch die Fragen mit den höchsten Zustimmungswerten sind (Tab. 3). Diesen Aussagen stimmt eine Mehrheit

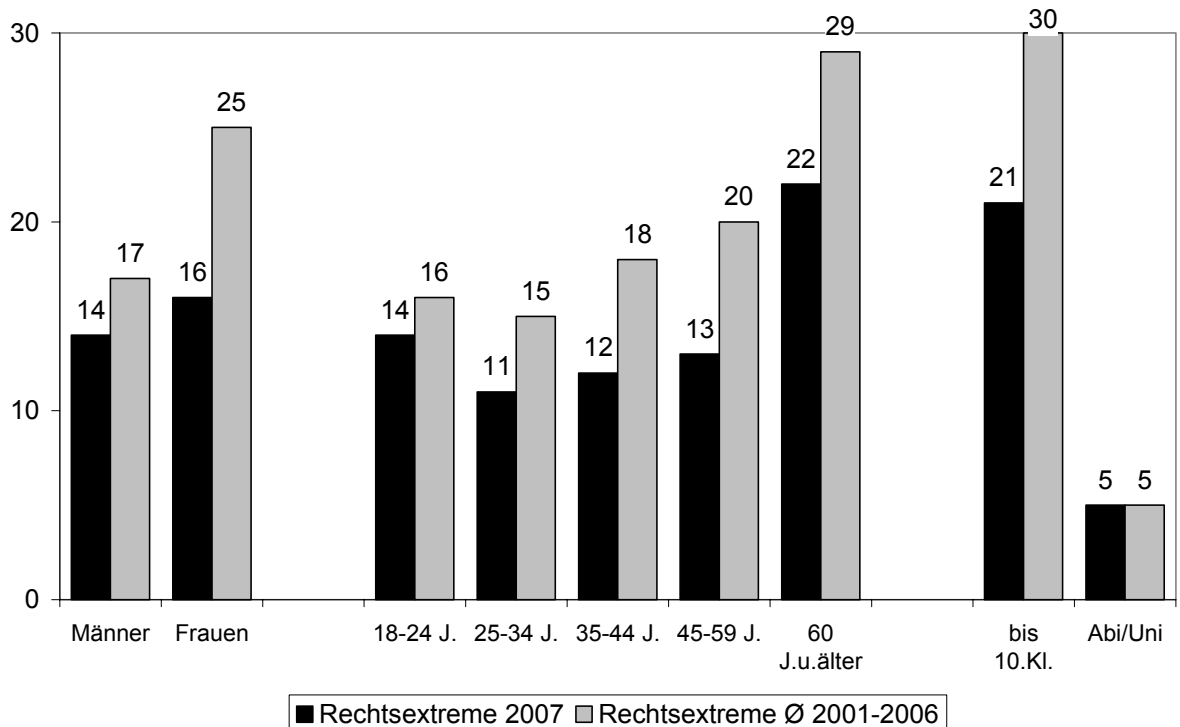
der Thüringer zu, sie sind also die weichsten Formulierungen in der Liste. Betrachtet man nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung der Fragen sondern zusätzlich noch die Intensität dieser Reaktion, kann man bei beiden genannten Fragen eine leichte Verschiebung weg von der starken hin zur moderaten Zustimmung erkennen.

Bei allen anderen Fragen ist 2007 die Zustimmung rückläufig im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2006, insbesondere bei den Statements zum Sozialdarwinismus und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus. Bei diesen handelt es sich um harte Formulierungen, die von wenigen positiv beantwortet werden. Prozentual ist der Rückgang der Zustimmung bei den härtesten Items deutlich stärker als bei den weicheren. Das ist der Hauptgrund für den Rückgang im Anteil derjenigen, die zum harten Kern des Rechtsextremismus gerechnet werden müssen.

Wo liegen die Ursachen für diesen Rückgang? Gab es einen Sinneswandel in einer für Rechtsextremismus besonders anfälligen Bevölkerungsgruppe, hat somit eine der Hauptursachen für rechtsextreme Einstellungen ihre Wirkungskraft verloren? Oder ist eine Bevölkerungsgruppe zahlenmäßig stark zurückgegangen, die eine hohe Anfälligkeit für Rechtsextremismus aufweist?

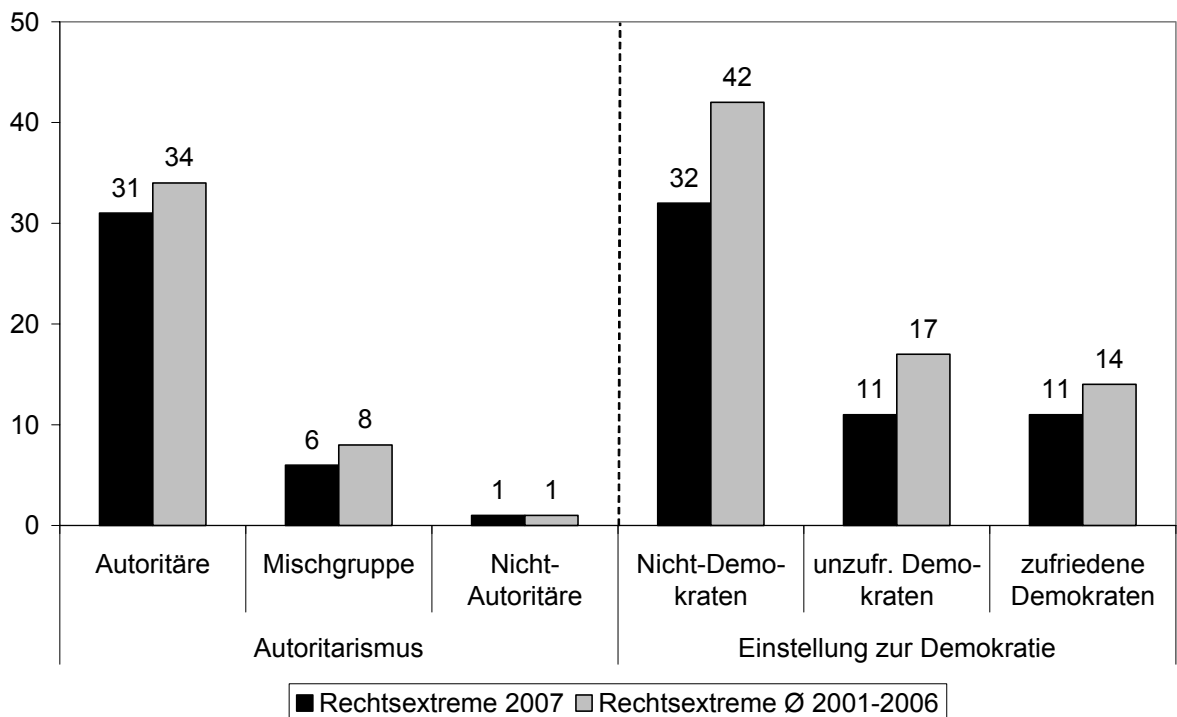
Beim Blick auf die Verteilung des Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung zeigt sich das bekannte Bild (vgl. etwa Decker/Brähler 2006: 47ff.; Stöss/Niedermayer 1998: 8; Stöss 2005: 60, 68): Frauen, Ältere und formal schlechter Gebildete neigen stärker zum Rechtsextremismus; allerdings haben sich die Unterschiede zwischen diesen Bevölkerungsgruppen deutlich nivelliert (Abb. 36). In den bisher sehr anfälligen Gruppen sind die rechtsextremen Einstellungen klar zurückgegangen; das gilt insbesondere bei den Frauen und den formal niedrig Gebildeten. Betrachtet man zusätzlich zum Anteil der Rechtsextremen noch den harten Kern, so zeigt sich das gleiche Bild der Nivellierung.

Abb. 36: *Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung im Zeitverlauf (in Prozent)*



Von den soziodemographischen Merkmalen hat sich regelmäßig die Bildung als wichtigste Determinante für den Rechtsextremismus erwiesen; ihr Einfluss ist stärker als der von Geschlecht oder Alter. Andere persönliche Merkmale oder Einstellungen haben allerdings häufig noch stärkeren Einfluss auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen. Dabei kam der Neigung zum Autoritarismus bisher in allen THÜRINGEN-MONITOREN eine Ausnahme-stellung zu: Personen mit ausgeprägten autoritären Einstellungen neigen weit häufiger zu rechtsextremen Einstellungen als Nicht-Autoritäre. Neben dem Autoritarismus hat sich die Einstellung zur Demokratie als wichtige Determinante für Rechtsextremismus erwiesen: Wird die Demokratie, insbesondere die Staatsidee aber auch die demokratische Praxis kritisch beurteilt, so ist die Sympathie für rechtsextremes Gedankengut sehr viel wahrscheinlicher. Beide Zusammenhänge zeigen sich sowohl für 2007 als auch im Durchschnitt der Vorjahre (vgl. Edinger/Hallermann 2004: 163f.).

Abb. 37: *Rechtsextremismus nach Autoritarismus und Einstellung zur Demokratie (in Prozent)*



Im Vergleich der beiden Zusammenhänge (Abb. 37) zeigt sich aber auch ein deutlicher Unterschied: Die Neigung Autoritärer wie Nicht-Autoritärer zum Rechtsextremismus ist 2007 fast genau so stark wie im Durchschnitt der Vorjahre; Nicht-Demokraten neigen im Vergleich der Jahre genau so wie unzufriedene und auch zufriedene Demokraten 2007 wesentlich weniger zum Rechtsextremismus. Der Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus ist bei beiden Einstellungen etwa gleich geblieben, aber das Zustimmungsniveau hat sich unterschiedlich entwickelt. Da der Autoritarismus im THÜRINGEN-MONITOR immer schon die stärkste Determinante für rechtsextreme Einstellungen war, lässt das nur den Schluss zu, dass der sinkende Anteil Rechtsextremer durch einen Rückgang der autoritären Einstellungen verursacht ist. Dies ist in der Tat der Fall: 2007 betrug der Anteil von Befragten mit autoritären Einstellungen 45 Prozent, während sich 24 Prozent von solchen Ansichten distanzieren. Im Durch-

schnitt der Jahre 2001 bis 2006 wurden hingegen noch 56 Prozent der Befragten zu den Autoritären gezählt und nur 16 Prozent zu den Nicht-Autoritären. Aufgrund des nach wie vor sehr engen Zusammenhangs kann man die sinkenden Anteile beim Rechtsextremismus auf diesen deutlichen Rückgang des Autoritarismus zurückführen.

Diese Ausnahmestellung der autoritären Einstellungen bei der Entwicklung des Rechtsextremismus bestätigt sich in der multivariaten Analyse: Trotz des sehr starken Zusammenhangs zwischen Bildung und Autoritarismus wirken beide Merkmale unabhängig voneinander auf rechtsextreme Einstellungen. Autoritarismus ist mit deutlichem Abstand der stärkste Einflussfaktor, sowohl im Zeitverlauf als auch im Jahr 2007. Die Bildung, die Einstellung zur DDR und die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee folgen mit weitem Abstand (Tab. 4).

Tab. 4: *Erklärungsmodell für Rechtsextremismus*
(Betakoeffizienten der multiplen Regression)

Erklärungsvariable	2007	Ø 2001-2006
Alter	.06*	.01
Bildung	-.15***	-.20***
Geschlecht	.07*	-.02
Autoritarismus	.50***	.48***
Eigene finanzielle Lage	-.07**	-.01
Demokratie in der Praxis	-.03	-.03*
Demokratie als Staatsidee	-.11***	-.15***
DDR mehr gute Seiten	.19***	.14***
Erklärte Varianz	52 %	50 %

* p<0.05

** p<0.01

*** p<0.001

Die Erklärungsmuster ähneln sich zwischen 2007 und dem Durchschnitt der Vorjahre stark. Als wichtigstes Ergebnis bleibt somit festzuhalten, dass der Rückgang bei rechtsextremen Einstellungen weniger darauf zurückzuführen ist, dass sich die Ursachen für solche Einstellungen geändert haben. Vielmehr scheint der starke Rückgang autoritär Eingestellter die Hauptursache zu sein.

Zum Abschluss soll noch ein Blick auf die politische Beteiligung der Rechtsextremen in Thüringen gerichtet werden. Sie bekunden deutlich häufiger als andere, dass sich rechtsextreme Parteien in ihrer Wohngegend engagieren; entsprechend ist auch eine etwas größere Neigung zu diesen Parteien zu erkennen. Auffällig ist außerdem der bei Rechtsextremen im Vergleich höhere Anteil derjenigen, die keiner Partei zuneigen. Im Einklang damit ist die übrige politische Beteiligung bei Rechtsextremen unterdurchschnittlich, der Anteil völlig Apathischer ist bei ihnen dreimal so hoch wie bei den übrigen Befragten. Einzige Ausnahme: Rechtsextreme lehnen Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele seltener ab als andere.

V. Fazit

Wie in den Vorjahren hat auch der THÜRINGEN-MONITOR 2007 zwei zentrale Themen: einerseits die Dauerbeobachtung der politischen Einstellungen im Freistaat, andererseits als dies-jährigen Schwerpunkt die Analyse der bildungspolitischen Erwartungen und Präferenzen der Thüringer vor dem Hintergrund einer durch internationale Vergleichsstudien stimulierten Reformdebatte. Während für die Untersuchung der politischen Kultur im Freistaat die Frage nach Kontinuität und Wandel leitend ist, interessieren hinsichtlich des titelgebenden Schwerpunktthemas „Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft“ die Muster bildungspolitischer Präferenzen und Perzeptionen. Vier Hauptbefunde zur Bewertung des Bildungssystems lassen sich dem THÜRINGEN-MONITOR 2007 entnehmen.

Erstens ist hervorzuheben, dass die Thüringer nicht etwa den Eltern oder den öffentlichen Bildungseinrichtungen jeweils exklusiv die Verantwortung für Bildung und Erziehung der Kinder zuordnen. Vielmehr sieht ihre große Mehrheit beide Seiten in einer gemeinsamen Verantwortung. Dies gilt für alle Stufen des Bildungssystems. So plädieren zwei Drittel der Befragten für eine Kombination von häuslicher Erziehung und Kindertageseinrichtung im Vorschulbereich. Gleichwohl ist die hohe Wertschätzung der außerhäuslichen Erziehung unübersehbar: Neun von zehn Thüringern möchten für alle Kinder im Jahr vor der Einschulung den Besuch einer Kindertagesstätte verpflichtend machen, und immerhin drei Viertel sind der Meinung, dass unterschiedliche Voraussetzungen der Kinder nur durch ein einheitliches Programm der frühkindlichen Erziehung ausgeglichen werden können. Auch im Bereich der Schule sehen die Thüringer das Elternhaus und öffentliche Einrichtungen gemeinsam in der Pflicht. Das kommt darin zum Ausdruck, dass einerseits mehr als neun von zehn Befragten den Schulen über die Wissensvermittlung hinaus auch einen Erziehungsauftrag zurechnen, dass aber andererseits eine fast ebenso große Mehrheit der Meinung ist, die Eltern sollten die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder nicht der Schule überlassen.

Zweitens unterscheiden sich die Vorstellungen der Thüringer darüber, wer Träger von Bildungseinrichtungen sein soll, je nach der Stufe im Bildungssystem. Im Vorschulbereich ist die Frage der Trägerschaft das am wenigsten wichtige Kriterium bei der Auswahl einer Kindertageseinrichtung. Werden die Befragten vor die Wahl zwischen einer kommunalen Einrichtung oder einer in freier Trägerschaft gestellt, lässt nur jeder Vierte eine deutliche Präferenz für kommunale und nur jeder Zehnte eine Präferenz für freie Träger erkennen, während der Mehrheit von zwei Dritteln die Trägerschaft gleichgültig ist. Anders stellt sich die Situation im Schulbereich dar. Offensichtlich unter dem Eindruck einer Vielzahl von Initiativen aus der „Wendezeit“, die an die reiche reformpädagogische Tradition in Thüringen anknüpften, hält eine Mehrheit es nicht nur für wichtig, dass neben den staatlichen auch Schulen in freier Trägerschaft zur Wahl stehen, sondern kann sich auch vorstellen, die eigenen Kinder dorthin zu schicken, wenn dies nicht bereits der Fall ist.

Drittens bewerten die Thüringer ihr Bildungswesen insgesamt positiv. Abweichend von der schlechten Beurteilung, die das deutsche Bildungswesen in europäischen Vergleichsstudien durch die Bürger erfahren hat, zeigen sich die Thüringer mit den Bildungsinstitutionen des Landes weitgehend zufrieden. Die Thüringer Schulen und Universitäten genießen großes Vertrauen und zählen damit zur Spitzengruppe der beurteilten Institutionen. Drei Viertel der Befragten attestieren dem zweigliedrigen Thüringer Schulsystem mit Regelschule und Gymnasium, dass es den Kindern gute Chancen bietet. Die Schulen bekommen in Sachen Ausstattung, Schulklima und Arbeit der Lehrer gute Noten und zwei von drei Thüringern

glauben, dass den Kindern dort das Wissen vermittelt wird, das sie für ihre Zukunft brauchen. Dass in diesen Punkten weitgehend Einvernehmen unter den Befragten herrscht, zeigt, dass es neben einer Reihe heftig umstrittener, die politische Debatte oftmals bestimmender Reformvorhaben in der Bildungspolitik einen beträchtlichen Konsensbereich gibt. Dieser erstreckt sich über die Bewertung vorhandener Bildungseinrichtungen hinaus mutmaßlich auch auf weite Teile der Zielbestimmungen und Inhalte von Bildung. Allerdings gehen die Meinungen über die in den Schulen gestellten Leistungsanforderungen auseinander. Für nur ein Drittel sind sie angemessen, knapp die Hälfte hält sie dagegen für zu niedrig, ein Fünftel für zu hoch. Deshalb verwundert es nicht, dass der bisweilen in die Diskussion eingebrachte Vorschlag, das „Sitzenbleiben“ abzuschaffen, nur geringe Resonanz findet; wenig überraschend wird er am ehesten noch von denjenigen unterstützt, denen die Leistungsanforderungen zu hoch sind. Auch Aspekte der politischen Bildung in den Schulen – eines der wenigen Felder, bei denen nach der Einschätzung von Bildungsinhalten gefragt wurde – finden eine kritische Beurteilung: In den Augen einer Mehrheit wird die DDR-Zeit, in den Augen eines Großteils auch die Zeit des Nationalsozialismus in den Schulen nur unzureichend thematisiert.

Viertens stehen die Thüringer ungeachtet ihres insgesamt positiven Urteils über das Bildungssystem im Freistaat dem Bildungsföderalismus sehr kritisch gegenüber. Nur ein Viertel der Befragten will, dass die Bildungspolitik auch weiterhin Ländersache bleibt. Da aber die meisten bildungspolitischen Entscheidungen für den Freistaat bis auf weiteres gleichwohl in Erfurt getroffen werden, ist das Maß an Unterstützung von Interesse, auf das diese unter der Bevölkerung rechnen können. Auch in Thüringen zielen Reformen auf allen Ebenen des Bildungswesens darauf, Handlungsspielräume der einzelnen Akteure zu erweitern, um größere Eigeninitiative, Verantwortlichkeit und Flexibilität zu ermöglichen. Derartige Reformen treffen auf ein günstiges Meinungsklima: Drei Viertel der Eltern schulpflichtiger Kinder befürworten, dass die Schulen mehr Eigenverantwortung erhalten, damit sie etwa über Personal und Stundentafeln selbst entscheiden können. Auch die in die gleiche Richtung zielenden Reformen des Hochschulsektors finden Unterstützung: Drei Viertel der Thüringer denken, dass Deutschland ohne Eliteuniversitäten international den Anschluss verliert; die Thüringer Politik, keine generellen Studiengebühren, sondern nur solche für Langzeitstudenten einzuführen, wird von der Bevölkerung mitgetragen.

Die Befunde zur politischen Kultur in Thüringen interessieren vor allem mit Blick auf die erreichte Konsolidierung der Demokratie. Demokratische Regime und ihre Entscheidungsträger bedürfen bekanntlich nicht nur der periodischen Legitimierung durch Wahlen, sie sind fortwährend auf ein Mindestmaß an Unterstützung durch die Bürger angewiesen. Für junge Demokratien wie die thüringische ist die Verankerung demokratischer Überzeugungen in den Köpfen und Herzen der Bürger angesichts des Regimewechsels und der gesellschaftlichen Transformation alles andere als selbstverständlich. Kann die Demokratie in Thüringen fast zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall als konsolidiert gelten?

Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2007 bestätigen den früheren Befund, dass sowohl die demokratische Werteordnung als auch das demokratische Regime von einer sehr großen Mehrheit der Thüringer unterstützt werden. Zwar wird nicht ganz das bei bundesweiten Befragungen übliche sehr hohe Niveau der alten Länder erreicht; doch mit jeweils etwa vier von fünf Befragten, die sich zustimmend äußern, kann davon ausgegangen werden, dass der demokratische Verfassungsstaat auf einem soliden Fundament steht. Der Anteil konsistenter Demokraten, also derjenigen, die sowohl die Idee der Demokratie befürworten als auch eine Diktatur unter allen Umständen ablehnen, hat 2007 sogar den bisherigen Höchststand von 72 Prozent erreicht.

Das hohe Vertrauen in die Demokratie muss jedoch nicht bedeuten, dass die Thüringer auch mit der Art und Weise zufrieden sind, mit der die Demokratie tagtäglich praktiziert wird. In der Tat bewegten sich bereits in den vergangenen Jahren die Demokratiezufriedenheit und das gegenüber den parteienstaatlichen Institutionen zum Ausdruck gebrachte Vertrauen auf nur mittlerem bis niedrigem Niveau. Allerdings ist 2007 das zuvor beträchtliche Gefälle zwischen der Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis und der Unterstützung der demokratischen Idee geringer geworden: Die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis ist etwas gestiegen – und liegt deutlich höher als etwa in Sachsen-Anhalt. Auch das Vertrauen in die politiknahen Institutionen hat leicht zugenommen; die Unterstützung für die politikfernen Institutionen (Gerichte, Polizei) liegt stabil auf hohem Niveau.

Insgesamt bleibt trotz der positiveren Bewertung der praktizierten Demokratie und ihrer Institutionen ein beträchtliches Maß politischer Unzufriedenheit in Thüringen zu konstatieren. Als eine Art „Achillesferse“ der demokratischen Performanz erweist sich die als unzureichend wahrgenommene Bereitschaft der politischen Eliten, Anliegen der Bürger respektive der Wähler ernst zu nehmen. Daraus resultiert die verbreitete Erwartung an Politik und Parteien, die Performanz der Demokratie substantiell zu verbessern. Dies kann teilweise durch eine Verbesserung der (ökonomischen) Leistungsbilanz erfolgen – und eine solche wird 2007 von den Thüringern auch wahrgenommen. Darüber hinaus wird den politischen Entscheidungsträgern aber auch das Bemühen um mehr Bürgernähe ins Stammbuch geschrieben.

Für die Konsolidierung der Demokratie ist weiterhin von Bedeutung, welche Akzeptanz etwaige Systemalternativen finden. Junge Demokratien können nämlich erst dann als konsolidiert gelten, wenn die demokratische Ordnung und ihre „Spielregeln“ akzeptiert sind und alternative Ordnungskonzepte in der Bevölkerung keinen nennenswerten Rückhalt finden. Für die politische Kultur in Thüringen ergibt sich dabei für 2007 ein in doppelter Hinsicht erfreulicher Befund: Erstens ist der Anteil rechtsextrem Orientierter im nunmehr zweiten Jahr in Folge gesunken und erstmalig auch der harte Kern der Überzeugten geschrumpft. Ein Novum ist, dass zweitens zugleich die Affinität zur politischen Ordnung der ehemaligen DDR rückläufig ist. Damit haben die im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS erhobenen Systemalternativen zum demokratischen Verfassungsstaat insgesamt erheblich an Attraktivität eingebüßt. Diese gründen zwar auf unterschiedlichen weltanschaulichen Quellen – insofern handelt es sich um Systemkritik von zweiten Seiten –; die ihnen Zuneigenden weisen aber gleichwohl beträchtliche Schnittmengen auf. So ist fast die Hälfte der rechtsextrem Eingestellten gleichzeitig den DDR-Nostalgikern zuzurechnen.

Die im Zeitverlauf stabile Unterstützung der Demokratie und die geringere Sympathie für alternative Ordnungsentwürfe bedeuten freilich nicht, dass sich die Demokraten in Thüringen auch aktiv für die Demokratie engagieren. Zwar zeigen sich die Befragten in ihrer Gesamtheit politisch durchaus interessiert; auch die Bereitschaft zum politischen Engagement ist beeindruckend groß. Doch ihre tatsächliche Partizipation bleibt dahinter zurück – ganz ähnlich wie im Nachbarland Sachsen-Anhalt und wie es auch in früheren Jahren schon festgestellt werden konnte. Die politische Beteiligung wird dabei maßgeblich durch den Bildungsstand der Thüringer bestimmt: je höher die Bildung, desto größer das Engagement. Ähnliche Zusammenhänge mit dem Bildungsniveau finden sich auch für das politische Interesse, die Demokratieunterstützung und – unter negativen Vorzeichen – für den Rechtsextremismus und für die Einstellungen zur politischen Ordnung der DDR. Demnach stellt die Bildung eine wichtige Determinante der politischen Kultur in Thüringen dar.

Ein ähnlich hoher Stellenwert kommt dem Bildungsniveau für die Erklärung von Wahrnehmungen und Präferenzen zu, die sich auf das diesjährige Schwerpunktthema beziehen: auf Bildung bzw. Bildungspolitik. Ganz gleich, ob es um grundlegende Bildungsziele, um die

Bewertung von Strukturen der frühkindlichen Bildung und der Schulen oder auch um Präferenzen bei konkreten bildungspolitischen Alternativen geht – fast immer, wenn es keine einheitlichen Positionen unter den Befragten gibt, zeigen sich je nach dem erreichten formalen Bildungsniveau (in aller Regel: dem Erlangen des Abiturs) erhebliche Unterschiede. Mit anderen Worten: In erheblichem Maße bestimmt Bildung, was über Bildung gedacht und was an Bildungsreformen gewünscht wird. Die bildungsfernen Schichten betrachten Bildung vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der unmittelbaren Verwertbarkeit, sind weniger ambitioniert, bewerten Eigeninitiative und private Verantwortung geringer. Problematisch an den Einstellungsunterschieden zwischen Befragten mit und ohne Abitur ist die systematische Reproduktion bestehender Diskrepanzen in den Chancenstrukturen. Die Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen Herkunft wird auch von der Mehrheit der Thüringer als Problem wahrgenommen; sie wünschen, dass öffentliche Bildungseinrichtungen frühzeitig die Unterschiede in den Lernvoraussetzungen der Kinder verringern.

Wenn die Nähe oder Ferne zur formalisierten Bildung über die Chancen im Bildungswesen mitbestimmt, die Bildungsambitionen prägt, auf das politische Partizipationsverhalten wirkt und die Ausbildung demokratiebezogener und demokratiefeindlicher Orientierungen beeinflusst, dann stellt die Bildung eine *gemeinsame* Wurzel für die Einstellungen zu den beiden Themenfeldern des THÜRINGEN-MONITORS 2007 dar. Die zentrale Stellung der Bildung gibt einen deutlichen Hinweis darauf, wo Politik ansetzen kann, wenn es ihr um die Entwicklung Thüringens zur modernen Wissensgesellschaft wie um die weitere Konsolidierung des demokratischen Verfassungsstaats geht.

Literatur

Adam, Konrad (2004): Die deutsche Bildungsmisere. PISA und die Folgen, Berlin.

Allmendinger, Jutta / Leibfried, Stephan (2005): Bildungsarmut. Zum Zusammenhang von Sozialpolitik und Bildung, Wiesbaden, S. 45-60.

Becker, Rolf / Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) (2007): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, 2. Aufl., Wiesbaden.

Bundesverband deutscher Banken (2005): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen, o.O. [als pdf unter www.bdb.de/pic/artikelpic/122005/um0511_wg_soma.pdf].

Chisholm, Lynne / Larson, Anne / Mossoux, Anne-France (2005): Lebenslanges Lernen. Die Einstellungen der Bürger in Nahaufnahme – Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage, Luxemburg.

Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.

Deutsches PISA-Konsortium (2001): PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen.

Döbert, Hans / Führ, Christoph (1998): Zum Schulwesen in den neuen Ländern, in: Führ, Christoph / Furck, Carl-Ludwig (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. VI: 1945 bis zur Gegenwart, München, S. 377-389.

Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2004): Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringens, Frankfurt a.M. u.a.

Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2008): Wie im Westen, so im Osten? Einheitsbilanz und Demokratiebewertung 15 Jahre nach dem Ende der DDR, in: Jesse, Eckhard / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Neues Deutschland. Eine Bilanz der Wiedervereinigung, Baden-Baden, S. 55-82.

Ellwein, Thomas (1998): Die Deutsche Gesellschaft und ihr Bildungswesen. Interessenartikulation und Bildungsdiskussion, in: Führ, Christoph / Furck, Carl-Ludwig (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. VI: 1945 bis zur Gegenwart, München, S. 87-109.

Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 81-113.

Fuchs, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: ders. / Roller, Edeltraud / Weßels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Wiesbaden, S. 27-49.

Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud (2006): Demokratie und Sozialstaat, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 644-653.

- Fuchs, Hans-Werner / Reuter, Lutz R. (2000): Bildungspolitik in Deutschland. Entwicklungen, Probleme, Reformbedarf, Opladen.
- Fürnberg, Ossip / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias (2007): Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit, Halle [als pdf unter www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_LpB/Landespolitik/Sachsen-Anhalt-Monitor_neu_24.9.07.pdf].
- Gabriel, Oscar W. (1999): Integration durch Institutionenvertrauen? Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und Rechtsstaat, in: Friedrichs, Jürgen / Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Integration (= KZfSS-Sonderheft 39), Opladen, S. 199-235.
- Gabriel, Oscar W. (2004): Politische Einstellungen und politische Kultur, in: ders. / Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München, S. 459-522.
- Gabriel, Oscar W. / Zmerli, Sonja (2006): Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 30-31, S. 8-15.
- Hepp, Gerd F. (2006): Bildungspolitik als Länderpolitik, in: Schneider, Herbert / Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder, Wiesbaden, S. 240-269.
- Herrlitz, Hans-Georg (2003): Das große Tabu. PISA, IGLU und die Gesamtschulfrage, in: Die Deutsche Schule 95, S. 262-266.
- Höhne, Benjamin (2006): Vertrauen oder Misstrauen? Wie stehen die Ostdeutschen 15 Jahre nach der Wiedervereinigung zu ihrem politischen System?, Marburg.
- Hurrelmann, Klaus / Andresen, Sabine (2007): Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie. Frankfurt a.M.
- Jacobs, Jörg (2004): Tücken der Demokratie. Antisystemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern, Wiesbaden.
- Jahnke, Thomas / Meyerhöfer, Wolfram (Hrsg.) (2006): Pisa & Co. Kritik eines Programms, Hildesheim / Berlin.
- Kanders, Michael (1996): Schule und Bildung in der öffentlichen Meinung. Repräsentative Meinungsumfragen der bundesrepublikanischen Bevölkerung 1979-1993, Dortmund.
- Kanders, Michael (2004): IFS-Umfrage: Die Schule im Spiegel der öffentlichen Meinung – Ergebnisse der 13. IFS-Repräsentativbefragung der bundesdeutschen Bevölkerung, in: Holtappels, Heinz Günter u.a. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 13, Weinheim / München, S. 13-50.
- Kanders, Michael / Rösner, Ernst (2006): Das Bild der Schule im Spiegel der Lehrermeinung – Ergebnisse der 3. IFS-Lehrerbefragung 2006, in: Bos, Wilfried u.a. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 14, Weinheim / München, S. 11-48.
- Karg, Ina (2005): Mythos PISA. Vermeintliche Vergleichbarkeit und die Wirklichkeit eines Vergleichs, Göttingen.
- Kinderreport Deutschland 2007. Daten, Fakten, Hintergründe, Freiburg.

- Klingemann, Hans-Dieter / Fuchs, Dieter / Zielonka, Jan (Hrsg.) (2006): *Democracy and Political Culture in Eastern Europe*, London u.a.
- Kraus, Josef (2005): *Der PISA-Schwindel. Unsere Kinder sind besser als ihr Ruf*, Wien.
- Massing, Peter (2002a): Einleitung, in: ders. (Hrsg.): *Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung – Kontroversen – Perspektiven*, Schwalbach, S. 5-7.
- Massing, Peter (2002b): *Konjunkturen und Institutionen der Bildungspolitik*, in: ders. (Hrsg.): *Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung – Kontroversen – Perspektiven*, Schwalbach, S. 8-34.
- Merkel, Wolfgang (2007): *Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48, S. 413-433.
- Neller, Katja (2006): *DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen*, Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar (2005): *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*, 2. akt. und erw. Aufl., Wiesbaden.
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (2002): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002*, Band 11, München.
- Offe, Claus (1994): *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt a. M.
- Patzelt, Werner J. (2005): *Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36, S. 517-538.
- Patzelt, Werner J. (2008): *Politische Kultur und innere Einheit. Eine Bilanz der Wiedervereinigung*, in: Jesse, Eckhard / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): *Neues Deutschland. Eine Bilanz der Wiedervereinigung*, Baden-Baden, S. 27-54.
- Petersen, Thomas / Mayer, Thomas (2005): *Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem Wertewandel?*, Freiburg.
- Pickel, Gert u.a. (Hrsg.) (2006): *Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn osteuropäischen Transformationsstaaten*, Wiesbaden.
- PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.) (2004): *PISA 2003: Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs*, Münster.
- PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.) (2007): *PISA 2006: Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie*, Münster.
- Pridham, Geoffrey (1995): *The International Context of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*, in: Gunther, Richard / Diamandouros, Nikiforos / Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*, Baltimore, S. 166-203.
- Roller, Edeltraud (2006): *Das Bildungs- und Gesundheitssystem im Urteil der Bürger*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 30-31, S. 23-30.

- Scheuer, Angelika (2005): Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau. Eine europäisch-vergleichende Analyse, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Heft 33, S. 8-11.
- Schmitt, Karl (Hrsg.) (1996): Fünf Jahre Neugestaltung des Bildungssystems in den neuen Bundesländern, Berlin.
- Schümer, Gundel (2005): Schule und soziale Ungleichheit. Zum Umgang mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen in Deutschland und anderen OECD-Ländern, in: Die Deutsche Schule 97, S. 266-284.
- Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar (1998): Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Berlin.
- Stöss, Richard u.a. (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin.
- Ströbel, Hermann (2007): Bildungspolitik in Thüringen, in: Althaus, Dieter u.a. (Hrsg.): Mut – Hoffnung – Zuversicht. Festschrift für Bernhard Vogel zum 75. Geburtstag, Paderborn u.a., S. 163-181.
- Völkl, Kerstin (2005): Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. / Rattinger, Hans (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden, S. 249-284.
- Walter-Rogg, Melanie (2005): Politisches Vertrauen ist gut – Misstrauen ist besser? Ausmaß und Ausstrahlungseffekte des Politiker- und Institutionenvertrauens im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. / Rattinger, Hans (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden, S. 129-186.
- Wiesenthal, Helmut (1996) (Hrsg.): Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt / New York.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als Dicke, Klaus u.a. [2001]: Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt).

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002, Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990-2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer, Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten, Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind darüber hinaus auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/de/politisch/tm/> abrufbar.